

Die NSDAP auf dem Land

Aufstieg, Machtergreifung und Gleichschaltung im badischen Amtsbezirk Adelsheim 1928–1935

VON ANETTE HETTINGER

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung	91
Zielsetzung der Arbeit	91
Benutzte Quellen und Literatur	93
Teil I: <i>Die Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus</i>	96
1. Das Untersuchungsgebiet in der Weimarer Republik	96
2. Die wirtschaftliche Lage im Bezirk am Ende der Weimarer Republik	99
3. Die parteipolitische Situation und das politische Klima im Bezirk	102
4. Propaganda und Agitation der NSDAP	108
5. Die Organisation der NSDAP auf Bezirksebene	115
6. Die NSDAP im Spiegel der Wahlen	119
Teil II: <i>Machtergreifung und Gleichschaltung</i>	125
1. Reaktion auf den 30. Januar 1933 und Wahlkampf	126
2. Die Machtprobe: Der Flaggenstreit	130
3. Die Mobilisierung der Bevölkerung und der Beginn ihrer ideologischen Erfassung	135
4. Das andere Gesicht der Machtergreifung: Drohungen und Terror	142
5. Die Gleichschaltung der Verwaltung	148
5.1. Gesetzliche Grundlagen	148
5.2. Die Gleichschaltung auf Bezirksebene	150
5.3. Die Gleichschaltung der Gemeindeverwaltungen	151
5.3.1. Der Austausch an der Gemeindeg Spitze (Bürgermeister)	152
5.3.2. Die Gleichschaltung der Gemeindeparlamente (Gemeinderäte und Gemeindeverordnete)	162
5.3.3. Die Überprüfung der Gemeindebediensteten	171
6. Die Gleichschaltung der Gesellschaft	173
6.1. Die Gleichschaltung der Berufsstände	173
6.2. Die Gleichschaltung der Vereine	178
7. Die Konsolidierung und die Durchsetzung des Regimes in der Bevölkerung bis 1935	182
Zusammenfassung	190
Abkürzungsverzeichnis	194

Einleitung

Zielsetzung der Arbeit

Ein wesentlicher Bestandteil der Machtergreifung durch die NSDAP im Jahr 1933 war die Eroberung der Macht auf der unteren, lokalen Ebene; schon Allen stellte in seiner Pionierstudie, in der er die lokalen Voraussetzungen und die Durchführung nationalsozialistischer Maßnahmen in Northeim beschrieb, fest, daß die Aktivitäten der örtlichen Parteiorganisationen die Basis bildeten, auf der Hitler

aufbauen und den totalitären Staat durchsetzen konnte¹. Vor Ort mußte sich die Durchsetzungsmöglichkeit nationalsozialistischer Maßnahmen erweisen. Deshalb bilden Lokalstudien eine wichtige Ergänzung zu den Forschungen auf der oberen, überregionalen Ebene; nur das Einbinden von Studien der oberen und solchen der unteren Ebene in größere Zusammenhänge kann die ganze Komplexität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems erfassen².

Diese Arbeit will zur Erforschung der örtlichen Voraussetzungen und Vorgänge während der nationalsozialistischen Machtergreifung einen Beitrag liefern. Es soll im Rahmen der Untersuchung versucht werden, den Weg nachzuzeichnen, den die NSDAP bis zur endgültigen Durchsetzung als herrschende Partei in einem begrenzten, ländlichen Gebiet Badens nahm. Es soll nach den spezifischen Voraussetzungen, die diese Partei im Amtsbezirk Adelsheim vorfand, und die sie zu der Partei machte, hinter der bei der Reichstagswahl im März 1933 über die Hälfte der Wähler stand, gefragt werden. In diesem Zusammenhang soll der Aufbau der Parteiorganisation der NSDAP sowie die Entwicklung dieser Partei, wie sie sich in den Ergebnissen der Reichs- und Landtagswahlen spiegelt, dargestellt werden. Die Frage nach dem Personenkreis, der der NSDAP zu ihren großen Erfolgen verhalf, und die nach Art und Umfang der nationalsozialistischen Agitation ist damit eng verbunden. Für die Phase der Machtergreifung stellt sich vor allem die Frage nach dem »Wie«: Es soll der Versuch unternommen werden, die Art und Weise der nationalsozialistischen Machtübernahme v. a. im Jahr 1933 darzustellen, die sich auf alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens erstreckte. Die Frage nach dem tatsächlichen Grad der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung schließt sich daran an.

Die Arbeit konzentriert sich zeitlich auf die Jahre zwischen 1928 und 1935. Diese Jahre markieren insofern gewisse Begrenzungen, als 1928 das Jahr ist, in dem die NSDAP im Bezirk die ersten größeren Erfolge bei Wahlen erzielen konnte, und 1935 die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) erlassen wurde, womit ein Punkt erreicht wurde, an dem der nationalsozialistische Führergedanke auch in der Gemeindeverfassung verwirklicht wurde. In einzelnen Punkten wird diese Untersuchung über den zeitlichen Rahmen, der hier gesetzt wurde, hinausgehen; v. a. die untere Grenze erweist sich hier eher als fließend, da die NSDAP auch schon bei vorhergehenden Wahlen antrat, und die Voraussetzungen der nationalsozialistischen Erfolge in der Stimmungslage der Bevölkerung zu suchen sind – ein Punkt der Untersuchung, der sich zeitlich nicht auf die Endphase der Weimarer Republik begrenzen ließ.

1 W. S. Allen: S. 9.

2 Vgl. hierzu L. Meinzer: S. 16; M. Broszat: Vorwort zu Bayern in der NS-Zeit Bd. 1. S. 12ff.

Benutzte Quellen und Literatur

Als Quellengrundlage für diese Arbeit wurde der Bauländer Bote (BB) der Jahre 1928 bis 1935 einschließlich sowie Akten von 31 Gemeindearchiven und des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA) benutzt. Bei dem BB handelt es sich um das Amtsblatt des Bezirks, das seit 1875 in Adelsheim erschien. Verlegt wurde die Zeitung im untersuchten Zeitraum durch Wilhelm Haag, der den BB mitsamt Druckerei im Juli 1928 übernommen hatte. Er wollte das Blatt »frei von jeder parteilichen und konfessionellen Einstellung, frei von Klassen- und Rassenhaß« führen und sein Hauptaugenmerk auf den Ausbau des Lokalteils legen³.

Dieser Lokalteil, der für die vorliegende Arbeit herangezogen und ausgewertet wurde, konzentriert sich besonders auf Berichte von Versammlungen und auf sonstige Vereinsmitteilungen im Bezirk. Wenn in der Darstellung zuweilen der Eindruck einer Adelsheim-zentrierten Darstellung entstehen sollte, so hängt dies mit der Aufmachung des BB zusammen: Meldungen aus Adelsheim überwiegen, während die Nachrichten aus dem östlichen Teil des Bezirks und hier besonders aus den katholischen Gemeinden relativ spärlich sind. Auch unter dem neuen Verleger dürften demnach hauptsächlich die Bewohner der ehemals reichsritterschaftlichen Orte des Amtsbezirks, die in ihrer Mehrzahl Protestanten waren, durch den BB angesprochen worden sein, wie dies auch schon vor dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war⁴.

Der zitierten Maxime gemäß ließ Haag als Verleger und Schriftleiter des BB nie eindeutige parteipolitische Präferenzen erkennen. Doch läßt sich in den wenigen und recht allgemein gehaltenen Kommentaren zum politischen Geschehen ein deutschnationaler Grundzug ausmachen, der der politischen Überzeugung der Mehrzahl seiner Leser entsprach.

Bei den Akten der Gemeindearchive handelt es sich v. a. um Wahlunterlagen zu den Bürgermeister-, Gemeinderats- und Gemeindeverordnetenwahlen der 20er und 30er Jahre sowie um Akten, die die Gemeindebediensteten betrafen. Weiter wurden die Gemeinderatsprotokolle durchgesehen. Aus zeitlichen Gründen (sämtliche Protokolle hatten keine Register) wurden in den meisten Fällen nur die Jahre 1933 bis 1935 berücksichtigt; es stellte sich dabei heraus, daß diese Unterlagen nur von geringerem Wert waren⁵.

Die Bestände der einzelnen Gemeindearchive sind von unterschiedlichem Umfang und Wert für diese Untersuchung. Insbesondere die Wahlunterlagen und Gemeinderatsprotokollbücher waren mehrmals überhaupt nicht oder nur unvollständig vorhanden. In Bronnacker, Hohenstadt und Schillingstadt sind überhaupt keine

3 Vgl. G. Schneider: besonders S. 152. 1934 wurde dem BB die Funktion des Amtsblattes entzogen und der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« übertragen. Im Zuge der Kriegsbewirtschaftung mußte das Erscheinen des BB am 31. 5. 1941 eingestellt werden.

4 Schneider: S. 145.

5 Beratungsgegenstände der Gemeinderäte waren Holzversteigerungen, Farrenkäufe, die Gemeindeflächen u. a. m., die für diese Untersuchung uninteressant waren.

Unterlagen aus dem hier untersuchten Zeitraum vorhanden⁶; in anderen Gemeinden konnte nur das betreffende Gemeinderatsprotokoll herangezogen werden, etwa in Eubigheim, Oberwittstadt und Unterkessach. Andere Archive sind noch nicht geordnet, so daß auf Unterlagen aus diesen Gemeinden weitgehend verzichtet werden mußte.

Bei den Akten aus dem GLA handelt es sich um Akten des Bezirksamtes und des Amtsgerichts Adelsheim. Die Akten des Bezirksamtes, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden sollen, betreffen in erster Linie Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinden sowie Maßnahmen zur Überwachung politischer Versammlungen aller Parteien vor 1933. Teilweise sind auch Versammlungsprotokolle erhalten, die von der Gendarmerie über NSDAP- und KPD-Versammlungen erstellt wurden⁷. Als für die Gleichschaltungsphase des Jahres 1933 besonders nützlich erwiesen sich zwei Akten zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Berufsbeamtengesetz) zur Durchführung der Gleichschaltung in den einzelnen Gemeinden⁸. Für die Terrormaßnahmen der NSDAP gegenüber ihren politischen Gegnern wurden Akten mit Unterlagen zur »Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung 1933 bis 1934« herangezogen⁹. Wichtige Informationen für diesen Bereich stellten auch die Akten des Amtsgerichts dar, die anhand von Strafprozessen die Vorgehensweise nationalsozialistischer Kreise dokumentieren.

Die Feststellung Broszats, daß die Behandlung der Geschichte der NSDAP und ihrer Machtdurchsetzung in der Forschung stark durch die Quellenlage bestimmt sei, gilt auch für diese Untersuchung¹⁰. Aus dem eingesehenen Material konnte zum Teil nur ein unvollständiges Bild gewonnen werden. Dies betrifft insbesondere die NSDAP selbst, auf deren Organisation auf Bezirks- und Gemeindeebene nur durch vereinzelte Hinweise in den eingesehenen Quellen geschlossen werden konnte. Akten der Kreisleitung oder örtlicher Parteistellen der NSDAP waren nicht auffindbar. Auch zum Vereinswesen der Zeit gibt es kaum spezielle Unterlagen; Informationen hierüber stammen v. a. aus Berichten im BB über Vereinsfeiern und -angelegenheiten und sind dementsprechend begrenzt. Statistische Angaben über den Bezirk und Informationen über die Wahlentwicklung wurden den Veröffentlichungen des Badischen Statistischen Landesamtes entnommen. Aus der Fülle der Literatur, die mittlerweile gerade zum Problem des Nationalsozialismus erschienen ist, wurden nur solche Werke ausgewählt, die einen allgemeinen Wissenshintergrund vermitteln, oder als Untersuchungen zu speziellen Fragen auch dieser Arbeit wichtig erschienen¹¹.

6 Für Hohenstadt und Schillingstadt: Auskunft der Gemeindeverwaltung Ahorn.

7 Besonders GLA 338/800.

8 GLA 338/86a und 86.

9 GLA 338/805.

10 *M. Broszat*: Die Machtergreifung S. 209.

11 *Bracher/Schulz/Sauer*: Die nationalsozialistische Machtergreifung. (1962); *M. Broszat*: Der Staat Hitlers. (81979); *K. Hildebrand*: Das Dritte Reich. (1980). Zum Problem Nationalsozialismus und Gemeinde wurde *H. Matzerath*: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. (1970) herangezogen, zum Problem Nationalsozialismus und Landbevölkerung *Heberles* Untersuchung der Verhält-

Allgemein über die Machtergreifung in Baden und Württemberg informiert die von Thomas Schnabel herausgegebene Aufsatzsammlungen »Die Machtergreifung in Südwestdeutschland«¹². Als weitere Studie, die sich mit den badischen Verhältnissen befaßt, soll hier die Dissertation Grills über die badische NSDAP von ihren Anfängen bis 1945 genannt werden, der Dokumente verwendete, die bei Ende des Zweiten Weltkrieges von der amerikanischen Besatzungsarmee beschlagnahmt wurden¹³. Grills Arbeit war für die Entwicklung der NSDAP gerade auch im hier untersuchten Bezirk von großem Wert. Ergänzt wurde sie von der Arbeit Bräunche »Die NSDAP in Baden 1928–1933«, der die Vorphase der Machtergreifung beschreibt, und der Studie Rehbergers, der sich aber auf die Machtübernahme durch die NSDAP auf Regierungsebene und auf die sie begleitenden gesetzlichen Regelungen konzentriert¹⁴.

Auf rein regionale Aspekte der Machtergreifung in Baden beziehen sich nur wenige Werke. Der von Bräunche, Köhler, Lux und Schnabel verfaßte Katalog zu einer Ausstellung in Freiburg über die Machtergreifung im südbadischen Raum lieferte sporadische Hinweise. Die Untersuchungen über Haslach und Wertheim beziehen sich dagegen vor allem auf die kleinstädtischen Aspekte, die wichtige Hinweise gaben; aber durch die anders gearteten sozialen Gegebenheiten dieser Kleinstädte konnten diese Studien nur in geringerem Maße zum Vergleich herangezogen werden, da es sich beim Amtsbezirk Adelsheim um einen agrarisch strukturierten Raum handelt¹⁵. Als Vergleich wurde deshalb in erster Linie Zofkas Arbeit über den bayerischen Landkreis Günzburg herangezogen, da es sich hier um ein ähnlich strukturiertes Gebiet handelt¹⁶. Die in Zusammenarbeit zwischen Broszat und Fröhlich entstandene Studie über die Durchsetzung der NSDAP im Landkreis Memmingen behandelt ebenfalls den Aspekt der Machtverteilung zwischen den alten, lokalen Honoratioren und den neuen NSDAP-Machthabern auf lokaler Ebene, dessen Untersuchung auch hier von Bedeutung war¹⁷. Die Machtübernahme in einem überwiegend bäuerlichen und gemischt konfessionellen Gebiet beschreibt ebenfalls Rothenberger in seiner Untersuchung der südpfälzi-

nisse in Schleswig-Holstein (Landbevölkerung und Nationalsozialismus. [1963]); die übrigen werden im Verlauf der Arbeit genannt.

12 *Th. Schnabel*: Die Machtergreifung.

13 *J. H. Grill*

14 *E. O. Bräunche/H. Rehberger*: (1966).

15 *E. O. Bräunche/W. Köhler/H. P. Lux/Th. Schnabel*: 1933. Machtergreifung in Freiburg und Südbaden. (1983); *M. Hildenbrand*: Die nationalsozialistische »Machtergreifung« in einer Kleinstadt – Haslach i. K. im Jahre 1933. In: *Die Ortenau* 63 (1983) S. 187ff.; *E. Scheurich*: Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Wertheim am Main. (1983) Einen Überblick über die bisher erschienenen, regional begrenzten Untersuchungen zum Nationalsozialismus gibt *J. H. Grill*: Local and Regional Studies on National Socialism: A Review. In: *JCH* 21 (1986) S. 253–293.

16 *Z. Zofka*: Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936. (1979)

17 *M. Broszat/E. Fröhlich*: Politische und soziale Macht auf dem Lande. Die Durchsetzung der NSDAP im Kreis Memmingen. In: *VfZ* 25 (1977) S. 546ff.

schen Verhältnisse¹⁸. Zuletzt sei noch die Arbeit Neumaier genannt, der die Revolutionszeit und Frühphase der Weimarer Republik in den Amtsbezirken Adelsheim und Boxberg untersucht hat, und damit wichtige Vorinformationen gab¹⁹.

Doch soll noch auf zwei Werke hingewiesen werden, die ein Stimmungsbild der Zeit vermitteln. Selma Kahn, eine Jüdin, die in Adelsheim aufwuchs und 1934 aus Deutschland auswandern mußte, verarbeitete ihre Erlebnisse in ihrem Roman »Ins Dritte Reich – Roman aus einer süddeutschen Kleinstadt«. Der Roman bezieht sich, obwohl keine Ortsangaben gemacht wurden, ganz offensichtlich auf Adelsheim und Umgebung; auch wurden Charaktere gezeichnet, die unschwer auf tatsächlich agierende Personen der Zeit zutreffen; doch da einzelne Ereignisse in den Quellen keine Entsprechung fanden, mußte auf eine Einbeziehung des Romans in diese Arbeit verzichtet werden. Auch Willy Wertheimer, der von 1919 bis 1924 jüdischer Lehrer in Eubigheim war und anschließend nach Buchen versetzt wurde, beschreibt ein anschauliches Bild vom Leben der jüdischen Dorfbewohner der Zeit²⁰.

I Die Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus

1. Das Untersuchungsgebiet in der Weimarer Republik

Beim Amtsbezirk Adelsheim handelt es sich um ein vorwiegend landwirtschaftlich und kleingewerblich strukturiertes Gebiet im nördlichen Teil des ehemaligen Landes Baden, dem sog. badischen Hinterland. Die südliche Grenze des Bezirks war gleichzeitig die Landesgrenze zu Württemberg; Nachbarbezirke waren Mosbach im Westen, Buchen im Norden und Tauberbischofsheim im Osten²¹.

Der Amtsbezirk bestand erst seit 1924 in dem Umfang, wie er der vorliegenden Arbeit zugrundeliegt. In diesem Jahr nämlich wurde neben zwölf anderen badischen Bezirken auch der Amtsbezirk Boxberg aufgelöst und die dazu gehörenden Gemeinden in die benachbarten Bezirke Adelsheim und Tauberbischofsheim eingegliedert²². Doch sollte auch diese Neueinteilung wiederum nicht von Bestand sein; schon 1936 wurde der Bezirk Adelsheim aufgehoben und dem Bezirk ab 1939

18 K. H. Rothenberger: Die nationalsozialistische Machtübernahme in der Südpfalz (Januar bis November 1933). In: ZGO 132 (1984) S. 305ff.

19 H. Neumaier: Ländlicher Raum zwischen Monarchie und Republik. Die Rätebewegung in den badischen Amtsbezirken Adelsheim und Boxberg. In: ZGO 128 (1980) S. 415ff.

20 S. Kahn: Gedichte und Prosa aus dem Exil. (1975); W. Wertheimer: Zwischen zwei Welten. Der Förster von Brooklyn. Lebenserinnerungen des ehemaligen jüdischen Lehrers in Eubigheim und Buchen in Baden. (21980)

21 Vgl. Theiss/Baumhauer (Hg.): Der Kreis Buchen. Vorsatz-Karte.

22 Zur Verwaltungsgeschichte vgl. Redeker, U./Schöntag, W.: Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1815–1936. Beiwort zu den Karten VII, 4–5 in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg. (1972–1976). Es handelte sich bei den genannten Gemeinden um: Ballenberg, Buch, Erlenbach, Gommersdorf, Klepsau, Krautheim, Neunstetten, Oberndorf, Oberwittstadt, Schillingstadt, Schwarzenbrunn, Unterwittstadt und Winzenhofen.

Kreis Buchen zugeteilt. Heute sind die 37 Gemeinden, die zum Amtsbezirk Adelsheim gehörten, auf insgesamt vier Landkreise Baden-Württembergs aufgeteilt: Neckar-Odenwald-Kreis (zu diesem Kreis gehören die meisten Gemeinden), Main-Tauber-Kreis, Hohenlohe-Kreis und dem Kreis Heilbronn.

Im Jahr 1933 zählte der Amtsbezirk Adelsheim 18996 Einwohner, 3,3 % (755 Personen) weniger als 1925. Überhaupt ist im Bezirk wie im gesamten Bauland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein starker Bevölkerungsrückgang zu beobachten, der durch die Abwanderung in die industriellen Zentren, z. B. Mannheim, bedingt war²³.

Die größten Gemeinden des Bezirks waren die Amtsstadt Adelsheim mit 1573 sowie Osterburken mit 1542 Einwohnern. Die nächstgrößten Gemeinden waren Seckach (934) und Sennfeld (883). Insgesamt gab es 13 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 501 und 1000, 16 Gemeinden mit 201 bis 500 Einwohnern; die Einwohnerzahl von sechs Gemeinden lag unter 200. Die kleinsten Gemeinden des Bezirks und des gesamten badischen Frankenlandes waren Horrenbach und Schwarzenbrunn mit 77 bzw. 41 Einwohnern.

Die Bevölkerung des Bezirks war nach der Volkszählung von 1933 zu 53,8 % katholischen Glaubens; 44,1 % waren evangelisch. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung betrug 1933 1,5 % (277 Personen), wobei diese zwischen 1925 und 1933 einen im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung sehr hohen Rückgang von 15,5 % zu verzeichnen hatte, der durch den Geburtenrückgang in den jüdischen Gemeinden, durch die verstärkte Auswanderung der Juden sowie durch die Abwanderung der Juden aus den Dörfern in die großen Städte verursacht worden war²⁴.

Der überwiegende Teil der Gemeinden des Bezirks war als Ergebnis von Reformation und Gegenreformation durch eine relative konfessionelle Homogenität gekennzeichnet: der Bevölkerungsanteil einer Konfession überstieg in den meisten Gemeinden 70 %, zum großen Teil sogar 90 %. 16 Gemeinden des Bezirks, ehemals reichsritterschaftliche Orte, waren überwiegend katholisch, davon ebenfalls 11 zu über 90 %²⁵.

Die jüdische Bevölkerung konzentrierte sich auf neun Gemeinden des Bezirks: Adelsheim, Eubigheim, Groß- und Kleineicholzheim, Krautheim, Merchingen, Osterburken, Sennfeld und Sindolsheim; in Osterburken und Sindolsheim wohn-

23 Vgl. *Neumaier*: S. 417f.; zwischen 1852 und 1933 wanderten aus dem Amtsbezirk insgesamt 16732 Personen ab, so daß der Geburtenüberschuß sich bei der Bevölkerungsentwicklung überhaupt nicht auswirken konnte. Vgl. dazu Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Die badische Landwirtschaft im Allgemeinen und in einzelnen Gauen*, 3 Bde. (1932–1936), Bd. 3, Tab. S. 296f., S. 274; bzw. Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Die Wohnbevölkerung in Baden und ihre Religionszugehörigkeit*, (1934), s. Anhang, Tab. II.

24 Vgl. *G. Tadday*: *Die Zeit der Verfolgung 1933–1945*. In: *Juden in Baden 1909–1984* (Katalog zur Ausstellung, 1984), S. 57f. Einige Artikel im BB berichten von der Auswanderung jüdischer Bürger nach Amerika, z. B. BB 10. 12. 1928.

25 Der Einfachheit halber sollen die überwiegend evangelischen Gemeinden bzw. die überwiegend katholischen Gemeinden in Zukunft nur noch als evangelische Gemeinden bzw. katholische Gemeinden bezeichnet werden.

ten 1933 allerdings nur noch je sechs jüdische Bürger. Sennfeld mit 56 jüdischen Bürgern (6,3 %) und Grobeicholzheim mit 51 jüdischen Bürgern (7,5 %) wiesen den höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil auf.

Die Bevölkerung des Bezirks verdiente ihren Lebensunterhalt zum größten Teil in der Landwirtschaft; nach einer Statistik aus dem Jahr 1928 arbeiteten 67,9 % der Bevölkerung des Amtsbezirks in der Landwirtschaft, und nur 13,5 % waren in Industrie und Gewerbe beschäftigt. 8,2 % zählten sich zur Berufsgruppe Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft, 3,1 % waren in der Verwaltung, einschließlich Heerwesen, Kirche, freie Berufe, 0,8 % im Gesundheitswesen und 1,2 % in »häuslichen Diensten« beschäftigt; 5,3 % waren ohne Beruf bzw. gaben keinen Beruf an²⁶. Die im Jahr 1927 veröffentlichte Gemeindestatistik zählte 121 Industriearbeiter (0,6 % der Bevölkerung) auf²⁷.

1928 wurden insgesamt 3819 landwirtschaftliche Betriebe²⁸ und 1195 gewerbliche Betriebe ermittelt. Bei 4523 Haushaltungen im Gesamtbezirk bedeutet das, daß zu ungefähr 84 % der Haushalte ein landwirtschaftlicher Betrieb gehörte, von denen ein großer Teil im Nebenerwerb geführt wurden. Darauf deutet auch die große Zahl der Parzellenbetriebe (unter 2 ha) hin, die 34,7 % der Betriebe ausmachten, und die, wie für das gesamte badische Frankenland festgestellt wird, »fast ohne Ausnahme von Junglandwirten, Altenteilern, Handwerkern, Kaufleuten, Tagelöhnern, Industriearbeitern usw. bewirtschaftet« wurden²⁹. Zum größten Teil waren die landwirtschaftlichen Betriebe im Bezirk von mittlerer Größe; die Durchschnittsfläche betrug 6,2 ha. 64,9 % der Gesamtfläche des Bezirks wurde landwirtschaftlich genutzt, überwiegend als Ackerland; der Getreideanbau war dabei vorherrschend³⁰.

Nur in einer kleinen Zahl von Gemeinden des Bezirks erreichte der Anteil der Handwerker und Kaufleute einen größeren Umfang. Es handelt sich hierbei v. a. um die größeren Gemeinden mit einem jüdischen Bevölkerungsanteil³¹. In Adelsheim und Osterburken dürfte darüber hinaus der Anteil der in der Verwaltung Beschäftigten relativ hoch gewesen sein; doch mußten die Angestellten des Finanzamtes in Osterburken mit der Aufhebung dieses Amtes zum

26 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Baden in Wort und Zahl*. (1928) S. 11; Vergleichszahlen Baden insgesamt: 28,2 % / 39,6 % / 15,9 % / 4,9 % / 1,8 % / 1,8 % / 7,0 %.

27 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Badische Gemeindestatistik*. (1927) S. 146f. Eine 1933 in *Badische Landwirtschaft*, Bd. 3, S. 296f., veröffentlichte Zählung nennt nur noch 104 Fabrikarbeiter. Demnach würde sich die Differenz aus der verringerten Zahl von Arbeitern in Seckach erklären, wo nur noch 4 Arbeiter gezählt wurden. Das dort angesiedelte Gipswerk, einer der zwei Industriebetriebe des Bezirks mit mehr als 20 Arbeitern, bestand aber weiterhin.

28 1933: 3927 landwirtschaftliche Betriebe.

29 *Badische Landwirtschaft*, Bd. 3, S. 278; *A. Weber: Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler*. (1969) S. 132 erwähnt, daß in Baden die Betriebe unter 2 ha zu 71 % im Nebenerwerb bewirtschaftet wurden.

30 *Baden in Wort und Zahl*, S. 20/23/28.

31 Zu nennen wären hier Adelsheim, Krauthheim, Osterburken, Eubigheim, Groß- und Kleineicholzheim, Merchingen, Rosenberg, Seckach und Sennfeld, in denen auch der relativ hohe Anteil der Parzellenbetriebe auf eine größere Zahl von Nicht-Vollerwerbslandwirten hinweist.

1.3.1933 aus Osterburken wegziehen³². Zuständig wurde jetzt das Finanzamt Mosbach, für den ehemaligen Amtsbezirk Boxberg das Finanzamt Tauberbischofsheim.

Insgesamt befanden sich im Bezirk 1925 nur zwei größere Industriebetriebe, die 20 und mehr Arbeiter beschäftigten: Ruchsen war der Sitz eines Filialbetriebes der Kunstbaumwollfabrik Leo Mayer (Stuttgart-Feuerbach); in Seckach hatte die Heidelberger Gipsindustrie GmbH ein Filialwerk (Gipswerk) eingerichtet³³. Allerdings scheint die Kunstbaumwollfabrik in Ruchsen zwischen 1925 und 1933 einen wirtschaftlichen Niedergang erlebt zu haben, da es nach einer anderen Aufstellung aus dem Jahr 1933 in Ruchsen keinen Betrieb mehr gab, der mehr als 20 Personen beschäftigte³⁴. Der zweite Betrieb des Amtsbezirks in dieser Größenordnung war jetzt die Stempelfabrik und Druckerei Richard Veith in Adelsheim.

2. Die wirtschaftliche Lage im Bezirk am Ende der Weimarer Republik

Die Weltwirtschaftskrise bestimmte auch die wirtschaftliche Lage des Amtsbezirks Adelsheim. Doch wurde sie in dem vorwiegend agrarisch geprägten Bezirk vor allem als Absatzkrise der Landwirtschaft und in den damit einhergehenden fallenden Agrarpreisen deutlich.

Als Mitglieder des badischen Landtages und der badischen Regierung sich im Mai 1930 auf einer Informationsfahrt durch das Frankenland befanden und bei dieser Gelegenheit auch in Adelsheim Station machten, ging der damalige Landrat Kohlhepp in seiner Ansprache auch darauf ein. Demnach seien die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk, wie das geringe Steueraufkommen zeige, schlecht, und sie würden noch durch die ungünstigen Grenzverhältnisse verstärkt. Die größte Sorge des Bezirks sei aber die Lage der Landwirtschaft, deren Erzeugnisse nicht den nötigen Absatz fänden³⁵.

Die schlechte Lage der Landwirtschaft wird sehr oft im BB beklagt. 1930 wurden insbesondere die Absatzschwierigkeiten bei den Grünkernerzeugern betont. Teile der Ernte des Vorjahres würden noch unverkauft in den Speichern lagern³⁶. Die schlechten Preise für Weizen und anderes Getreide, dann die niedrigen Schweinepreise ließen die Landwirte mit großen Sorgen in die Zukunft blicken³⁷. Schlechte Ernteergebnisse 1930 und 1931 vergrößerten diese Sorgen noch. Im Rückblick auf das Jahr 1931 schreibt der Kommentator des BB, daß die sehr geringe Ernte und die unverhältnismäßig niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse viele landwirtschaftliche, aber auch gewerbliche Betriebe an den Rand des Ruins

32 Vgl. BB 2. 1. 1933; hier wurde der wirtschaftliche Verlust, der der Stadtgemeinde Osterburken hierdurch entstand, beklagt.

33 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Die Industrie in Baden im Jahr 1925. (1926) S. 51 u. 188.

34 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landwirtschaft, Bd. 3, Tab. 1, S. 296ff.

35 BB 17. 5. 1930; zur Informationsfahrt des Landtags *G. Trunk*: Die Frankenlandfahrt der badischen Volksvertreter. In: Der Wartturm 28, Nr. 2 (Mai 1937) S. 1-6.

36 BB 21. 6. 1930; Grünkern, unreif (grün) geernteter Dinkel, wurde in den meisten Gemeinden des Bezirks angebaut.

37 BB 14. 10. 1930.

gebracht hätten³⁸. Im Januar 1933 wird aus Leibenstadt gemeldet, daß die Viehhaltung zu einem Verlustgeschäft geworden wäre, daß sich selbst die Milchwirtschaft nicht mehr lohnen würde, da die Milchpreise so weit gefallen seien, und daß die Landwirte von den Erträgen aus diesem Wirtschaftszweig nicht mehr wie früher die notwendigen Haushalts- und Steuergelder bezahlen könnten. »Jeder greift sich an den Kopf und fragt, wenn das so weiter geht, mit was soll ich noch bezahlen?« – dies dürfte eine Frage gewesen sein, die sich viele stellten³⁹.

Die Lage im Handwerk erschien ebenso trostlos. Im Dezember 1928 machte die Schuhmacherzwangsinnung des Bezirks ihre Kunden in einer Anzeige im BB darauf aufmerksam, daß, bedingt durch die wirtschaftliche Notlage ihres Berufsstandes, sich die Schuhmacher außerstande sehen würden, auch in Zukunft wie bisher Kredite auf die von ihnen hergestellten Waren zu geben. Die hohen Lederpreise sowie die scharfen Zahlungsbedingungen der Materiallieferanten zwängen sie dazu, alle Waren in Zukunft nur noch gegen Barzahlung abgeben zu können⁴⁰. Auf einer Handwerkerversammlung in Osterburken im März 1930 wurde die Notlage der Handwerker beklagt, die gegenüber der Konkurrenz aus der Industrie und der Regiebetriebe wie auch durch Gefängnis- und Zuchthausarbeit auf verlorenem Posten stehen würden. Auch hohe Steuern und Zinsen trügen zu der schlechten Lage bei. Die Versammlung verabschiedete deshalb einstimmig eine Resolution, in der sie den Schutz des Handwerks gegen die großkapitalistischen Konzerne und Trusts, gegen die Regiebetriebe des Reiches, gegen den Mißbrauch gemeinnütziger Unternehmensformen und gegen Warenhäuser und Konsumvereine forderten. Die Versammlungsteilnehmer protestierten, wie es in der Meldung heißt, »gegen jede Absicht einer Verelendung und Proletarisierung der deutschen Mittelschichten«⁴¹.

Über die Arbeitslosenrate liegen für den Bezirk selbst keine Angaben vor. Der BB berichtet aber monatlich über die Arbeitsmarktlage im gesamten Arbeitsamtsbezirk Mosbach⁴². 1929 waren 1,3 %, 1930 1,5 %, 1931 2,0 % und 1932 2,4 % der Wohnbevölkerung als arbeitslos gemeldet⁴³. Da die Gesamtregion aber hauptsächlich von der Landwirtschaft lebte und Familienbetriebe vorherrschend waren, werden die relativ niedrigen Zahlen verständlich; andere Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft gab es kaum, die meisten Söhne der Bauern blieben wohl auch weiterhin im elterlichen Betrieb.

Auch die finanzielle Lage der Gemeinden war, wie auf der Kreisversammlung des Verbandes badischer Gemeinden in Osterburken am 3. Mai 1931 festgestellt

38 BB 31. 12. 1931.

39 BB 21. 1. 1933.

40 BB 8. 12. 1928.

41 BB 5. 3. 11929; Regiebetriebe sind öffentliche Unternehmen, die unmittelbar durch eine öffentliche Körperschaft (Staat, Gemeinde) geführt werden. – Auch *Scheurich*: S. 29, berichtet von einer solchen Resolution des Wertheimer Gewerbevereins vom 15. Februar 1929, in der dieselben Forderungen gestellt wurden.

42 Umfaßte wahrscheinlich die Bezirke Adelsheim, Mosbach und Buchen.

43 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 1938. (1938); die Zahlen schließen wahrscheinlich nur die Hauptunterstützungsempfänger ein.

wurde, trostlos. Den starken Rückgängen in den Einnahmen besonders bei den Steuern und den Waldeinnahmen standen übermäßige Fürsorgelasten, hohe Aufwendungen für Wohlfahrtserwerbslose und für die Krisenfürsorge als auch die hohen Kostenbeiträge für Land- und Kreisstraßen gegenüber⁴⁴. Holz- und andere Versteigerungen gemeindeeigenen Gutes, eine Haupteinnahmequelle der Gemeinden, brachten in der Tat kaum mehr Gewinne, da die Käufer der vergangenen Jahre zu wenig Geld zur Verfügung hatten. In Leibenstadt konnte 1930 bei der Stammholzversteigerung kein einziger Verkauf getätigt werden⁴⁵. In Krautheim wurde trotz einer nochmals angesetzten Versteigerung nicht alles Öhmd (Heu) von gemeindeeigenen Wiesen abgesetzt; die Gebote wären, wie es in der Meldung heißt, überdies sehr gering gewesen⁴⁶. Eubigheim meldete im August 1931, daß bei einer Verpachtung von Gütern die Ausgaben für Umlagen, Steuern und soziale Lasten die eigentlichen Pachterlöse übersteigen würden⁴⁷. Da die Gemeindeumlagen nur in geringem Umfang von den Gemeindebürgern aufgebracht werden konnten – Stundungen waren eher die Regel –, mußten die Leibenstadter Bürger z. B. die Feldwege selbst durch unbezahlte Arbeit instand setzen⁴⁸.

Sichtbarstes Zeichen für die wirtschaftliche Not war die hohe Zahl der Wanderer und Bettler, die ohne feste Bleibe umherzogen. Die Zahl derjenigen, die dabei die Wandererfürsorgestelle in Adelsheim in Anspruch nahmen (Übernachtung, Mahlzeit), wurden regelmäßig veröffentlicht. Im Jahr 1929 erschienen bei dieser Stelle durchschnittlich 162 Wanderer im Monat (1946 im Jahr); im nächsten Jahr stieg diese Zahl auf durchschnittlich 240 Personen im Monat an (2878 im Jahr). Auch 1931 und 1932 wurde die Zahl der Wanderer noch größer: rund 281 bzw. 300 Personen im Monat (3095 bzw. 3599 im Jahr) nahmen diese Hilfe in Anspruch. Mit einem Tagesdurchschnitt von über 28 Personen wurde im Dezember 1932 eine Rekordzahl erreicht. Besonders die hohe Zahl jugendlicher Wanderer wurde immer wieder vermerkt; und selbst Familien mit Kinderwagen seien auf diese Weise unterwegs, heißt es einmal⁴⁹.

Ende 1932 führten einige Gemeinden des Bezirks, um der Flut der Bettler Herr zu werden und um Gewohnheitsbettelei zu verhindern, sog. Bettlergutscheine ein⁵⁰. Diese konnten von Privatleuten gekauft werden, die sie ihrerseits wieder an die Bettler weitergaben, damit sich diese dafür lebensnotwendige Dinge selbst kaufen konnten.

Die Bewohner des Bezirks litten zwar nicht Hunger, aber die wirtschaftliche Not stellte sich als Bargeldlosigkeit dar, wie der ruhige Verlauf der Kirchweihe im Jahr 1931 zeigte: Der Kommentator des BB meinte, daß über allen Veranstaltungen das

44 BB 5. 5. 1931.

45 BB 7. 2. 1930.

46 BB 5. 9. 1931.

47 BB 22. 8. 1931.

48 BB 31. 1. 1931 unter der Überschrift »Frondienste«. Die Gemeinderäte befaßten sich immer wieder mit Anträgen auf Stundung der Umlagen.

49 BB 5. 2. 1931.

50 Im BB werden z. B. die Gemeinden Adelsheim (17. 6. 1932), Oberwittstadt (21. 11. 1932), Bofsheim (14. 12. 1932) und Schlierstadt (31. 12. 1932) genannt.

Gespenst »Geldmangel« geschwebt hätte⁵¹. Das Absinken des Lebensstandards war somit überall fühl- und durch die Bettler auch sichtbar. Mit der Verarmung einher ging eine politische Radikalisierung weiter Kreise, die sich besonders in den guten Wahlergebnissen für die NSDAP Ausdruck verschaffen sollte.

3. Die parteipolitische Situation und das politische Klima im Bezirk

Die konfessionelle Zugehörigkeit spielte im Amtsbezirk Adelsheim bei Wahlscheidungen eine herausragende Rolle. Läßt sich dies schon für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg feststellen – schon bei der Landtagswahl 1905 zeigte sich eine eindeutige Beziehung zwischen liberalen Wahlerfolgen und den evangelischen Gemeinden bzw. zwischen Zentrumserfolgen und katholischen Gemeinden⁵² –, so gilt dies erst recht für die Nachkriegszeit. Das Zentrum war die beherrschende Partei des Amtsbezirks; bis zu den Wahlen im Jahr 1932 konnte sie die katholische Wählerschaft fast in ihrer Gesamtheit an sich binden. Erst das verstärkte Auftreten der Nationalsozialisten verdrängte das Zentrum vom ersten Platz in der Wählergunst, den es bis 1930 einschließlich einnahm.

Das konfessionell geprägte Erscheinungsbild des Amtsbezirks und die Integrationsfähigkeit der Partei, deren Zusammenhalt gerade durch den katholischen Glauben bewirkt wurde, kommen hier zum Ausdruck. Zudem besaß das Zentrum im überwiegenden Teil der katholischen Gemeinden des Bezirks örtliche Repräsentanten, die als Bürgermeister, Ortsgeistliche und Lehrer vor Ort an exponierter Stelle standen und zu den Honoratioren der Dörfer zu rechnen sind. In organisatorischer Hinsicht hatte die Partei sich zumindest auf Bezirksebene formiert; hier bestand eine Bezirksgruppe des Zentrums schon seit 5. Dezember 1918⁵³.

Für die evangelische Wählerschaft läßt sich für die Nachkriegszeit Ähnliches nicht sagen. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte diese in ihrer Mehrheit nationalliberal gewählt; nach dem Krieg aber verteilten sich ihre Stimmen auf mehrere Parteien. Besonders die DNVP konnte jetzt einen erheblichen Teil der evangelischen Wählerschaft an sich binden. Auch die DDP und in geringerem Maße die DVP erzielten Erfolge. Inwieweit die beiden Parteien auch organisatorisch im Bezirk verankert waren, läßt sich nur bedingt feststellen. Es bestanden Ortsgruppen der DDP in Osterburken und Adelsheim⁵⁴; für die DNVP läßt sich nur feststellen, daß der am Bezirksamt beschäftigte Verwaltungsobersekretär Kull eine wichtigere Rolle zumindest in den letzten Jahren der Weimarer Republik spielte⁵⁵.

Allerdings verloren diese Parteien wieder viele Stimmen an den Badischen Landbund, als dieser seit 1921 bei Wahlen zum Land- und Reichstag anzutreten begann. Diese bäuerliche Interessenvertretung wurde zeitweilig zur zweitstärksten

51 BB 19. 10. 1931.

52 Vgl. *Neumaier*: S. 420.

53 *Neumaier*, S. 442.

54 *Neumaier*: S. 442.

55 Bei einer Veranstaltung der DNVP in Adelsheim im September 1931 war Kull Versammlungsleiter. GLA 338/801: Schreiben vom 17. 9. 1931.

politischen Kraft im Bezirk, bevor die NSDAP dieses Wählerpotential für sich gewinnen konnte. Einen größeren Erfolg konnte auch der Evangelische Volksdienst für sich verbuchen, der 1929 zum ersten Mal zur Landtagswahl antrat. 1930 erreichte diese evangelische Partei 10,7 % der Stimmen, ohne allerdings bei den Wahlen des Jahres 1932 diese Bedeutung wieder erlangen zu können. Der Evangelische Volksdienst war auf Bezirksebene organisiert, die Bezirksgruppe Adelsheim, Buchen, Tauberbischofsheim wurde durch den in Adelsheim wohnenden Fortbildungshauptschullehrer Ernst Henny geleitet, der Leiter der Ortsgruppe Adelsheim und 1932 auch Mitglied des Landesvorstands der Partei war⁵⁶.

Die SPD hatte zwar am Anfang der 20er Jahre erhebliche Wählerschichten im Bezirk für sich gewinnen können, konnte aber diese Wahlerfolge nicht wiederholen und fiel auf ungefähr 8 bis 10 % der Wählerstimmen zurück. Doch ragten einige Gemeinden auch noch in der Spätphase der Weimarer Republik mit einem überdurchschnittlichen Ergebnis für die SPD heraus: es sind dies Adelsheim, Korb, Merchingen und Sennfeld. Auch in Groß- und Kleineicholzheim sowie teilweise in Leibenstadt, Neunstetten und Schlierstadt konnte die SPD im Vergleich zu anderen Gemeinden des Bezirks gute Ergebnisse erzielen.

Ortsgruppen der SPD bestanden in Adelsheim, Korb, Seckach und Sennfeld. 1925 hatte die Ortsgruppe Adelsheim 26, die Ortsgruppe Korb 5, die Ortsgruppe Seckach 12 und die Ortsgruppe Sennfeld 19 Mitglieder⁵⁷. Die Ortsgruppe Korb scheint aber zwischen 1925 und 1928 aufgelöst worden zu sein, und die Adelsheimer Ortsgruppe mußte einen starken Mitgliederschwund hinnehmen: 1929 gehörten ihr nur noch 8 Mitglieder an, nachdem sie zwischenzeitlich (1928) auf 28 Mitglieder angewachsen war. Auch die Ortsgruppe in Seckach wurde zwischen 1925 und 1928 aufgelöst; nach der Neugründung 1929 hatte sie 12 Mitglieder. Über die Gründe, die zur Auflösung der Ortsgruppen bzw. zum Mitgliederschwund führten, liegen keine Angaben vor. Bezirksvorsitzender der SPD war im Jahr 1932 Karl Huß, der seit 1921 auch Vorsitzender der Ortsgruppe Adelsheim war. Er war Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse Adelsheim⁵⁸. Vorsitzender der Ortsgruppe in Sennfeld war bis mindestens 1931 Gemeinderat Heinrich Fütterer⁵⁹. In Großbeicholzheim und Kleineicholzheim konnte die Partei auf weitere aktive Mitglieder vertrauen; 1932 leiteten die beiden jüdischen Gemeinderäte Rosental, Großbeicholzheim, und Kahn, Kleineicholzheim, SPD-Wahlveranstaltungen in diesen Gemeinden⁶⁰.

Die KPD spielte nur eine sehr untergeordnete Rolle im Amtsbezirk Adelsheim. Nur bei den Reichstagswahlen 1928 und 1932 verzeichnete sie mit 2,1 % bzw.

56 Zum Evangelischen Volksdienst: *K. Nowak*: Evangelische Kirche und Weimarer Republik (1981) S. 144ff. – *H.-G. Merz*: Katholische und evangelische Parteien in Baden seit dem 19. Jahrhundert. In: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Hg. v. *P.-L. Wehnacht*. (1978) S. 50ff.

57 *J. Schadt* (Hg.): Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932. (1977) S. 107f.

58 GLA 338/801: Schreiben vom 11. 3. 1932; *Neumaier*: S. 442.

59 GLA 338/801: Schreiben vom 3. 6. 1931.

60 GLA 338/801: Schreiben vom 9. 3. 1932.

2,4 % und 3,3, % einen gewissen Erfolg. In bestimmten Gemeinden konnte sie höhere Stimmenzahlen für sich gewinnen; es handelt sich hier besonders um die Gemeinden Korb, Großeicholzheim, Merchingen, Schillingstadt, Schlierstadt und Seckach, in geringerem Maße auch Sennfeld⁶¹. Eine festere Organisation war offensichtlich im Bezirk nicht aufgebaut worden; die Organisation von Veranstaltungen und die Koordinierung von Aktionen erfolgte von Mosbach aus. Bezirksleiter war Albert Güssler in Korb; in den Ortschaften Leibenstadt, Sennfeld, Adelsheim und Schlierstadt wohnten Vertrauensmänner der Partei⁶².

Was die politische Stimmungslage des Bezirks angeht, so lassen sich besonders zwei Strömungen ausmachen, die auch die Nationalsozialisten für sich zu nutzen verstanden. Es handelt sich hier um eine starke, nationalistische Strömung und, mit ihr verbunden, um militärische Traditionen. Die Sehnsucht nach einem wiedererstarkten Deutschland, in dem es keinen Parteienhader mehr gäbe, tritt in den Kommentaren des BB und in Reden besonders zu von den Kriegervereinen veranstalteten Feiern deutlich hervor. Überhaupt können diese Kriegervereine als Träger dieser Strömungen bezeichnet werden.

Außer in den ganz kleinen Gemeinden des Bezirks (Hemsbach, Horrenbach, Oberndorf und Schwarzenbrunn) gab es in jeder Gemeinde einen Krieger- bzw. einen Militärverein, die in den Jahren nach 1870/71 ins Leben gerufen worden waren. Sie feierten also meist gerade Anfang der 30er Jahre ihr 50jähriges Bestehen, das durch größere Feiern und Dorffeste würdig begangen wurde; zum Teil wurden wie in Bofsheim und Hohenstadt, aber auch in anderen Gemeinden, zu diesen Anlässen Kriegerdenkmale für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichtet. Erinnerungen an ehemals »größere Zeiten« Deutschlands nach dem Krieg gegen Frankreich dürften bei diesen Angelegenheiten sicherlich überall eine Rolle gespielt haben. Patriotische Gefühle bei gleichzeitiger Klage über die gegenwärtigen Zustände wurden in den Festreden zu diesen Feiern ausgedrückt. Beispielfhaft soll an dieser Stelle die Rede des Pfarrers von Schillingstadt, Engelhard, beim 50jährigen Stiftungsfest des Kriegervereins Schillingstadt 1930 erwähnt werden⁶³. Das deutsche Volk, so meinte dieser, sei im Ersten Weltkrieg nicht nur deshalb unterlegen, weil der Krieg zu lange dauerte, sondern auch weil »satantische, teuflische Mächte« Lügen verbreitet und zum Verrat aufgefordert hätten. Jetzt sei Deutschland, das »das Größte an Heroismus« geleistet habe, von seiner Größe herabgesunken in eine Tiefe, die noch nie vorher ein Kulturvolk erreicht hätte. Die Wiedergeburt Deutschlands und sein Wiederaufstieg könnten nur durch die »Liebe zu deutscher Art, zu deutschem Geist, zu deutschem Wesen, zu deutscher Zucht und Sitte, zu deutscher Erde, zu deutschem Volk« und durch »deutschen Glauben« erreicht werden. Gerade die Kriegervereine seien die »Pflanzstätten deutscher Art, deutscher Treue, deutscher Tüchtigkeit«. Deshalb

61 Die höhere Zahl der für die KPD abgegebenen Stimmen gerade in Schlierstadt und Korb könnte sich hierdurch erklären lassen.

62 GLA 338/802. S. 2; vgl. auch 249a/Zugang 1970/Nr. 36. Fasz. 86 und 86a.

63 Vollständig abgedruckt im BB vom 31. 5. 1930.

fordert er alle »wirklich echten Patrioten« auf, über die Schranken der Parteien, Klassen und Konfessionen hinweg einander die Bruderhand zu einer deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft zu reichen. Erst dann könne man wieder von Deutschland sagen und singen: »Deutschland, Deutschland über alles«.

Engelhard bringt hier die weitverbreitete Meinung zum Ausdruck, die sich in den Begriffen »Kriegsschuldlüge« und »Dolchstoßlegende« zusammenfassen läßt. Doch zeigt sich hier auch die Unzufriedenheit breiter, vorwiegend protestantischer Kreise mit dem Weimarer Staat, dessen Verfassung liberales und demokratisches Gedankengut aufgenommen hatte und den man demzufolge für die auch von Engelhard beklagte Uneinigkeit und »Parteienwirtschaft« verantwortlich machte. Anfällig für ein autoritäres Regierungssystem, dessen Ursache in der über Jahrhunderte hinweg herrschenden Verbindung zwischen Thron und Altar, zwischen Landesherrn und Kirche, zu suchen sind, glaubten sich viele protestantische Christen in einem Obrigkeitsstaat besser aufgehoben, da man diesem zutraute, die Gegensätze, die man im gegenwärtigen System aufbrechen sah, zu überbrücken und die Einigkeit des deutschen Volkes herzustellen. Die Weimarer Republik konnte dies dieser Meinung nach nicht leisten⁶⁴.

Ursache der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes, so wurde immer wieder betont, sei der Versailler Vertrag und besonders sein Kriegsschuldartikel: die Kriegsschuldthese hätte maßgeblich zur Versklavung des deutschen Volkes geführt. Besonders im Jahr 1929 nahm der Protest gegen das »Versailler Diktat« im Bezirk ein großes Ausmaß an. Kundgebungen und Protestversammlungen gegen die Kriegsschuld, die vom Kyffhäuser Bund, dem größten Dachverband der deutschen Kriegervereine, angeregt worden waren⁶⁵, fanden in großer Zahl im Bezirk meist anlässlich des Volkstrauertages des Jahres 1929 statt, bei denen die Forderung nach Aufhebung des Kriegsschuldparagraphen erhoben wurde. Auch in den evangelischen Kirchen Deutschlands wurde der zehnjährigen Wiederkehr des Versailler Vertrags am 28. Juni 1929 gedacht; im Amtsbezirk Adelsheim wie anderwo auch wurde hierzu eine Erklärung des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses verlesen, die zur »restlosen Aufklärung der wahren Kriegsursachen« und zur Beseitigung der »Belastung des deutschen Volkes mit der Kriegsschuld« aufrief⁶⁶. Die Rede Pfarrer Engelhards zur Jubiläumsfeier des Kriegervereins fügt sich somit ein in die allgemeine Stimmungslage.

Die Wegnahme des Kriegsschuldparagraphen sollte eine Voraussetzung zum Wiederaufstieg Deutschlands sein. Eine andere sah man darin, »alles Trennende« innerhalb des deutschen Volkes zu beseitigen⁶⁷. Man beklagte die Uneinigkeit, den Parteienhader, besonders die Parteienzersplitterung. »Sind wir ein Staatsvolk oder

64 Zur ablehnenden Haltung vieler Protestanten gegenüber dem Weimarer Staat vgl. *Nowak*, bes. S. 72ff.; für Baden und Württemberg: *J. Thierfelder/E. Röhm*: Die evangelischen Landeskirchen von Baden und Württemberg in der Spätphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches. In: *Th. Schnabel* (Hg.): *Machtergreifung*, S. 219ff. besonders S. 226ff.

65 Vgl. *C. J. Eliot*: The Kriegervereine and the Weimar Republic. In: *JCH* 10 (1975) S. 124.

66 Erklärung zitiert bei *Nowak*, S. 200; vgl. *BB* 22. 6. 1929.

67 So der Redner zum Volkstrauertrag in Hirschlanden, *BB* 27. 2. 1929.

ein Interessenhaufen?« fragte der Kommentator des BB am 13. September 1930 vor der Reichstagswahl des Jahres, nachdem er die Vielzahl der bei dieser Wahl auftretenden Parteien beklagt hatte.

Auch im Kommentar zur Jahreswende 1932/33 klingt diese Sehnsucht nach Einigkeit und der Wunsch nach einem Wiederaufstieg des deutschen Volkes an. Am 2. Januar 1933 heißt es im BB unter dem Titel »Zur Jahreswende«:

»... Wir erwarten von dem Jahr 1933, daß es uns aus dem abgrundtiefen Niedergang des Jahres 1932 wieder emporführt zu lichterem Höhen. Es kann dies aber nicht geschehen allein durch wundertätige Dinge, sondern vielmehr durch die Tat. Wir müssen alle Kräfte einsetzen, um wieder hoch zu kommen. Dazu gehört vor allem Einigkeit. Mögen unsere Wege noch so getrennt sein, ein Ziel müssen wir alle haben: Das deutsche Vaterland! Wir sind ein Volk in Not. Das müssen sich alle vor Augen halten, auch diejenigen, denen die Not noch nicht im eigenen Nacken sitzt. Halten wir zusammen in Not und Tod wie in den schweren Kriegsjahren, dann werden wieder zur Geltung kommen deutsche Treue und der alte gute deutsche Name in aller Welt.«

Ein Vorgang, der sich zwar schon zu Anfang der 20er Jahre abspielte, aber darüber hinaus Wirkungen zeigte, wirft ein Licht auf die Vorstellungen, die bei einem größeren Teil der Bevölkerung des Bezirks vorherrschend waren und die zum Aufstieg des Nationalsozialismus beitrugen. Unter der Überschrift »Deutsche der Tat« erschien am 27. Juni 1933 im BB ein längerer Artikel, der anlässlich des Jahrestages des »Schmachfriedens von Versailles mit seinen entehrenden Entwaffnungsbedingungen« am 28. Juni auf den »opferbereiten, vaterländischen Geist« aufmerksam machen will, der selbst zu Beginn der 20er Jahre im Bezirk nicht tot gewesen sei. Diesem Bericht zufolge hatten Angehörige des (konservativ-nationalistischen) »Bundes für Freiheit und Recht« unter der Leitung Hauptmann (a. D.) Damm⁶⁸ auf einem Gutshof im Odenwald ein Waffenlager aus ehemaligen Heeresbeständen angelegt, die eigentlich im Zuge der Entwaffnung hätten abgeliefert werden sollen. Da dieses Lager aber entdeckt zu werden drohte, wurden die Waffen heimlich nach Bofsheim gebracht und dort mit Wissen des Ortspfarrers im Kirchturm und im Dachstuhl der Kirche versteckt. Später wurden Teile des Waffenbestandes – es handelte sich nach Angaben des Artikels um 1500 Gewehre mit Munition und um Handgranaten – auch nach Sindolsheim, Adelsheim, auf den Wemershof bei Adelsheim und nach Sennfeld gebracht. Andere Lager in Osterburken unter dem Dach der Kilianskapelle und in ausrangierten Eisenbahnwaggons sowie in Seligental bei Zimmern wurden allerdings am 2. Februar 1921 entdeckt. Hier handelte es sich um 33000 Gewehre, 60 Maschinengewehre und

68 Vgl. Neumaier, S. 437, Anmerkung. Zu den Vorgängen in Osterburken im besonderen jetzt auch: H. Neumaier: Bund Freiheit und Recht. In: E. Weiß/H. Neumaier: Geschichte der Stadt Osterburken. (1986), S. 382–387. Der Bund war ein Zweig der Organisation Escherich, die 1920 aus freiwilligen Verbänden entstand. Sie waren zur Zerschlagung der Münchner Räterepublik eingesetzt worden. Die Organisation wurde 1921 aufgelöst.

Munition⁶⁹. Ein »Judas« aus Osterburken, ein SPD-Mitglied, so der Verfasser des Berichts im BB, soll die Verschwörer in Osterburken verraten haben⁷⁰.

Da die Gefahr einer Entdeckung des Waffenlagers, so der Bericht weiter, auch in Bofsheim bestand – ein angeblich »bekannter Kommunist« aus Seckach soll eines Tages auffällig um die Kirche herumgestrichen sein –, entschloß man sich, die Gewehre unter der mittlerweile »von der marxistischen Seuche«⁷¹ genesenen Bevölkerung Bofsheims zu verteilen; die übrigen Waffen wurden an verschiedenen Plätzen im Ort untergebracht. Um die Waffenbestände zu decken, gründete man einen Schützenverein und teilte zusätzlich die Männer zu einer Einwohnerwehr ein. 1929 schließlich wurden die Waffen bis auf solche, die die Männer für sich behielten, an die Reichswehr abgegeben. Mit den im Ort verbliebenen Waffen rüstete man dann im Jahr 1933 die SA-Mannschaften des Bezirks aus, damit diese, wie es in dem Artikel heißt, »nicht mit leeren Händen vor's Bezirksamt zu marschieren brauchten«.

Der Artikel ist deshalb interessant, da er, wie schon erwähnt, ein Licht wirft auf den Geist, der im Bezirk herrschte: immerhin war man bereit, jahrelang und mit Wissen einer breiten Bevölkerungsschicht gegen bestehende Gesetze zu verstoßen. Er ist weiter interessant, da er einige der beteiligten Männer namentlich nennt: Beteiligte und Mitglieder dieses Bundes waren selbst die beiden Bürgermeister von Osterburken und Bofsheim sowie der Ratschreiber von Bofsheim. Zwei andere beteiligte Osterburkener wurden später NSDAP-Mitglieder. Und wie der Artikel weiter aufführt, schlossen sich die Mitglieder des Bundes, als er aufgelöst wurde, der »neu aufkommenden nationalsozialistischen Bewegung in der SA an oder traten in den ebenfalls schon bestehenden Stahlhelm ein«. Auch die Beobachtung, die Wertheimer in Eubigheim machte, daß nämlich im Schützenverein ein stark militärischer, oppositioneller Geist herrschte, da man »in diesen Versammlungen ... aus Herzenslust auf die Reaktion und die Herren, die den Krieg verloren haben, schimpfen« konnte, daß »das Getriebe in diesem Verein ... schon seine Schatten voraus (warf) auf das, was kommen sollte«⁷², kann man auch für Bofsheim als gültig erachten. Auch hier wurde der Schützenverein mit der gleichzeitig gegründeten Einwohnerwehr zu einem Sammelbecken der mit dem bestehenden Staat, mit dem »System« Unzufriedenen.

69 Vgl. hierzu *H. G. Zier*: Politische Geschichte Badens 1918–1933. In: *Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart*. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. (1979) S. 161.

70 Es handelte sich hierbei um den Schlossermeister J. Ellwanger und seine Söhne. In Osterburken wurde das Handeln Ellwangers als Verrat aufgefaßt; er bat wegen der herrschenden Stimmung gegen ihn beim Bezirksamt sogar um die Erlaubnis, eine Schußwaffe tragen zu dürfen. Sein Geschäft wurde im folgenden boykottiert. Ellwanger verließ bald darauf Osterburken. Vgl. hierzu *Neumaier* in: *Geschichte der Stadt Osterburken*. S. 384.

71 Bofsheim hatte 1919 zu einem wesentlichen Teil sozialdemokratisch gewählt.

72 *W. Wertheimer*: S. 84.

4. Propaganda und Agitation der NSDAP

Seit mindestens Mitte 1928 wurden landwirtschaftliche Themen in die allgemeine Propagandatätigkeit der badischen NSDAP aufgenommen⁷³. Besonders Albert Roth beschäftigte sich in seinen Reden immer wieder mit landwirtschaftlichen Fragen und der Not der Bauern, die doch die »Ernährer des deutschen Volkes« und »die Wurzel des Staates« seien⁷⁴. Der Staat sehe zu, wie dieser Bauernstand zugrunde gehe, während die hohen Beamten von demselben Staat so gut bezahlt würden, daß sie die Not der anderen gar nicht mehr bemerkten⁷⁵. Die Schulden der Landwirtschaft würden trotz Fleiß und trotz der Sparsamkeit der Bauern entstehen, da die Regierungspartei nicht das Volk, sondern die internationale Hochfinanz vertreten würde. Dies wäre besonders bei der Annahme des Young-Planes in Erscheinung getreten⁷⁶. – Aber landwirtschaftliche Themen haben in den Reden nicht die große Bedeutung, die man vielleicht vermuten würde. Die Lage der Landwirtschaft ist in den nationalsozialistischen Versammlungen nur ein Thema unter anderen. Eine deutliche Konzentration auf die drängenden Fragen der Landwirtschaft und damit auf die vorherrschende soziale Gruppe des Bezirks ist bei den Rednern mit Ausnahmen Roths im allgemeinen wenig festzustellen; überhaupt wird dieses Thema spätestens 1932 zugunsten »globalerer« Themen fallengelassen. In den Reden, die im Bezirk gehalten wurden, und die durch die Berichte der Gendarmerie überliefert sind⁷⁷, werden besonders die »Parteienwirtschaft« und »das System« des Parlamentarismus sowie die Abhängigkeit Deutschlands von der »internationalen Hochfinanz«, die man in nationalsozialistischer Sicht im Judentum verkörpert sah, beklagt. In Zusammenhang mit dem Young-Plan, dem »Schandvertrag«, beschrieb Friedhelm Kemper, der badische HJ-Führer, ein Deutschland, das auf die Ebene eines Sklavenvolkes herabgedrückt worden sei; das deutsche Volk sei zugunsten »der Kahn, Levi und dergleichen« verkauft worden⁷⁸. Schuld an der Not des deutschen Volkes seien aber auch die Parteien, die während der Wahlkämpfe immer alles versprächen, dann aber in den Parlamenten »Kuhhändel« (Kemper) trieben, und an ihre Versprechungen nicht im mindesten mehr dächten. Es wurden von der NSDAP also genau solche Themen angesprochen, die im Bezirk schon geläufig waren. Dagegen wollten die Nationalsozialisten mit der Beseitigung des parlamentarischen Systems und der Errichtung eines Ständestaates vorgehen; sie strebten die Diktatur an, wie sie klar und deutlich verkündeten⁷⁹. Die Volksgemeinschaft wäre anzustreben. Als Lösung

73 Grill: Nazi Party, S. 135.

74 So z. B. am 16. 6. 1929 in Schillingstadt. GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 18. 6. 1929.

75 Roth auf der genannten Versammlung am 16. 6. 1929 in Schillingstadt (wie Anmerkung 55); Albert Roth war Ortsgruppen- und Kreisleiter, später Landtags- und Reichstagsabgeordneter der badischen NSDAP und deren Agrar-Experte.

76 Roth am 2. 10. 1929 in Adelsheim; GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom selben Tag.

77 Besonders GLA 338/800.

78 Kemper in Schillingstadt am 16. 6. 1929; GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 18. 6. 1929.

79 So Lenz und Kramer am 4. 5. 1929 in Osterburken; GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 6. 5. 1929. Karl Lenz war seit 1921 SA-Führer und politischer Leiter der NSDAP, seit 1929 Landtagsabgeord-

der Arbeitslosenfrage schlugen die Nationalsozialisten die Einführung der Arbeitsdienstpflicht vor. Es waren dieselben Töne und Parolen, die die NSDAP überall in Deutschland anschlug.

Die Wahlkampfreden des Jahres 1932⁸⁰ konzentrieren sich auf die Person Adolf Hitlers, der mit dem »System« Schluß machen wird: »Schluß jetzt, alles wählt Adolf Hitler«; »Hinweg mit dem System Brüning. Mit Hitler in ein besseres Deutschland« oder »Kampf bis zum Sieg« waren Titel einiger nationalsozialistischer Veranstaltungen zu den Reichstagswahlen. Wenn man überhaupt von den Titeln der Veranstaltungen auf die Inhalte der bei diesen Gelegenheiten gehaltenen Reden schließen kann, so wird für die Reichstagswahlen des Jahres deutlich, daß – besonders im zweiten Wahlkampf für die Reichstagswahl am 6. November 1932 – sich das Hauptaugenmerk der nationalsozialistischen Redner nun »Gegen Marxismus und Reaktion« richtete, wie einer der Titel lautete⁸¹.

Das Auffälligste bei den Wahlkämpfen des Jahres 1932 ist aber die große Zahl der nationalsozialistischen Veranstaltungen, im Vergleich zu den anderen Parteien⁸². Schon im Jahr 1928 zeigte die NSDAP eine größere Aktivität, zumindest was die Veröffentlichung von Veranstaltungsberichten im BB angeht. Diese Tendenz setzt sich auch in den folgenden Jahren fort. Hinzu kommen noch mehrere Berichte im BB über Veranstaltungen in Gemeinden des benachbarten Amtsbezirkes Tauberbischofsheim, besonders in den protestantischen Gemeinden Schwabhausen und Oberschüpf. Selbst im wahlkampflosen Jahr 1931 erlahmte die nationalsozialistische Propaganda nicht, auch wenn sie sich auf protestantische Gemeinden allein konzentrierte. 1932 schließlich dehnte sie ihre Agitation auch auf die größeren katholischen Gemeinden des Bezirks wie z. B. Schlierstadt und Seckach aus. In insgesamt 20 Gemeinden des Bezirks hielt sie vor der ersten Reichspräsidentenwahl des Jahres Veranstaltungen ab; im Wahlkampf zur zweiten Reichspräsidentenwahl wurden in 17 Gemeinden Veranstaltungen durchgeführt⁸³. In nur sechs Gemeinden des Bezirks (in Bofsheim, Bronnacker, Erlenbach, Hemsbach, Hünghheim, Oberndorf und Unterwittstadt) hatten bis zum Tag der zweiten Reichspräsidentenwahl in diesem Jahr noch keine NSDAP-Veranstaltungen stattgefunden, wobei es sich bei diesen Gemeinden um die kleinsten und – mit Ausnahme der protestanti-

ner, 1930 Reichstagsabgeordneter; August Kramer war seit 1927 Bezirksleiter in Heidelberg und Gaugeschäftsführer.

80 Hierzu liegen keine Unterlagen in Form von Gendarmerie-Berichten mehr vor, so daß aus den Titeln der Veranstaltungen auf die Inhalte geschlossen werden mußte – soweit dies durch die allgemeinen Formulierungen dieser Titel überhaupt möglich war.

81 Ein weiterer häufiger Titel gerade dieses Herbst-Wahlkampfes lautete ähnlich: »Bolschewisten, Herrenclub oder Volksregierung?« Es ist dabei auffällig, daß verschiedene Redner zum selben Thema sprachen; die zentrale Steuerung der Propaganda wirkte sich hier aus. Vgl. *N. Frei*, Nationalsozialistische Presse und Propaganda. In: *Das Dritte Reich*. Hg. von *M. Broszat* und *H. Möller*. (1983) S. 152–175, bes. S. 154ff.; s. auch *H. Mommsen*: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Gruppen in Deutschland bei Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase. In: *Faschismus als soziale Bewegung*. Hg. von *W. Schieder*. (1976) S. 164.

82 Die Tabelle XI im Anhang macht dies deutlich.

83 Diese Gemeinden entsprachen aber nicht nur den Gemeinden, in denen schon im ersten Reichspräsidenten-Wahlkampf eine Veranstaltung durchgeführt worden war.

schen Gemeinde Bofsheim – um die fast gänzlich katholischen Gemeinden des Bezirks handelte. Die größte Aktivität entfaltete die NSDAP des Bezirks aber zur Reichstagswahl im Juli, zu der sie innerhalb von drei Wochen (zwischen dem 9. und 30. Juli 1932) insgesamt 40 Veranstaltungen durchführte. Nur Erlenbach, Hemsbach, Hüngheim, Klepsau, Oberndorf, Unterwittstadt und Winzenhofen blieben dieses Mal ausgespart; man erwartete offensichtlich in diesen Gemeinden, in denen die Zentrumsparterie ca. 90 % der Stimmen und mehr erhielt, keinen Erfolg. Dies traf tatsächlich ein. Im Wahlkampf im Herbst schließlich wurden nochmals 37 Veranstaltungen in 29 Gemeinden durchgeführt. Mit insgesamt 160 Veranstaltungen im gesamten Jahr 1932 führte die NSDAP damit fünfmal so viele Veranstaltungen durch als das Zentrum, das mit 32 Versammlungen immer noch eine deutlich höhere Zahl als die anderen Parteien vorweisen konnte.

Das Zentrum konzentrierte sich im Bezirk nur auf den katholischen Teil der Wählerschaft; nur in katholischen Gemeinden wurden von dieser Partei Versammlungen durchgeführt. Allerdings konnte die Partei auf die dauernde Präsenz ihrer Leute vor Ort (Priester, Bürgermeister) vertrauen, so daß sie auch als einzige Partei bei den Wahlen 1932 kaum Verluste hinnehmen mußte.

Die übrigen Parteien konzentrierten sich ebenso auf solche Gemeinden, in denen sie sich von vornherein einer gewissen Zahl an Stimmen sicher sein konnten. Der Evangelische Volksdienst lud ausdrücklich nur evangelische Wähler zu seinen ansonsten nichtöffentlichen Veranstaltungen ein, die meist in Adelsheim stattfanden. Auch SPD und KPD konzentrierten sich mit ihren Veranstaltungen nur auf bestimmte Gemeinden, die SPD auf Adelsheim, Grobeicholzheim, Korb, Leibensstadt, Merchingen, Schlierstadt, Seckach und Sennfeld; die KPD auf Groß- und Kleineicholzheim, Schlierstadt, Seckach und Sennfeld. In diesen Gemeinden konnten sie auf einen festen Wählerstamm oder sogar auf eine Ortsgruppe der SPD vertrauen. Die geringe Zahl aktiver SPD-Mitglieder im Bezirk, die zur Organisation von Wahlkampagnen herangezogen werden konnten, dürfte hier eine Rolle gespielt haben.

Dasselbe Problem stellte sich für die KPD. Doch wirkt die relativ große Zahl an KPD-Veranstaltungen erstaunlich, wenn man den geringen Stimmenanteil dieser Partei in Rechnung zieht; auch in diesem ländlichen Bezirk erwies sich somit die KPD als eine der aktiveren Parteien.

Fast von Anfang an suchten die Nationalsozialisten die offene und direkte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner⁸⁴. Ihre Mitglieder erschienen auf Veranstaltungen anderer Parteien und Gruppen, um dort in der Diskussion ihren Standpunkt darzulegen oder auch um die Veranstaltung zu stören. Im BB werden Nationalsozialisten zum ersten Mal in diesem Zusammenhang anlässlich einer Veranstaltung des Jungdeutschen Ordens in Osterburken im Mai 1929, einem Lichtbildervortrag über das »gewaltige Fronterlebnis der Kriegsjahre« mit einer nachfolgenden Rede über die gegenwärtige Situation Deutschlands, erwähnt.

84 Im Wahlkampf 1928 lassen sich dafür noch keine Anhaltspunkte finden.

Anschließend gab es eine »lebhaft[e] Auseinandersetzung der Nationalsozialisten mit dem Jungdeutschen Orden«, meldete der Berichterstatter des BB⁸⁵. Am 7. Juli 1929 erschienen Nationalsozialisten auch in einer Veranstaltung des Landbundes in Bofsheim; allerdings griff in diesem Fall kein nationalsozialistischer Redner der Gemeinde oder des Bezirks in die Diskussion ein, sondern Friedhelm Kemper wurde »vorgeschickt«⁸⁶; auch bei einer Wahlversammlung der SPD Anfang Oktober desselben Jahres in Adelsheim kam es nach der Meldung des BB vom 8. Oktober 1929 zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten während der Diskussion.

Im selben Jahr kam es auch zu Störversuchen der Nationalsozialisten in anderen Veranstaltungen. Dies geschah bei einer Wahlveranstaltung des Zentrums in Osterburken am 25. Oktober 1929 mit fast 800 Personen, auf der der ehemalige Reichskanzler und zu jenem Zeitpunkt Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, sprach. Mitglieder der NSDAP hatten am Abend zuvor auf einer eigenen, stark besuchten Wahlveranstaltung beschlossen, in dieser Zentrums-Veranstaltung Dr. Wirth entgegenzutreten bzw. die gesamte Veranstaltung zu sprengen. Die Diskussion wurde von dem nationalsozialistischen Redner Siegfried Kasche⁸⁷ dazu benützt, die Regierung und das gegenwärtige System scharf anzugreifen. Da er nicht zum Thema redete, wurde ihm nach einiger Zeit das Wort entzogen; es hinderte ihn aber nicht, »mit einem provozierenden Lachen«, so der Bericht der Gendarmerie, weiter zu reden. Da seine Ausführungen schließlich nur noch aus Gebrüll gegen Dr. Wirth bestanden haben sollen und die Versammlung in große Aufregung geriet, sie sogar im Begriff war, Kasche zu verprügeln – dies hätte dann zu einer Schlägerei mit den anderen anwesenden Nationalsozialisten geführt –, wurde Kasche von den Beamten der Gendarmerie aus dem Saal entfernt⁸⁸.

Offenbar wegen solcher Erfahrungen mit den Nationalsozialisten ging das Zentrum später dazu über, entweder keine Diskussion mehr zuzulassen oder die Veranstaltung auf Ortseinwohner zu beschränken⁸⁹. Man fürchtete wohl in beiden Fällen den Auftritt der Brüder Senft aus Osterburken, die mittlerweile als Redner der NSDAP im Bezirk allgemein bekannt waren. Dies jedenfalls bringt ein Bericht der Gendarmerie zum Ausdruck, der auf die Bitte des Veranstaltungsleiters einer Zentrums-Versammlung in Osterburken Anfang Februar 1932 um polizeilichen Schutz hin geschrieben worden war⁹⁰.

Aktiver als die anderen Parteien war die NSDAP des Bezirks auch in ihrer Presse-

85 BB 27, 5. 1929. Die Ortsgruppe Osterburken des Jungdeutschen Ordens wurde Anfang der 20er Jahre gegründet. Vgl. *Neumaier*; in: *E. Weiß/H. Neumaier*: Geschichte der Stadt Osterburken. (1986) S. 397f.

86 BB 9, 7. 1929.

87 Wohnhaft in Soran (Lausitz), Mitglied des Reichstags im Jahr 1932; vgl. GLA 338/798.

88 GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 31. 10. 1929.

89 Vgl. eine Veranstaltung in Osterburken am 24. 7. 1932, BB 27, 7. 1932 bzw. eine Veranstaltung in Adelsheim am 2. 2. 1932, im BB angekündigt am 30. 1. 1932.

90 GLA 338/801: Schreiben vom 28. 1. 1932; Fritz Senft wurde in diesem Jahr noch Kreisleiter der NSDAP des Bezirks.

und Öffentlichkeitsarbeit. So wurde der Bericht im BB über eine Veranstaltung des Zentrums in Osterburken am 26. Juli 1932, an der der badische Staatspräsident Dr. Schmitt teilnahm, ganz offensichtlich von einem Berichtersteller der NSDAP geschrieben, der selbst noch in diesem Artikel die verantwortlichen Regierungsstellen angriff⁹¹: Nachdem in nur einem Satz von der Rede Schmitts – nur das Thema der Rede »Zurück zu Brüning?« wurde genannt – berichtet wurde, leitete der Bericht sofort über zu einer NSDAP-zentrierten Art der Darstellung der Veranstaltung und zu der verweigerten Diskussionsmöglichkeit. Deshalb hätte ein führender Nationalsozialist die Veranstaltung sofort zu Beginn verlassen,

»... während sich die Zurückgebliebenen auf heftige Zwischenrufe verlegten. Als auch dieses durch das starke Gendarmerieaufgebot unterdrückt werden sollte, setzten sich die Hitler stark zur Wehr. Ihrer Disziplin ist es zu verdanken, daß eine Palastrevolution mit unabsehbaren Folgen unterblieb. Man hatte den Eindruck, daß die Versammlung einen ruhigeren Verlauf genommen hätte, wenn den Gegnern Diskussion zugestanden worden wäre, aber gleichzeitig auch einen sicheren Beweis dafür, wie sehr die verantwortungsvollen Regierungsstellen die Aufklärung über die Wahrheit durch den Gegner scheuen«⁹².

Der BB hatte sich zwar mit dem Vorsatz »Über den Verlauf der Versammlung wird uns berichtet« von diesem Artikel in gewisser Weise distanziert; aber von Zentrums-Seite erfolgte weder eine Richtigstellung noch ein eigener Bericht über den Verlauf der Versammlung und besonders über Dr. Schmitts Ausführungen. Die Nationalsozialisten mußten so dem Leser des BB, der vielleicht aus keiner anderen Quelle von dieser Veranstaltung erfuhr, als die zu Unrecht Beschuldigten erscheinen. Und selbst der Affront des letzten Satzes wurde damit von Zentrums-Seite unwidersprochen hingenommen.

Es gab aber auch Blamagen für die NSDAP. Auf einer Versammlung der KPD am 6. Dezember 1931 in Grobeicholzheim versuchte ein NSDAP-Mitglied des Ortes während der Diskussion einige Punkte der Ausführungen des KPD-Redners zu widerlegen, »was ihm aber in seiner Erregtheit nicht gelang«⁹³.

Auch auf andere Art verstand die NSDAP, das Interesse auf sich zu lenken. Sie veranstaltete Propaganda-Märsche der SA durch den Bezirk, wobei auch Musikgruppen wie z. B. die »Spielmannschar Buch« teilnahmen. Manche Zuschauer dürften dabei an Festumzüge, die bei größeren Vereinsveranstaltungen in den Orten durchgeführt wurden, erinnert worden sei. Auch Erinnerungen an Märsche von Soldaten haben wohl bewirkt, daß diese Propaganda-Märsche der SA von einem größeren Teil der Bevölkerung zumindest nicht negativ aufgenommen wurden.

Andere Veranstaltungen, die helfen sollten, Sympathien für die NSDAP zu gewinnen, betonten den »sozialen« Charakter der NSDAP. Es handelt sich hier um Lebensmittelsammlungen, die, wie im BB gemeldet wird, durch die Bezirks-

91 BB 27. 7. 1932.

92 BB 27. 7. 1932.

93 So der Gendarmerie-Bericht vom 8. 12. 1931, GLA 338/801.

gruppe im Herbst 1930 bzw. 1932 durch die Ortsgruppe Sennfeld durchgeführt wurden. Der Ertrag der Sammlung sollte armen und arbeitslosen Mitgliedern der NSDAP zukommen⁹⁴. Außerdem führte die NSDAP-Frauenschaft Adelsheim im Herbst 1932 Näh- und Strickabende durch, um die SA während einer Weihnachtsfeier mit Dingen des täglichen Gebrauchs beschenken zu können. Diese Veranstaltung bot mit den Worten des Berichterstatters im BB »das Bild einer wahren Volksgemeinschaft«; die Frauenschaft habe durch ihre tätige Liebesarbeit den Gedanken der Volksgemeinschaft gefestigt und vertieft⁹⁵. Wenige Tage später folgte auch eine Kinderbescherung, die erneut durch die Frauenschaft Adelsheim vorbereitet und durchgeführt wurde. Der Bericht darüber schließt wieder mit der Betonung des »sozialen« Charakters der NSDAP und besonders der Frauenschaft: »... die NS-Frauenschaft, die keine Kampftruppe ist, in der sich vielmehr in Baden 10000 Frauen im Sinn des nationalen Sozialismus zusammengeschlossen haben, hat auch mit dieser Veranstaltung ihren Leitspruch durch die Tat bewiesen: National sein heißt, in jedem, auch dem ärmsten Volksgenossen, ein Stück Vaterland zu sehen, und sozial sein heißt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst«⁹⁶.

Mit der Art dieser Darstellung gab sich die NSDAP einen christlichen Anstrich. Auch andere Veranstaltungen waren dazu gedacht, Sympathien für die NSDAP zu wecken. Während des Winters wurden Weihnachtsfeiern, sog. »Deutsche Abende« und andere Feiern durchgeführt, bei denen Theaterstücke gezeigt, Lieder und Gedichte vorgetragen wurden und eine Kapelle Musikstücke und Märsche spielte. Teilweise wurde anschließend zum Tanz aufgefordert. Solche Unterhaltungsabende, zu denen die gesamte Einwohnerschaft eingeladen wurde, mögen eine willkommene und besonders von der Jugend begrüßte Abwechslung im Dorf gewesen sein.

Mit dieser Art von Veranstaltungen knüpfte die NSDAP außerdem an schon bestehende Traditionen des Vereins- und Gesellschaftslebens im Dorf an⁹⁷. In Vereinsveranstaltungen im Winter wurden häufiger Theaterstücke aufgeführt, zu denen die gesamte Gemeinde eingeladen wurde. Die Pflege des deutschen Liedgutes, an der man auch in den Gesangvereinen der Dörfer interessiert war, wurde auch von den Nationalsozialisten mit Liedvorträgen auf den »Deutschen Abenden« unterstützt. Daß der Gesangverein Sindolsheim deshalb an einem solchen Abend in Sindolsheim mitwirkte und das Lied »Gebet an das Vaterland« zur Aufführung brachte, ist nicht nur auf den großen Rückhalt der NSDAP in der

94 BB 13. 12. 1930 bzw. 29. 10. 1932; 1930 gingen die gesammelten Spenden (rund 350 Zentner Kartoffeln) überdies nach Mannheim, in eine Industriestadt, zu der, bedingt durch die Abwanderungen, viele verwandtschaftliche Beziehungen bestanden. Die Aktion dürfte deshalb der NSDAP Sympathien eingetragen haben, weil sicherlich über Verwandte von der Not arbeitsloser Industriearbeiter bekannt war.

95 BB 20. 12. 1932.

96 BB 23. 12. 1932; der ganze Bericht beschreibt im übrigen eine schöne, heile Kinderwelt mit vor Erwartung strahlenden Kindern und schönen Weihnachtsliedern; er appellierte damit an Gefühle, die gerade in der Vorweihnachtszeit manchen Leser des BB ansprechen sollten.

97 *Broszat/Fröhlich* stellen dies in ihrer Untersuchung ebenfalls fest, S. 443; vgl. auch *Frei*: S. 155.

Wählerschaft Sindolsheims zurückzuführen⁹⁸; in solchen Veranstaltungen kamen Gedanken zum Ausdruck, die den Bewohnern dieser Region nicht fremd waren und denen sie sich verbunden fühlten.

Dies gilt auch für die schon erwähnten militärischen Traditionen, die neben patriotischen Gefühlen und der Sehnsucht nach einem wiedererstarkten Deutschland ohne Parteienhader in der Stimmungslage der Bevölkerung vorherrschend waren. Die NSDAP stimmte in die Klagen ein, als sie eine ihrer Kundgebungen im Jahr 1932 in Adelsheim unter das Motto stellte: »Nicht Partei – Deutschland, nichts als Deutschland«, und als sie bei einer »Volkskundgebung für Adolf Hitler« die Parteienvielfalt beklagte; sie setzte dem ihre »Volksbewegung« oder das Bild einer »wahren Volksgemeinschaft« entgegen, das ihre Anhänger in der schon erwähnten Weihnachtsfeier geboten haben sollen⁹⁹.

Damit läßt sich die Frage nach den den Aufstieg des Nationalsozialismus bedingenden Faktoren in der folgenden Weise beantworten: Die NSDAP traf im Bezirk auf nationale und militärische Traditionen, die ihrer eigenen Ideologie zu einem großen Teil ebenfalls eigen war. Die SA trat als die »Verkörperung des Neuen Militarismus« auf, wie Kocka dies bezeichnet hat¹⁰⁰. Der SA-Mann im braunen Uniformhemd verkörperte diesen nach dem und durch den Weltkrieg ausufernden deutschen Militarismus; in der militärischen Ordnung ihrer Propaganda-Märsche, deren »stramme Ordnung und Disziplin« in einem Artikel im BB als anerkanntenswert hervorgehoben wurde¹⁰¹, fanden sich Erinnerungen an Zeiten, als das deutsche Heerwesen noch ohne Beschränkungen des Versailler Vertrags, der in großen Teilen der Bevölkerung als »Schmachfrieden« empfunden wurde, in der Öffentlichkeit in Erscheinung trat. Die militärische Tradition war besonders in den Kriegervereinen lebendig, in denen der Wehrgedanke und die Soldatenkameradschaft gepflegt wurde. Auch die Sehnsucht nach einer Einheit des deutschen Volkes und nach dem Ende des Parteienhaders wurde von den Nationalsozialisten mit ihren Vorstellungen einer »wahren Volksgemeinschaft« Ausdruck verliehen. Was Schnabel für das württembergische Schwäbisch Hall feststellte, gilt damit auch für den badischen Amtsbezirk Adelsheim: Die Ideen und Parolen der Nationalsozialisten konnten sich nur deshalb so schnell durchsetzen, weil sie auf ein durch Rechtsparteien, Wehrverbände und Kriegervereine gut vorbereitetes Feld trafen¹⁰².

Darüber hinaus machte die allgemeine Krisensituation, in der sich das Reich in wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Hinsicht befand, die Anfälligkeit für die nationalsozialistischen Parolen größer¹⁰³.

98 BB 6. 2. 1931.

99 BB 31. 10. 1932 bzw. 20. 12. 1932 und 23. 12. 1932; vgl. oben: Weihnachtsfeier der Frauenschaft Adelsheim.

100 J. Kocka: Ursachen des Nationalsozialismus. In: Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Hg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung (1983) S. 6.

101 BB 11. 7. 1932.

102 Th. Schnabel: Der Weg ins Dritte Reich – Der Fall Schwäbisch Hall. In: Württembergisch-Franken 68 (1984) S. 189.

103 Vgl. hierzu auch E. Kolb: Die Weimarer Republik (1984) S. 106ff.

Hinzu kam die große Aktivität der NSDAP, die besonders im Wahljahr 1932 in fast jeder Gemeinde durch Versammlungen präsent war. Sie übertraf mit der Zahl ihrer Veranstaltungen alle anderen Parteien zusammen um ein Vielfaches. Während die NSDAP versuchte, auch auf die Wählerschichten, namentlich die katholische Bevölkerung des Bezirks, einzuwirken, die der NSDAP traditionell fernstanden und an andere Parteien gebunden waren, konzentrierten sich diese Parteien nur auf die ihnen »sichere« Wählerschaft. Allerdings schöpfte gerade das Zentrum seine Wählerreserven vollständig aus.

Es sei noch eine Beobachtung angefügt. Die NSDAP erschien im Bezirk im großen und ganzen nicht als der Ruhestörer und »Krawallmacher«, wie sie es in anderen Gegenden Deutschlands wohl war. Ihre Veranstaltungen verliefen meist »sachlich« und relativ diszipliniert und ruhig. So jedenfalls lesen sich die meisten Berichte über nationalsozialistische Veranstaltungen im BB. Es gab zwar Auseinandersetzungen von NSDAP-Mitgliedern und Mitgliedern anderer Parteien auf Veranstaltungen dieser Parteien; aber diese blieben die Ausnahme und beschränkten sich zum größten Teil auf Veranstaltungen in Osterburken und Adelsheim. »Handfeste« Auseinandersetzungen wie Schlägereien wurden nicht überliefert. So wurden solche Berichte Lügen gestraft, die etwa von Schlägereien der Nationalsozialisten mit anderen politischen Gruppierungen anderswo berichteten; im Amtsbezirk Adelsheim herrschte in dieser Beziehung eine relative Ruhe.

5. Die Organisation der NSDAP auf Bezirksebene¹⁰⁴

Die Anfänge einer Parteiorganisation der NSDAP auf Bezirksebene fallen in die Zeit vor den Reichstagswahlen 1928. Die badische NSDAP hatte seit 1926 auf Betreiben Albert Roths versucht, in den Nordosten Badens vorzustoßen. Einen ersten Erfolg konnte sie in organisatorischer Hinsicht im Jahr 1926 mit einer Ortsgruppengründung in Mosbach verbuchen¹⁰⁵. Die nächste Gründung einer Ortsgruppe scheint vor dem Juli 1927 in Buchen gelungen zu sein. In der zweiten Hälfte dieses Jahres erfolgte dann die wohl erste Ortsgruppengründung im Amtsbezirk Adelsheim in der Gemeinde Merchingen, wo schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik Freicorps-Mitglieder aktiv geworden waren, aus deren Reihen wie auch aus anderen paramilitärischen Organisationen sich viele spätere NSDAP-Mitglieder rekrutierten¹⁰⁶. Schon 1927 konnte diese Ortsgruppe auf einen eigenen Redner zurückgreifen; am 28. Dezember 1927 hielt ein Merchinger einen Vortrag in Schwabhausen, Amtsbezirk Tauberbischofsheim, mit dem Titel »Was der Nationalsozialismus will«¹⁰⁷.

Im Spätjahr 1927 legte die badische Parteileitung besonderen Wert auf eine

104 Zur Frage der Organisation der NSDAP wurden, wie in der Einleitung erwähnt, keine direkten Unterlagen gefunden. Grundlage zu diesem Abschnitt waren deshalb nur vereinzelte Indizien im BB und den übrigen Akten sowie Grills Werk über die badische NSDAP.

105 Vgl. Grill: Nazi Party, S. 117.

106 Vgl. Grill: Nazi Party, S. 40ff.

107 BB 2. 1. 1928.

verstärkte Propaganda im Hinterland. Albert Roth, einer der wichtigsten Propagandisten der badischen NSDAP gerade für die ländlichen Gebiete¹⁰⁸, sprach zwischen dem 18. November und 4. Dezember 1927 auf vier Veranstaltungen im Amtsbezirk Mosbach und auf fünf Veranstaltungen im Amtsbezirk Adelsheim¹⁰⁹; Gauleiter Robert Wagner wurde ebenso aktiv und sprach im Oktober 1927 in Merchingen, Adelsheim und Osterburken¹¹⁰. Zwei weitere Ortsgruppengründungen im Bezirk gelangen im Laufe des Jahres 1928: in Schillingstadt war die dortige Ortsgruppe nach einem Bericht im BB vom 24. Januar 1929 schon verhältnismäßig stark; sie zählte am 18. Juni 1929 schon ungefähr 40 Mitglieder¹¹¹. Die Ortsgruppe Schillingstadt konnte sich 1933 im BB rühmen, daß die Einwohner Schillingstadts »von den ersten im badischen Hinterland waren, bei denen die Idee des Nationalsozialismus Eingang fand«, und daß sie sich in Folge stets dafür eingesetzt hätten¹¹². Die dritte Ortsgruppengründung des Bezirks wurde wahrscheinlich in Osterburken vorgenommen, obwohl dies aus den verwendeten Quellen nicht eindeutig hervorgeht; möglicherweise wurde die Ortsgruppe Sindolsheim noch vorher gegründet¹¹³. Über die nächsten Ortsgruppengründungen liegen keine Unterlagen vor, doch scheinen sich größere Gruppen von NSDAP-Mitgliedern in Bofsheim, Buch und Sindolsheim befunden zu haben. Bei der Gruppe in Bofsheim handelte es sich wohl vor allem um SA-Mitglieder; neben Schillingstadt scheint diese Gemeinde eine der größeren SA-Bastionen des Bezirks gewesen zu sein¹¹⁴. Die nächste Ortsgruppengründung, deren Datum bekannt ist, erfolgte am 20. November 1930 in Adelsheim. Die Ortsgruppe umfaßte 30 Mitglieder¹¹⁵. Kurz vorher hatten die Nationalsozialisten bei den Wahlen der Bezirksräte und Kreisab-

108 Grill: Nazi Party, S. 143.

109 So Grill, Nazi Party, S. 124 und S. 143.

110 Grill, Nazi Party, S. 183 Anmerkung.

111 Das sind 10 % der wahlberechtigten Einwohner. GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 18. 6. 1929; am 26. 12. 1927 hatte diese Ortsgruppe sogar schon eine Weihnachtsfeier veranstaltet, BB 2. 1. 1928.

112 BB 24. 3. 1933.

113 Eine Karte Grills, Nazi Party, S. 125, lokalisiert die dritte Ortsgruppe im Bezirk im Jahr 1928 in den Bereich von Sindolsheim. Doch scheint diese Karte, was die geographische Genauigkeit angeht, nicht unbedingt zuverlässig zu sein; auch die Ortsgruppen Merchingen und Schillingstadt sind verschoben. Doch spräche für Sindolsheim die größere absolute Stimmenzahl für die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Jahr 1928. Erstmals erwähnt wird ein nationalsozialistischer Ortsgruppenführer aus Sindolsheim am 6. 2. 1931. Die Ortsgruppe Osterburken wird erstmals am 30. 4. 1929 erwähnt. Gebert gibt als Gründungsjahr der Ortsgruppe Osterburken erst das Jahr 1932 an. J. Gebert: Osterburken im badischen Frankenland. (1956) S. 170. Nach Neumaier soll eine kleine Ortsgruppe der NSDAP in Osterburken schon 1925 entstanden sein, sich 1927 aber wieder aufgelöst haben. Neumaier, in: E. Weiß/H. Neumaier: Geschichte der Stadt Osterburken, S. 387.

114 Bei einer Kundgebung, die am 29. 9. 1929 in Sennfeld stattfinden sollte, aber wegen nur geringer Teilnehmerzahl abgesagt werden mußte, sollten SA-Mannschaften aus den beiden genannten Gemeinden teilnehmen. Vgl. GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 2. 10. 1929. Die SA wurde übrigens in Sennfeld von einem Teil der Bevölkerung ausgelacht.

115 BB 22. 11. 1930. In den Quellen, insbesondere im BB, wird nicht streng nach »Ortsgruppe« und »Stützpunkt« unterschieden; beide Begriffe werden häufig durcheinander geworfen. Die Unterscheidung zwischen Stützpunkten (bis 50 Mitglieder) und Ortsgruppen (über 50 Mitglieder), die in der NSDAP-Parteistatistik von 1935 zur Anwendung kommt, wird deshalb in dieser Arbeit unterlassen. Vgl. Parteistatistik der NSDAP. Hg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 3 Bände. (1935) z. B. Bd. II, S. 306.

geordneten einen ersten Erfolg aufzuweisen. Jeweils zwei Kandidaten der NSDAP-Liste konnten in die beiden Gremien einziehen. Die NSDAP des Bezirks war aber noch nicht in der Lage, bei dieser Wahl genügend Kandidaten für beide Gremien aufzustellen, die in der Bevölkerung genügend Anerkennung gefunden hätten. Die 14 Listenplätze für die beiden Gremien wurden von nur zehn Männern besetzt. Die Kandidaten kamen im übrigen fast gänzlich aus evangelischen Gemeinden, nur einer stammte aus einem katholischen Dorf (Ballenberg), wo er aber, wie ein Bericht im BB deutlich macht, als zugezogener Landwirt und als NSDAP-Anhänger ein Außenseiter in der Gemeinde war¹¹⁶.

Aus der Kandidatenliste geht hervor, daß immerhin ein Bürgermeister des Bezirks Mitglied der NSDAP war bzw. dieser Partei nahestand, die ansonsten, wie aus den Doppelkandidaturen hervorgeht, wenige Mitglieder aus den Reihen der Honoratioren der Gemeinden aufweisen konnte¹¹⁷.

Die Jahre 1931 und 1932 brachten Versuche mit sich, die Partei in organisatorischer Hinsicht auf Bezirksebene zu konsolidieren. Vorgegangen wurde dabei in der Weise, wie sie auch Grill beschrieben hat: Nachdem eine stärkere Ortsgruppe in einer Gemeinde des Bezirks etabliert worden war, wurden von dieser Ortsgruppe Versuche unternommen, der NSDAP auch in den Nachbargemeinden eine breitere Basis zu verschaffen bzw. dort eine neue Ortsgruppe zu gründen¹¹⁸. Als letzte Etappe auf diesem Weg wurde die gänzliche Durchsetzung des Bezirks mit Ortsgruppen in jeder Gemeinde angestrebt – ein Ziel, das aber im Untersuchungsgebiet erst 1933 mit Ortsgruppengründungen auch in den meisten katholischen Gemeinden gelingen sollte. Vorerst konzentrierte sich die NSDAP nur auf die evangelischen Gemeinden.

Die Ortsgruppe Korb, die wohl im Laufe des Jahres 1931 gegründet worden war, konzentrierte sich dabei unter ihrem Ortsgruppenleiter und gleichzeitigen »Bezirksleiter Adelsheim-Süd« auf die Gemeinden Unterkessach, Ruchsen und Leibenstadt, die offensichtlich zu einem Sammelstützpunkt zusammengefaßt worden waren¹¹⁹. Die Ortsgruppe in Adelsheim, die ihrerseits von Osterburken aus gegründet wurde, war für die Gemeinden Seckach, Schlierstadt, Sennfeld und Zimmern zuständig¹²⁰. Die Ortsgruppe Buch kümmerte sich um den nordöstlichen Bereich des Bezirks, insbesondere um Eubigheim, während Schillingstadt für die nationalsozialistische Propaganda in Berolzheim, Oberwittstadt und Bronnacker zuständig war. Die Ortsgruppe in Neunstetten führte Veranstaltungen in Gomersdorf, Krautheim, Klepsau und Winzenhofen durch, die Ortsgruppe Merchingen in Ballenberg und wohl auch in den übrigen benachbarten Gemeinden. Man

116 BB 26. 9. 1928.

117 Über eine eventuelle Parteimitgliedschaft dieses Bürgermeisters (aus Sindolsheim) gibt es keine Hinweise. Aus Krankheitsgründen mußte er schon im Mai 1932 sein Amt als Bürgermeister niederlegen.

118 Grill, Nazi Party, S. 211f.

119 GLA 338/801: Schreiben vom 13. 12. 1932.

120 Zur Ortsgruppengründung in Adelsheim vgl. GLA 338/800: Schreiben vom 12. 9. 1930; BB 22. 11. 1930.

kann wohl davon ausgehen, daß bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahr 1933 in allen evangelischen Gemeinden Ortsgruppen bestanden.

Das Jahr 1932 brachte auch in anderer Hinsicht eine Konsolidierung der Partei mit sich. Zum ersten Mal traten bei den vielen und langen Wahlkämpfen des Jahres Redner in größerer Zahl auf, die aus dem Bezirk stammten. Es handelte sich dabei v. a. um den zum Kreisleiter aufgestiegenen Fritz Senft aus Osterburken und seinen Bruder Willy, um den ebenfalls in Osterburken wohnenden Sturmbannführer Grosse, um den Bezirksrat Richard Rodemer aus Buch sowie in geringerem Maße um den Bezirksleiter Adelsheim-Süd Thren aus Korb sowie den Landwirt Link aus Osterburken, wobei allerdings der Wahlkampf zur zweiten Reichstagswahl 1932 von der »zweiten Garnitur« der Bezirks-NSDAP (Thren, Link) neben auswärtigen Rednern allein bestritten wurde.

Auch die Kreisleitung scheint sich in diesem Jahr endgültig in Osterburken etabliert zu haben. Als Kreisleiter wird Fritz Senft erstmals am 26. September 1932 im BB erwähnt. Als »Bezirksführer« bzw. »Bezirksgruppenleiter« wird vorher immer Helmut Reißner aus Merchingen genannt, der 1929 auf Platz 2 der Wahlvorschlagsliste der badischen NSDAP im Wahlkreis Adelsheim-Mosbach hinter Albert Roth kandidierte. Fritz Senft, der weder auf Bezirks-, noch Kreis- noch – soweit nachprüfbar – auf Gemeindeebene bei den Kommunalwahlen 1930 kandidiert hatte und zu diesem Zeitpunkt ein noch weitgehend unbeschriebenes Blatt gewesen sein muß, wird zum ersten Mal am 17. Juli 1930 als Redner in einer Versammlung in Bofsheim erwähnt, wo er zusammen mit Reißner auftrat und über aktuelle politische Tagesfragen, wie es im BB heißt, sprach¹²¹. Am 20. November 1930 nahm er zusammen mit Reißner die Gründung der Ortsgruppe Adelsheim vor; er erläuterte dabei das Programm der NSDAP. Fritz Senft und sein Bruder zogen die Organisation der NSDAP offensichtlich nach und nach an sich; der bisherige Bezirksführer Reißner wurde – so scheint es – in diesem Prozeß langsam »entmachtet«. Als Bezirksleiter wird er zuletzt Anfang Februar 1932 erwähnt¹²²; am 7. April 1932 meldete dann ein neuer Ortsgruppenleiter der NSDAP Merchingen – Reißner hatte diese Funktion ebenfalls inne – eine Wahlveranstaltung in Ballenberg an. Zwischen diesen beiden Daten muß der Rücktritt Reißners oder seine Absetzung erfolgt sein, denn danach erscheint er in keiner

121 BB 17. 7. 1930; Fritz Senft war kein eingessener Osterburkener, sondern war am 21. 5. 1905 in Burgwindheim/Oberfranken geboren worden. Sein Vater erwarb Anfang 1928 eine Drogerie in Osterburken (GA Osterburken: A 250), in der er wie sein Bruder Willy als Drogist tätig war. »Karriere« hatte Senft offensichtlich zuerst in der SA gemacht, denn am 27. 5. 1931 wird er als »Adjutant des Sturmbanns II/4« genannt. (GLA 338/801). – Aus der Tatsache, daß Senft kein gebürtiger Osterburkener war, u. a. zu folgern, daß der Nationalsozialismus »von auswärts und von Nicht-Osterburkenern wie ein fremdes Gewächs auf Osterburkener Boden gepflanzt«, die Osterburkener sich damit schlechthin nur »unter dem Druck und Zwange der politischen Verhältnisse« und »mit Widerwillen und innerem Widerstand« der Bewegung öffneten, erscheint mir doch zu apologetisch. So J. Gebert: Osterburken im badischen Frankenland. (1956) S. 170, vgl. auch Neumaier, in: E. Weiß/H. Neumaier: Geschichte der Stadt Osterburken. (1986), S. 396 und 397.

122 In einem Gendarmerie-Bericht zu einer nationalsozialistischen Versammlung am 31. 1. 1932 in Osterburken: als Bezirksleiter kündigt er zuletzt am 1. 2. 1932 eine Versammlung in Merchingen an. GLA 338/801.

Funktion mehr in den eingesehenen Unterlagen. Nicht einmal nach der Machtergreifung 1933 hatte er eine Funktion in der Gemeinde inne.

Parallel zu diesen Vorgängen wurde auch die Parteiorganisation zentralisiert. Am 4. Januar 1932 werden zum ersten Mal verschiedene Veranstaltungen im Bezirk zentral von Osterburken aus durch die »Bezirkspropagandaleitung« angekündigt, die in den Händen von Willy Senft lag. Am 18. Februar 1932 nennt Willy Senft diese Stelle »Kreispropagandaleitung«. Die Ankündigung von Veranstaltungen erfolgte danach zum größten Teil durch diese NSDAP-Stelle¹²³.

Damit hatte die NSDAP am Vorabend der Machtergreifung eine geschlossene Parteiorganisation aufgebaut. Auch Frauenschichten waren in Adelsheim und Merchingen entstanden, doch sollte die Einbindung der Frauen in die Parteiorganisation erst 1933 einsetzen und auch nur sehr langsam vorwärts schreiten. Was die Jugendorganisation der NSDAP, die Hitlerjugend, angeht, so wird schon am 16. Januar 1933 von einer HJ-Gruppe in Adelsheim berichtet. Für die anderen Gemeinden liegen keine Nachrichten vor.

Der Darstellung vorausgreifend soll noch kurz auf die weitere Entwicklung der Parteiorganisation nach dem Januar 1933 eingegangen werden, da hierfür auch keine vollständigen Informationen aufgefunden wurden. Im Jahr 1933 begann man, wie erwähnt, mit dem Aufbau von Ortsgruppen und Stützpunkten in den bisher kaum berücksichtigten katholischen Gemeinden. Ausgespart wurden dabei nur die kleinsten Gemeinden des Bezirks. Am 1. Januar 1935 schließlich wies der Kreis Adelsheim der NSDAP vier Ortsgruppen und 26 Stützpunkte auf; die weitere Unterteilung in Zellen und Blocks wurde nur in geringem Maße durchgeführt¹²⁴.

6. Die NSDAP im Spiegel der Wahlen¹²⁵

Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924, bei der die NSDAP erstmals zusammen mit der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei als Völkisch-Sozialer Block antrat, erhielt sie im Bezirk insgesamt 3,3 % der Stimmen; sie blieb damit unter dem badischen Gesamtergebnis (4,8 %). Bei der zweiten Reichstagswahl des Jahres erhielt der Völkisch-Soziale Block, jetzt »Nationalsozialistische Freiheitsbewegung«, noch 1,7 % (Baden 1,9 %). Auch bei der Landtagswahl im folgenden Jahr blieb die NSDAP, die in Baden erst kurz zuvor wieder gegründet worden war und

123 Weitere Indizien für den Ausbau der Parteiorganisation lassen sich für 1932 in dem Ankauf einer Schreibmaschine entdecken (erstes maschinengeschriebenes Schreiben am 22. 9. 1932); am 29. 10. 1932 verwendet er zum ersten Mal einen Vordruck mit der Kopfzeile »NSDAP-Gauleitung Baden...«; vgl. GLA 338/801.

124 Es gab zu diesem Zeitpunkt keine Zellen und sieben Blocks. NSDAP-Parteistatistik 1935, Bd. 3, S. 188.

125 Aus Gründen der Übersichtlichkeit soll hier auf eine genaue Darstellung der Wahlentwicklung auf Gemeindeebene verzichtet werden; nur die allgemeinen Tendenzen im Bezirk sollen angesprochen werden. Die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahlen finden sich im BB am 14. 3. 1932 bzw. am 11. 4. 1932.

die zu dieser Wahl nicht einmal eigene Kandidaten aufgestellt hatte¹²⁶, mit 1,1 % noch unter dem badischen Gesamtergebnis (1,2 %). Es sollte sich zeigen, daß gerade die Gemeinden, in denen die NSDAP bzw. der Völkisch-Soziale Block trotz der eigentlich geringen Stimmenzahl ein über dem Durchschnitt liegendes Ergebnis erzielen konnte, zu denjenigen gehören sollten, in denen die NSDAP spätestens bei den Reichstagswahlen des Jahres 1930 die stärkste Wählergruppe für sich gewinnen konnte.

Das Ergebnis in Merchingen bei der Landtagswahl 1925 ist besonders auffällig. Hier erhielt die NSDAP mehr als die Hälfte aller Stimmen, die im Bezirk überhaupt für sie abgegeben wurden. Der Einfluß der Freicorps-Mitglieder, die hier, wie erwähnt, 1923 aktiv geworden waren, und die sich für völkische Ideen einsetzten, machte sich damit geltend. Trotz des Rückgangs der Wahlbeteiligung war der NSDAP dieser Erfolg in Merchingen gelungen. Zusammen mit der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung, die 3,6 % erhielt, kam sie sogar dem sozialdemokratischen Anteil in Merchingen von 19,9 % schon recht nahe.

Die verstärkten Bemühungen der Partei im Nordosten Badens und der sich abzeichnende Aufbau einer Parteiorganisation auch im Amtsbezirk Adelsheim¹²⁷ trug bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 erste Früchte; der NSDAP gelang bei dieser Wahl der Sprung aus der Bedeutungslosigkeit heraus. Sie erhielt 696 Stimmen mehr als 1925 und erreichte wie die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei, die bäuerliche Interessenpartei, 9,5 % der Stimmen. Mit diesem Ergebnis lag die Partei im Bezirk deutlich über dem badischen Gesamtergebnis von 2,9 %; es war das drittbeste Ergebnis in einem badischen Bezirk überhaupt. Nur die Amtsbezirke Wertheim und Mosbach lagen mit 17,2 % bzw. 13,4 % noch darüber.

Durch das Ergebnis der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 wurde die NSDAP zur zweitstärksten Partei des Bezirks hinter dem Zentrum; sie setzte mit 19,6 % ihren Siegeszug fort und lag damit wieder deutlich über dem badischen Gesamtergebnis von 7,0 %. Es war erneut das drittbeste Ergebnis in Baden überhaupt¹²⁸. Die Zahl ihrer Wähler im Bezirk hatte die Partei mehr als verdoppeln können. In einzelnen Gemeinden gelang der NSDAP sogar der Durchbruch zur absoluten Mehrheit¹²⁹, so daß unter den 35 Gemeinden Badens, in denen die NSDAP die Hälfte oder mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte, immerhin fünf Gemeinden des Bezirks waren. Hinter Breitenbronn, Amtsbezirk Mosbach, und Bobstadt, Amtsbezirk Tauberbischofsheim, hatte Sindolsheim sogar den drittgrößten Anteil von NSDAP-Stimmen an der Gesamtstimmenzahl aller Gemeinden Badens vorzuweisen¹³⁰.

126 Die Gründung erfolgte am 27. 2. 1925; *Bräunche*, S. 337; vgl. *P. Hüttenberger*: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. (1969) S. 14.

127 Auf die Gründung der Ortsgruppe Merchingen 1927 wurde hingewiesen.

128 Hinter Kehl (32,0 %) und Weinheim (20,2 %).

129 Dies gelang in Bofsheim, Hohenstadt, Neunstetten, Schillingstadt und Sindolsheim; vgl. Anhang Tab. IX; in Unterkessach waren es auch 49,1 %.

130 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landtagswahl am 27. 10. 1929. (1930) S. 23.

Entgegen der allgemeinen Entwicklung kam der Vormarsch der NSDAP im Bezirk aber 1930 zum Stocken; im Amtsbezirk Adelsheim gewann sie nur 1,3 % (240 Stimmen) hinzu, während sie landesweit mit 19,2 % deutlich zugenommen hatte. Die Partei hatte im Bezirk ihr zu diesem Zeitpunkt mögliches Wählerreservoir ausgeschöpft; der große Sprung, den die Partei in Baden und im Reich tat, war hier schon bei der vorausgegangenen Wahl gelungen.

Der Trend, der sich schon 1929 abgezeichnet hatte, setzte sich bei dieser Wahl fort und sollte sich auch 1932 bestätigen: Die Konfessionszugehörigkeit der Wähler spielte bei der Wahlentscheidung eine herausragende Rolle. Die NSDAP hatte sich in den meisten evangelischen Gemeinden an die Spitze gesetzt, während die katholischen Orte auch weiterhin mehrheitlich das Zentrum wählten. Die endgültige Entscheidung der überwiegenden Mehrheit der evangelischen Wähler für die NSDAP, die diese schließlich 1932 traf, konnte zu diesem Zeitpunkt in erster Linie noch durch einzelne bekannte Persönlichkeiten anderer Parteien aufgehalten werden. Dies war der Fall in Korb und Unterkessach, zwei benachbarten Gemeinden, in denen der Badische Landbund noch einmal die Stimmenmehrheit erringen konnte; das persönliche Ansehen des Landbund-Mitglieds, Kreis- und Gemeinderates Fritz Hespelt aus Korb trug zu diesem Erfolg wesentlich bei. Es war weiter der Fall in Hirschlanden, wo die DVP bei der Landtagswahl 1929 die absolute Stimmenzahl erreichen konnte; die Kandidatur des dortigen Bürgermeisters auf der Liste der DVP hatte dies möglich gemacht. Andererseits konnte die NSDAP derartige personengebundene Entscheidungen ebenfalls für sich nutzbar machen. Der Übertritt führender Landbund-Mitglieder zur NSDAP ist für das Abwandern der Wähler des Landbundes bzw. anderer bäuerlicher Interessenparteien zur NSDAP verantwortlich zu machen. Grill berichtet von einem solchen Übertritt auch im Amtsbezirk Adelsheim; ein namentlich nicht genannter Landbundführer aus Merchingen war im Herbst 1927 in die NSDAP eingetreten. Bei der Wahl im nachfolgenden Jahr ging der Anteil der Stimmen für die bäuerliche Interessenpartei erheblich zurück¹³¹. Die Feststellung Rapps bezüglich der Reichstagswahl 1928 läßt sich auch auf den hier untersuchten Bezirk übertragen; er meinte, daß die NSDAP in vielem die Erbschaft des Landbundes angetreten habe, wohl auch deshalb, weil sie in Baden durchaus eine bäuerliche Partei sei¹³².

Auch die Kommunalwahlen des Jahres 1930 bestätigen diese Entwicklung. Mit 23,8 % bzw. 24,9 % der Stimmen konnte die NSDAP je zwei Vertreter in den Bezirksrat bzw. die Kreisversammlung entsenden, während die Kandidaten der Bauernliste, die bisher mit je zwei Abgeordneten vertreten waren, nicht mehr

131 Grill: *Nazi Party*, S. 167. Anmerkung: seine Information hierüber stammt aus dem »Führer« vom 12. 11. 1927, S. 4; der »Führer« war die Gauzeitung der badischen Nationalsozialisten. – 1925 hatte die Listenverbindung DNVP-Landbund im Bezirk noch 30,2 % der Stimmen erhalten; 1928 erhielt die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei noch 9,5 %, die DNVP 13,3 % (der Badische Landbund hatte zu dieser Wahl keine eigene Liste aufgestellt; er ließ sich wohl durch die genannte Partei vertreten).

132 A. Rapp: *Die Parteibewegung in Baden 1905–1928*. (1929) S. 10.

gewählt wurden¹³³. Während die NSDAP, aber auch SPD und Evangelischer Volksdienst ihre Wählerschaft vollständig mobilisieren konnten, gelang dies dem Zentrum nicht; die Partei konnte jetzt statt bisher vier nur noch jeweils drei Vertreter in diese Gremien senden¹³⁴.

Das Jahr 1932 war für die NSDAP im Bezirk das Jahr der Triumphe. Die Konsolidierung der Parteiorganisation und die verstärkte Propagandatätigkeit, deren Ausmaß von keiner anderen Partei erreicht wurde, machte sich bei den Wahlen für die NSDAP bezahlt. Bei den beiden Reichspräsidentenwahlen konnte sich Hitler im Gesamtbezirk zwar nicht gegenüber Hindenburg durchsetzen, aber mit 43,8 % bzw. 42,5 % der Stimmen, die für Hitler abgegeben wurden, lagen die Ergebnisse weit über denen im Gesamtland Baden oder im Reich. Der Stimmenanteil Hindenburgs variierte dagegen nur leicht¹³⁵. Doch in geringem Maße lassen sich auch noch Sympathien für Hindenburg unter den Wählern, die bei der nächsten Reichstagswahl für die NSDAP stimmten, feststellen; in einigen Gemeinden konnte Hitler weniger Stimmen für sich gewinnen, als für die NSDAP bei der Reichstagswahl im Juli des Jahres abgegeben wurde¹³⁶.

Aus der ersten Reichstagswahl des Jahres ging die Partei als stärkste Wählergruppierung des Bezirks hervor. Mit insgesamt 45,5 % der Stimmen hatte sie bei dieser Wahl 2756 Stimmen im Vergleich zur Reichstagswahl des Jahres 1930 hinzugewinnen können. Die Ergebnisse der NSDAP auf Reichs- und Länderebene (Reich: 27,3 %; Baden: 36,6 %) wurden damit weit übertroffen. Der Anstieg der Wahlbeteiligung um 12,3 % gegenüber 1930, der Rückgang der Stimmenzahl für den Evangelischen Volksdienst, der Vertrauensverlust in die bürgerlichen Parteien¹³⁷ und die Tatsache, daß der Badische Landbund nicht mehr mit einer eigenen Liste zur Wahl angetreten war, sondern mit der NSDAP ein Wahlabkommen geschlossen hatte – auf einem gemeinsamen Treffen von Landbund- und NSDAP-Funktionären am 1. April 1931 hatte sich der Badische Landbund damit einverstanden erklärt, alle politischen Aktivitäten aufzugeben und sich nur noch auf rein wirtschaftliche Angelegenheiten zu konzentrieren, während die NSDAP die Interessen des Landbundes und seiner Mitglieder im Parlament vertreten sollte¹³⁸ –, hatte zu diesem Erfolg der NSDAP im wesentlichen beigetragen. Die NSDAP war nun in allen evangelischen Gemeinden zur stärksten Partei geworden; mit 49,8 %

133 Die absolute Stimmenzahl blieb dabei für beide Parteien ungefähr in derselben Höhe; der prozentuale Anstieg der NSDAP ist auf die geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen. Die Ergebnisse der Wahl finden sich im BB vom 20. 11. bzw. 24. 11. 1930.

134 In den Gemeinden selbst waren meistens keine parteigebundenen Wahlvorschlagslisten eingereicht worden. Nationalsozialistische Wahlvorschlagslisten sind nur für Merchingen, Berolzheim und Schillingstadt bekannt.

135 Der Anteil Hindenburgs an der Gesamtstimmenzahl betrug 53,6 % bzw. 56,4 %. Für den kommunistischen Kandidaten Thälmann wurden dagegen nur 1,5 % bzw. 1,6 % abgegeben.

136 Etwa Groß-, Kleineicholzheim, Neunstetten.

137 Vgl. BB vom 1. 8. 1932; der Kommentator des BB stellt fest, daß die Mittelparteien nun völlig zerschlagen und von der NSDAP völlig aufgesogen seien.

138 H. Gies: R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik 1930–1933. (1966) S. 72; Grill, Nazi Party, S. 243.

schnitt sie in Sennfeld vergleichsweise am schlechtesten ab¹³⁹. In Bofsheim, Hohenstadt, Sindolsheim und Unterkessach betrug der Anteil der Stimmen für die NSDAP sogar mehr als 90 %. Auch in den größeren katholischen Gemeinden konnte die NSDAP jetzt Stimmengewinne für sich verbuchen, ohne allerdings in den Wählerstamm des Zentrums weit vordringen zu können, das nur geringfügige Verluste im Vergleich zu 1930 hinnehmen mußte. Auch läßt sich eine Wählerbewegung von den Mittel- und Rechtsparteien zur NSDAP feststellen. Neu- und ehemalige Nichtwähler scheinen für die NSDAP gestimmt zu haben¹⁴⁰.

Doch je kleiner die Gemeinden waren, um so höher blieb auch der Anteil des Zentrums; dasselbe gilt im übrigen für die Erfolge der NSDAP: der »wahlbestimmende Einfluß der Gemeinschaft«, wie es Gies ausgedrückt hat, war um so stärker, je kleiner eine Gemeinde war¹⁴¹. Die Dorfgemeinschaft ermöglichte eine leichtere gegenseitige Einflußnahme.

Auch die zweite Reichstagswahl des Jahres am 6. November brachte der NSDAP im Bezirk die relative Mehrheit der Stimmen, obwohl sie der allgemeinen Entwicklung entsprechend doch erhebliche Einbrüche hinnehmen mußte, da sich 11,1 % weniger Wähler für sie entschieden. Der Rückgang der Wahlbeteiligung, aber auch die Rückkehr zahlreicher NSDAP-Wähler des Sommers zur DVP und zum Evangelischen Volksdienst waren dafür verantwortlich. Nur in Osterburken kann eine gegenläufige Entwicklung festgestellt werden; denn hier hatte die NSDAP einen, wenn auch nicht sehr erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, der trotz des Rückgangs der Wahlbeteiligung gelungen war. Die schon festgestellte erhöhte Präsenz der Kreisleitung in dieser Gemeinde¹⁴² dürfte sich auch dieses Mal im Wahlergebnis niedergeschlagen haben.

Es bleibt noch, auf die Reichstagswahl im März 1933 einzugehen, obwohl diese, wie Childers bemerkt, nicht mehr zur Weimarer Periode zu zählen, sondern als erste Wahl der nationalsozialistischen Ära zu betrachten sei¹⁴³. Auch Bracher weist auf den, wie er es nennt, »Scheincharakter einer freien Wahlentscheidung«, die der deutsche Bürger gehabt hätte, hin¹⁴⁴. Die anderen Parteien wurden behindert, ihre Veranstaltungen teilweise verboten, während die NSDAP ihre volle Propagandatätigkeit unbehindert entfalten konnte. Doch konnte jeder Wähler

139 Hier war die SPD traditionell stark; sie konnte auch dieses Mal wieder 35,5 % der Stimmen gewinnen, aber ihre Führungsposition bei vergangenen Wahlen mußte sie nun an die NSDAP abtreten.

140 Nur Osterburken und Gommersdorf wiesen erhebliche Verluste für das Zentrum und gleichzeitig Gewinne für die NSDAP auf. In Osterburken als Sitz der Kreisleitung waren diese Gewinne wohl Ergebnis der erhöhten Präsenz der Partei, während in Gommersdorf unter der katholischen Bevölkerung eine größere Bereitschaft bestanden hatte, andere Parteien als das Zentrum zu wählen: Bei der Landtagswahl 1921 konnte der erstmals antretende Landbund hier überraschend 41,5 % der Stimmen gewinnen, ohne diesen Erfolg bei der nächsten Wahl wiederholen zu können.

141 Vgl. Gies, S. 89ff.

142 Vgl. Anmerkung 122.

143 Th. Childers: The Social Bases of National Socialist Vote. In: JCH 11 (1976) Heft 4, S. 38, Anmerkung 50.

144 Bracher: Stufen der Machtergreifung (Bd. 1 von Bracher/Schulz/Sauer), S. 139.

noch frei und unabhängig seine Vorliebe für eine bestimmte Partei ausdrücken¹⁴⁵; die Wahl soll deshalb im Kontext der Wahlen der Weimarer Republik behandelt werden.

Wähler, die opportunistisch mitgerissen wurden¹⁴⁶, hat es im Bezirk Adelsheim ganz sicher gegeben. Gegenüber der letzten Wahl konnte die NSDAP nämlich noch erheblich zulegen; auf sie entfielen dieses Mal mit 6086 Stimmen 55,6%. Die von der gesamtdeutschen NSDAP angestrebte absolute Mehrheit erreichte sie demnach zumindest in diesem Bezirk. 11,7% mehr Stimmen als im November 1932 und 10,1% mehr als im Juli 1932 wurden für sie abgegeben¹⁴⁷. Offensichtlich profitierte die NSDAP am meisten von der erhöhten Wahlbeteiligung, die dieses Mal mit 87,8% das Rekordergebnis aller bisherigen Wahlen brachte. 1532 Wähler mehr als im November 1932 waren zur Wahlurne gegangen. Die DNVP war die einzige Partei, die neben der NSDAP einen Stimmenzuwachs verzeichnen konnte; alle übrigen Parteien mußten Stimmenverluste hinnehmen¹⁴⁸.

Erstmals gelang der NSDAP bei dieser Wahl ein erheblicher Einbruch in den Wählerstamm des Zentrums, obwohl diese Partei im Vergleich zur Wahl im November nur wenige Stimmen verlor. Der Unterschied zur Reichstagswahl im Juli 1932 ist allerdings gravierend; stimmten damals noch 4059 Wähler (39,4%) für das Zentrum, so wurden bei dieser Wahl nur 3602 Stimmen (32,9%) für die katholische Partei abgegeben. In Gommersdorf gewann die NSDAP sogar die absolute Mehrheit.

Den Einbruch in die katholische Wählerschaft zeigt eine Berechnung, die auch Weber in ähnlicher Form angestellt hat; er kam zu dem Ergebnis, daß wahrscheinlich weniger als ein Fünftel der Stimmen für die NSDAP aus den Reihen der katholischen Wählerschaft kam¹⁴⁹. Im Amtsbezirk Adelsheim wurden bei der Reichstagswahl noch 69,6% der Stimmen, die die NSDAP erhielt, in den evangelischen Gemeinden abgegeben, während bei den vorhergegangenen Wahlen der Anteil der NSDAP-Stimmen aus diesen Gemeinden rund 80% betragen hatte. Der Einbruch der NSDAP in die katholische Wählerschaft wird also auch hier deutlich¹⁵⁰.

Damit läßt sich vereinfachend sagen, daß die NSDAP hauptsächlich von evangeli-

145 So auch A. Milatz: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. (1966) S. 148; Broszat, Staat, S. 105; Bracher: Stufen der Machtergreifung, S. 139. meint dagegen, daß von der Freiheit in der Wahlentscheidung kaum mehr die Rede sein könne. Die Bevölkerung war teilweise opportunistisch mitgerissen worden, zu einem anderen Teil sei sie verängstigt gewesen und hätte resigniert. – Dies traf sicher zu einem Teil zu, doch blieb die Möglichkeit der freien Stimmabgabe weiterhin bestehen.

146 Bracher, Stufen der Machtergreifung, S. 128.

147 Das Ergebnis liegt damit knapp über dem von Gies, S. 95. angegebenen durchschnittlichen Zuwachs von 10% auf dem Land.

148 Die DNVP trat dieses Mal als Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zur Wahl an.

149 Weber, S. 77ff. und S. 160; J. W. Falter: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 14. 7. 1979, S. 16f., bestätigte dieses Ergebnis in seiner Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse zur Wahlentwicklung in der Weimarer Republik.

150 Zu diesen evangelischen Gemeinden wurden auch Rosenberg und Kleineicholzheim gezählt, die nur eine einfache Mehrheit evangelischer Bewohner aufweisen. Die konstante Zahl der für das Zentrum abgegebenen Stimmen in diesen Gemeinden läßt annehmen, daß die NSDAP-Wähler der evangelischen

schen Wählern gewählt wurde. Besonders für die Wahlen vor 1933 trifft dieser Tatbestand zu. Es ist ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung einer Gemeinde und ihrer Entscheidung für die NSDAP festzustellen: evangelische Gemeinden stimmten spätestens seit 1932 mit absoluter Mehrheit für die NSDAP, während sich die katholische Bevölkerung gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda resistenter erwies.

Die Erfolge der NSDAP waren um so größer, je größer der Anteil derjenigen war, die in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben beschäftigt waren¹⁵¹. Da es sich beim Amtsbezirk Adelsheim um ein hauptsächlich landwirtschaftlich strukturiertes Gebiet mit Betrieben mittlerer Größenordnung handelte, läßt sich dieses Ergebnis leicht nachweisen. Es wird durch eine andere Beobachtung gestützt: Der Badische Landbund wurde in denselben Gemeinden mit Mehrheit, zum Teil mit absoluter Mehrheit gewählt, in denen auch die NSDAP ab 1929, spätestens jedoch 1932 die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Der Ausgangspunkt, von dem aus sich die NSDAP anschickte, nach dem 30. Januar 1933 zur herrschenden Partei zu werden, ist demnach als sehr günstig zu bezeichnen. Seit der Reichstagswahl vom Juli 1932 war die NSDAP zur stärksten Partei des Bezirks geworden und lag mit ihrem Ergebnis deutlich über dem badischen Gesamtergebnis. Ihre Stimmen stammten zum größten Teil von Wählern aus evangelischen Gemeinden des Bezirks; doch waren ihr auch Einbrüche in die katholische Wählerschaft gelungen.

Schon 1930 hatte die NSDAP mit acht Ortsgruppen die größte Organisationsdichte aller Parteien im Bezirk. Ende 1932 dürfte sie in allen evangelischen Gemeinden organisatorisch vertreten gewesen sein. Nur vielleicht das Zentrum war in den katholischen Gemeinden in ähnlicher Dichte durch die örtlichen Honoratioren, Pfarrer und Bürgermeister, repräsentiert. Die bürgerlichen und linken Parteien konnten auf dieser Ebene nichts Entsprechendes entgegensetzen. Hinzu kam die Einsatzbereitschaft der NSDAP-Mitglieder für ihre Partei. Die weitere Eroberung des Bezirks durch die NSDAP konnte so leicht in Angriff genommen werden.

II. Machtergreifung und Gleichschaltung

Der Prozeß der Machtergreifung und der Durchdringung des öffentlichen Lebens durch die Partei Adolf Hitlers stellt sich als ein Ineinandergreifen legaler bzw. pseudolegalen und terroristischer Maßnahmen dar; die Grenzen dazwischen sind fließend. Die geltende Rechtsordnung wurde nicht einfach außer Kraft gesetzt – dazu war die rechtsstaatliche Tradition in Deutschland zu stark¹⁵². Doch verstan-

Wählerschaft angehörten. Die Vergleichszahlen betragen bei den vorhergegangenen Wahlen: 1928: 85,7 %, 1929: 80,6 %, 1930: 80,7 %, 1932: 78,8 % bzw. 80,7 %.

¹⁵¹ Heberle, S. 116.

¹⁵² Broszat, Staat, S. 403.

den es Hitler und die NSDAP, sich dieser rechtsstaatlichen Prinzipien zu bedienen, indem sie sie als Rahmen ihres Handelns weiterhin scheinbar gelten ließen, sie ansonsten aber aushöhlten und pervertierten. Der »Normenstaat« war schließlich nur noch Fassade für die zahlreichen »Maßnahmen«, mit denen sich die Partei den Zugriff auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens sicherte. »Der Maßnahmestaat ergänzt und verdrängt nicht nur den Normenstaat, er bedient sich auch des Normenstaats, um seine politischen Zwecke rechtsstaatlich zu tarnen«¹⁵³. Denn die Notverordnung vom 4. Februar 1933, die u. a. die Versammlungs- und Pressefreiheit einschränkte, die Verordnung vom 22. Februar 1933, die SA, SS und Stahlhelm zur Hilfspolizei erklärte, schließlich die sog. Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 oder auch das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 stellten durchaus »legale«, d. h. in der Weimarer Verfassung verankerte Möglichkeiten dar; zudem widersetzten sich keine der verantwortlichen rechtsstaatlichen Instanzen¹⁵⁴. In ihrer Zielsetzung aber, der Ausschaltung unliebsamer Gegner, sind sie als Mittel zur Durchsetzung von der Verfassung zuwiderlaufenden, nationalsozialistischen Zielsetzungen anzusehen. Besonders mit der Reichstagsbrandverordnung gelang es, die Grundrechte auf Dauer, d. i. für das gesamte Dritte Reich, aufzuheben; der permanente Ausnahmezustand war so geschaffen¹⁵⁵. Die Verordnungen deckten durch ihre Pseudolegalität auch terroristische Maßnahmen und Aktionen; durch sie wurden »Zug um Zug Grundrechte und Verfassung ausgeschaltet und eine pseudolegale Basis für die Eroberung weiterer Machtpositionen und die Gleichschaltung der konkurrierenden Kräfte geschaffen«¹⁵⁶. Aber nicht nur auf der gesetzlichen Ebene zeigt der Prozeß der Gleichschaltung ein doppeltes Gesicht; auch im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben werden zwei Seiten des sich etablierenden Regimes deutlich. Auf der einen Seite stellt sich das Dritte Reich mit Festen und Feierlichkeiten dar, an denen die Bevölkerung massenhaft teilnimmt; die andere Seite zeigt sich in den beginnenden Einschüchterungsversuchen, in Hausdurchsuchungen und Verhaftungen politischer Gegner und in einer gewissen Herrschaftslosigkeit, d. h. in willkürlichen Maßnahmen, die in erster Linie untere Parteiebenen gegenüber den Repräsentanten des »alten Systems« und auch gegenüber der Bevölkerung ergreifen.

1. Reaktion auf den 30. Januar 1933 und Wahlkampf

In der Stadt Adelsheim reagierte die Ortsgruppe der NSDAP sehr schnell auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Schon am selben Abend veranstaltete sie eine Siegesfeier, während der sie ein Siegesfeuer, das nach dem Bericht im BB vom folgenden Tag für eine große Menschenmenge im Tal und

153 E. Fraenkel: Der Doppelstaat. (1974; Originalfassung: The Dual State. 1941), zitiert nach U. Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. (1979) S. 356.

154 K. D. Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Strukturen, Folgen des Nationalsozialismus. (1969) S. 214.

155 Bracher, Diktatur, S. 214.

156 Bracher, Stufen der Machtergreifung, S. 92.

auf der Höhe weithin sichtbar war, auf dem Kinds-Wingertsberg abbrennenn ließ. Der Ortsgruppenführer hielt eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des Tages hinwies. Am Schluß der Veranstaltung wurde das Deutschlandlied mit großer Begeisterung – so der BB – gesungen¹⁵⁷.

Ob auch in anderen Dörfern des Bezirks ähnliche Feiern veranstaltet wurden, ist nicht bekannt. Das Leben in den Gemeinden scheint zunächst noch seinen gewohnten Gang gegangen zu sein. Doch spätestens im März 1933 änderte sich auch das Klima im Amtsbezirk Adelsheim; das Übergreifen der NSDAP in alle Bereiche des Lebens begann, auch durch die Einschüchterung politischer und ideologischer Gegner.

Über Art und Umfang des Wahlkampfes zur Reichstagswahl am 5. März 1933 finden sich im Vergleich zu den Wahlkämpfen des Jahres 1932 nur wenige Anhaltspunkte, vor allem die Meldungen im BB.

Auf eine Forcierung des Wahlkampfes von seiten der NSDAP weist eine Meldung im BB vom 20. Februar 1933 hin:

»Adelsheim. (...) Wir leben wieder einmal im Zeichen politischer Hochspannung. Die Parteien mit ihren politischen Truppen führen einen erbitterten Kampf, dessen Entscheidung am 5. März, dem Tage der Reichstagswahl, fallen soll. Zwei Lager, die politische Rechte und die politische Linke, stehen sich in unserer Vaterlande haßerfüllt gegenüber wie zwei feindliche Brüder, von denen keiner nachgeben will, ehe der andere kampfflos am Boden liegt. Bis ins kleinste Dorf wird die deutsche Wählerschaft aufgerüttelt durch Versammlungen und Aufmärsche ...«¹⁵⁸

Die NSDAP scheint sich dieses Mal hauptsächlich auf Propagandamärsche der SA konzentriert zu haben, die über verschiedene Ortschaften führten, wo Ansprachen gehalten wurden. Am 12. Februar 1933 führte ein solcher Propagandamarsch des Sturmbanns II der Standarte 112 über die Orte Grobeicholzheim, Seckach, Schlierstadt, Zimmern, Adelsheim und Osterburken¹⁵⁹. Beteiligten waren über 100 SA-Männer, die in militärischer Ordnung auch durch die verschiedenen Straßen der Dörfer zogen. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen der Kreispropagandaleiter sowie der Sturmbannführer zur Bevölkerung; beide nahmen zu den Regierungen der vergangenen 14 Jahre Stellung und wiesen auf die Bedeutung des 30. Januar hin¹⁶⁰. Über einen anderen Propagandamarsch, der von Buch über Hohenstadt, Hirschlanden, Sindolsheim nach Bofsheim führte, wird am 23. Februar berichtet. Dieses Mal nahmen der Kreisleiter und der Sturmbannführer als Redner teil. Am 26. Februar schließlich wurde ein weiterer Propagandamarsch durchgeführt, der offensichtlich durch den gesamten Kreis Mosbach führte. Ein großer Zug SA-Leute zog in diesem Zusammenhang am Abend mit Fackeln und Musik und in disziplinierter Ordnung durch Adelsheim¹⁶¹.

157 BB 31. 1. 1933.

158 BB 20. 2. 1933.

159 BB 13. 2. 1933.

160 »in temperamentvollen Worten«, wie es über eine derartige Kundgebung in Schlierstadt hieß: BB 14. 2. 1933.

161 BB 27. 2. 1933.

Im BB ist, neben den überall in Deutschland stattfindenden Kundgebungen am 4. März, auf die später eingegangen werden soll, nur noch von einer weiteren Veranstaltung der NSDAP vor der Reichstagswahl die Rede. Auf dieser sprach Baron von Eyb aus Dörzbach (Württemberg) über das Thema »Rasse und Politik« und Rechtsanwalt Dr. Lang aus Adelsheim über geschichtliche und politische Fragen im Sinne des Nationalsozialismus¹⁶². Von Veranstaltungen der übrigen Parteien wird kaum berichtet. In Osterburken fand eine Wahlversammlung des Zentrums mit dem badischen Staatspräsidenten statt, die nach Angaben des Artikels im BB gut besucht war und reibungslos verlief – es scheint, daß sich die NSDAP dieses Mal zurückhielt¹⁶³. Weiter fand eine Wahlversammlung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in Adelsheim am 21. Februar statt. Der Redner des Abends, Landgerichtsdirektor Dr. Hanemann aus Heidelberg, sprach über das Thema »Der Vormarsch der Nation« im Sinne der nationalen Einigung, wie vermerkt wird. In der Diskussion bekundeten verschiedene Teilnehmer der Versammlung ihre Zustimmung zur nationalen Einheitsfront. Die Versammlung bot ein Bild nationalen Einigungswillens – so der Berichterstatter¹⁶⁴.

Am 19. Februar kam es in Adelsheim zwischen SA-Angehörigen und Mitgliedern der Eisernen Front zu einem Zwischenfall¹⁶⁵. Die Eisernen Front war abends mit Spielleuten und Fahnen durch Adelsheim gezogen und stellte sich danach für eine Kundgebung vor dem Kriegerdenkmal auf. Doch der Redner wurde durch »Heil Hitler«-Rufe am Reden gehindert, woraufhin die Angehörigen der Eisernen Front ebenfalls Kampfrufe hören ließen. Es herrschte eine sehr gespannte Stimmung. Die Gendarmerie, die die beiden Parteien voneinander trennte, konnte Schlimmeres verhindern. Nach einer halben Stunde zogen die Männer der Eisernen Front geschlossen ab, während die SA-Männer vor das Denkmal zogen und das Deutschlandlied sangen¹⁶⁶.

Während der Bericht am 20. Februar im BB das Verhalten der Gendarmerie lobt, die weitere Tätlichkeiten durch ihr besonnenes und ruhiges Auftreten verhindert hätte, erklärt eine Gegendarstellung von seiten der NSDAP am folgenden Tag, daß dem Ortsgruppenführer Adelsheims der relativ ruhige Verlauf zu verdanken sei. Eine beabsichtigte Störung der Demonstration habe schon deshalb nicht stattfinden können, weil an die Mitglieder der NSDAP die Weisung ausgegeben worden wäre, von der Straße wegzubleiben. Der Protest während der Kundgebung der Eisernen Front sei nur deshalb erfolgt, weil die roten Fahnen am Kriegerdenkmal aufgestellt genommen hätten¹⁶⁷.

Auch in Sennfeld kam es zu einem Zwischenfall zwischen Mitgliedern der NSDAP und der SPD. Am 3. März soll, wie am 4. März 1933 im BB unter dem Titel »Polizeibericht« gemeldet wird, ein Flugblattverteiler der SPD während eines nicht

162 Vgl. BB 20. 2. 1933.

163 Vgl. die Zentrumsversammlung mit Dr. Wirth im Oktober 1929; s. S. 117f.

164 BB 22. 2. 1933.

165 An dieser Stelle wird zum ersten Mal die Existenz einer Gruppe der Eisernen Front bezeugt.

166 BB 20. 2. 1933.

167 BB 21. 2. 1933.

genehmigten Umzugs der NSDAP von einem Angehörigen der NSDAP niedergeschlagen worden sein; die Flugblätter, die er mitführte, seien ihm widerrechtlich abgenommen worden. Die Gendarmerie habe auf diesen Vorfall hin sofort Ermittlungen eingeleitet. Schon in der nächsten Ausgabe des BB wird diese Darstellung des Vorgangs dementiert. Die Meldung sei bewußte Lüge und Verleumdung, heißt es dort, denn es habe sich bei dem beschriebenen Vorgang nur um einen ganz bedeutungslosen Zwischenfall gehandelt, der sich so unauffällig abgespielt hätte, daß fast niemand etwas davon bemerkt hätte. Tatsache sei, daß, als ein nationalsozialistischer Redner das Wort ergreifen wollte, versucht worden sei, die Ausführungen durch »Freiheit«-Rufe zu stören. SA-Männer hätten sich daraufhin zu den Rufern begeben, um bei weiteren Störversuchen die betreffenden Männer vom Platz zu weisen. Ein SA-Mann habe dabei die Flugblätter bemerkt, die unter dem Rock eines der Männer versteckt gewesen seien. Da er verbotene kommunistische Flugblätter vermutete, habe er die Herausgabe verlangt; dieser Aufforderung sei der Mann aber nicht nachgekommen. Ein anderer SA-Mann habe ihm daraufhin die Flugblätter aus der Rocktasche gezogen; dabei habe er aber in aller Seelenruhe weiter Pfeife geraucht. Zu weiteren Zwischenfällen sei es nicht gekommen, auch die Gendarmerie habe sich nicht mit der Angelegenheit befaßt¹⁶⁸.

Daß es wirklich zu Tötlichkeiten von Seiten der SA gekommen ist, ist aber wegen der offenbar gereizten Stimmung in Sennfeld wahrscheinlich. Der Ortsgruppenführer hatte sogar für einen für den 4. März geplanten Fackelzug der NSDAP-Ortsgruppe durch Sennfeld, einem Dorf mit großer SPD-Anhängerschaft, beim Bezirksamt um Polizeischutz nachgesucht¹⁶⁹. Doch machen die beiden Dementis im BB deutlich, daß die NSDAP großen Wert darauf gelegt zu haben scheint, in der Öffentlichkeit, besonders im übrigen Teil des Amtsbezirks, der von den Vorfällen nur aus der Zeitung erfuhr, als makellose und anständige Partei zu erscheinen, der man die Leitung und die Verantwortung für den Staat anvertrauen konnte. Offensichtlich wollte man den Makel einer Partei, die als nicht vertrauenswürdig erschien, loswerden. Vertrauen sollte auch in bisher der NSDAP fernstehenden Bevölkerungskreisen gewonnen und darüber hinaus wohl die Basis verbreitert werden.

Am 4. März, am Abend vor der Reichstagswahl, fanden in den Gemeinden zum »Tag der erwachenden Nation« Fackelzüge und wohl zum Teil auch sog. »Höhenfeuer« wie in Osterburken statt. Die Rede Hitlers in Königsberg wurde über Lautsprecher für eine größere Öffentlichkeit übertragen. In Adelsheim wurde eine vaterländische Kundgebung zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, der wenige Tage zuvor zum Ehrenbürger ernannt worden war, veranstaltet; die Vereine und besonders die Jugend beteiligten sich am vorherigen Fackelzug durch die mit vielen Fahnen geschmückte Stadt in großer Zahl. Am Kriegerdenkmal hielt der Bürgermeister eine kurze, wie es heißt »vom vaterländischem Geist beseelte Ansprache«, die mit einem begeisterten Hoch auf Reichspräsident und

168 BB 6. 3. 1933.

169 GLA 338/805, fol. 5.

Reichskanzler endete. Anschließend wurde das Deutschlandlied gesungen; der Männergesangsverein trug ein Lied vor. Nach der Übertragung der Rede Hitlers wurde ein Freiheitsfeuer abgebrannt, während, wie es in dem Bericht heißt, »die Klänge des großen Zapfenstreichs durch die frühlingmilde Nacht getragen wurden«¹⁷⁰.

Daß es der NSDAP gelungen war, durch diese pompösen, die Gefühle ansprechenden Veranstaltungen und durch ihren Versuch, sich bewußt als maßvolle Partei darzustellen, wie auch durch ihre Appelle an den vaterländischen Geist der Deutschen sich in den Augen der Wählerschaft zu empfehlen, zeigt das Wahlergebnis vom 5. März: Die NSDAP errang im Bezirk die absolute Mehrheit¹⁷¹.

2. Die Machtprobe: Der Flaggenstreit

Schon in der Nacht vom (Wahl-)Sonntag auf den Montag (5./6. März) versuchte die NSDAP, die badische Landesregierung aus Zentrum und DVP zu stürzen. Ein Schritt hierzu war die überall im Reich durchgeführte Aktion des Hissens der Hakenkreuzfahnen vor allem auf staatlichen Gebäuden und Rathäusern¹⁷².

Es handelt sich dabei um eine bewußte Kraftprobe zwischen NSDAP und Regierung, die den Auftakt für eine weitere Radikalisierung und für weitere Terrormaßnahmen durch die NSDAP gab. Ließ die staatliche oder auch kommunale Stelle das Hissen der Hakenkreuzfahne zu, so bedeutete dies die Kapitulation der staatlichen Gewalt vor der Parteigewalt, zumindest aber ein Eingeständnis der eigenen Schwäche¹⁷³.

In Karlsruhe war es schon am 6. März zu dieser Kraftprobe gekommen, die mit dem Nachgeben der Regierung endete. Die Parteifahnen wurden zwar am Abend des selben Tages wieder eingeholt, aber nur unter dem erklärten Einverständnis der badischen Zentrumsführung, mit der NSDAP in Koalitionsverhandlungen zu treten. Während der nächsten beiden Tage kam es zu einer merklichen Beruhigung der Lage, bis schließlich am 8. März der badische Gauleiter durch Reichsinnenminister Frick zum Reichskommissar ernannt wurde, was einen eindeutigen Verfassungsbruch darstellte¹⁷⁴.

Im Amtsbezirk Adelsheim hatten sich am 6. März noch keine derartigen Zwischenfälle ereignet. Erst am 9. März, als die Landesregierung schon abgelöst worden

170 BB 6. 3. 1933; Berichte über weitere Fackelzüge liegen aus Hohenstadt, Osterburken und Bofsheim sowie aus Sennfeld und Seckach vor (BB 7./8./9. 3. 1933); in Berolzheim wurde eine derartige Veranstaltung nicht genehmigt, da sie zu kurzfristig angemeldet worden war (GLA 338/805, fol. 5/12/9). Es ist anzunehmen, daß auch in anderen Gemeinden Fackelzüge zum »Tag der erwachenden Nation« durchgeführt wurden. Vgl. *Frei*: S. 162f.

171 Vgl. S. 124.

172 Erstmals wurde eine solche Aktion in Hamburg durchgeführt und dann auch an anderen Orten zu einer Prestigefrage gemacht. Vgl. *Broszat*, Staat, S. 135f.

173 *Rehberger*, S. 93; in seiner Arbeit sind die Aktionen, die sich in Karlsruhe abspielten und die zum Rücktritt der badischen Regierung unter Staatspräsident Dr. Schmitt führten, ausführlich dargestellt (S. 90ff.); vgl. auch *Matzerath*, S. 66.

174 Vgl. *Broszat*, Staat, S. 138; *Rehberger*, S. 98.

war, kam es zur Demonstration der nationalsozialistischen Machtübernahme. In einem Eilfunk des Reichskommissars vom 9. März hatte dieser angeordnet, daß das Hissen von Hakenkreuzfahnen, schwarz-weiß-roten Fahnen und alten Kriegsflaggen auf Polizeipräsidien, Bezirksämtern und Polizeiunterkünften nicht verhütet werden sollte, »sofern die Bevölkerung den Wunsch auf das Hissen derartiger Fahnen äußert«¹⁷⁵. Offensichtlich war gleichzeitig an die Parteidienststellen die Anordnung gegangen, dem Eilfunk gemäß einen derartigen Wunsch zu äußern, denn am selben Tag zogen SA- und andere Männer in Adelsheim vor die staatlichen Gebäude, um die Partei- und die alte Reichsfahne zu hissen. Die SA-Männer waren bewaffnet; die Waffen stammten aus den schon erwähnten, in den 20er Jahren in einzelnen Orten des Amtsbezirks versteckten Heeresbeständen¹⁷⁶. Am folgenden Tag beschreibt der BB die Vorgänge:

»Adelsheim (im Zeichen des Hakenkreuzes) ›Das Alte stürzt – das Neue bricht sich Bahn.« ... Unter diesem Gesichtspunkt muß man den Wandel der politischen Verhältnisse betrachten. In den vergangenen Tagen hat sich eine unblutige Revolution vollzogen, die vom Reich ausgehend sich ungeahnt rasch auch über unsere badische Heimat ausgebreitet hat. Nachdem die Polizeigewalt in Baden auf den ernannten Reichskommissar übergegangen ist, sah man gestern vormittag auch hiesige SA-Mannschaften bewaffnet. Gegen zwei Uhr nachmittags marschierte die hiesige SA mit Spielmannszug und zahlreichen Hakenkreuzfahnen in Richtung Osterburken. Am Ortsausgang vereinigte sie sich mit den entgegenkommenden SA-Mannschaften von Osterburken und Merchingen. In vereinigtem Zuge, der durch die Bevölkerung von hier und aus den Orten der Umgebung verstärkt war, zogen die SA unter klingendem Spiel durch die Stadt und hißten nacheinander auf allen staatlichen und öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne, beim Bezirksamt unter Absingen des Deutschlandliedes. Auf dem Postamt wurde außer der Hakenkreuzfahne eine schwarz-weiß-rote Fahne mit dem Reichsadler gehißt. Nachdem die Hakenkreuzfahne hier auf allen öffentlichen Gebäuden wehte, setzte sich der Zug nach Sennfeld in Bewegung. Im hiesigen Rathaus wurde eine Wache eingerichtet. Vor dem Rathaus, dem Bezirksamt und dem Postamt steht ein Doppelposten. Um zehn Uhr gestern abend wurde Zapfenstreich geblasen«¹⁷⁷.

Von möglichen Widerstandsaktionen der staatlichen Behörden in Adelsheim ist nichts bekannt. In Sennfeld aber, wo die Ortsgruppe Adelsheim der NSDAP mit dem Einverständnis und auf Wunsch der Ortsgruppe Sennfeld die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus anbrachte, regte sich Widerstand von SPD-Seite. Nach einem Bericht der Gendarmeriestation Adelsheim vom 11. März 1933¹⁷⁸ wollten Anhänger der SPD die Fahne auf dem Rathaus wieder entfernen, was die SA ihrerseits verhindern wollte. Zu diesem Zweck begab sich der Ortsgruppenleiter der SA, Herold, aus Adelsheim mit etwa zehn bewaffneten SA-Männern nach

175 GLA 338/805, fol. 38/39.

176 Vgl. S. 106f.

177 BB 10. 3. 1933.

178 GLA 338/805, fol. 74.

Sennfeld. Auch sämtliche Gendarmeriebeamten der Hauptstation Adelsheim fuhren daraufhin nach Sennfeld, um größere Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien zu verhindern. Zwischen dem SPD-Bürgermeister aus Sennfeld und dem Ortsgruppenleiter wurde eine Aussprache herbeigeführt mit dem Ergebnis, daß der Bürgermeister die Erlaubnis gab, die Fahne auf dem Rathaus zu belassen; damit diese nicht heruntergeholt werden könne, wollte er das Rathaus abschließen. Nach diesem Nachgeben des Bürgermeisters zogen die SA-Leute wieder ab.

An den Vorgängen in Sennfeld und Adelsheim sind zwei Dinge bemerkenswert: einmal die Tatsache, daß die Aktionen der NSDAP in Sennfeld immer noch von Adelsheim aus unternommen wurden. In Sennfeld bestand immerhin schon seit Januar 1932 eine NSDAP-Ortsgruppe. Offensichtlich fühlte diese sich aber noch nicht stark genug, Aktionen im eigenen Ort durchzuführen und war angesichts der Stärke der SPD auf die Hilfe von auswärts angewiesen. Darauf weist auch eine – die schon erwähnte – Bitte um Polizeischutz für einen Fackelzug am 4. März 1933 in Sennfeld hin¹⁷⁹, ebenso die ebenfalls angeführten Vorgänge vom 3. März. Zum anderen scheint sich die Machtprobe im Bezirk nicht hauptsächlich zwischen der staatlichen Verwaltung und NSDAP-Kreisen vollzogen zu haben, sondern sie wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen SPD- und NSDAP-Mitgliedern. Der Bürgermeister, selbst Mitglied der SPD und Vorsteher einer Gemeinde mit einer starken SPD-Anhängerschaft, gab nach bzw. mußte nachgeben. Angesichts der Demonstration bewaffneter Stärke durch die SA blieb auch keine andere Wahl. Der vor dem Bezirksamt in Adelsheim aufgestellte SA-Wachtposten wurde am Nachmittag des 10. März wieder abgezogen. Nach der Meldung im BB erfolgte dies auf Weisung des Reichskommissars¹⁸⁰. Dieser hatte am 10. März in seiner Eigenschaft als Polizeibeauftragter einen Erlaß herausgegeben, der Übergriffe der »national gesinnten Bevölkerung« ausdrücklich mißbilligte und zu Besonnenheit aufrief. Es hieß dort, daß auch die Partei, SA und SS Disziplin und Besonnenheit zugesichert hätten¹⁸¹.

Demnach wurde »von oben«, von den Regierungs- bzw. oberen Parteistellen versucht, Übergriffe unterer Parteiebenen einzugrenzen. Auch ein Satz in derselben Meldung im BB ist wohl in diesem Sinn zu deuten; es heißt dort, daß die

179 GLA 338/805, fol. 5.

180 BB 11. 3. 1933.

181 Im Erlaß heißt es u. a. im Wortlaut: »... Die Freude über den Wahlerfolg und die Entsendung eines Beauftragten der Reichsregierung in das Land Baden ist von der national gesinnten Bevölkerung teilweise in Formen Ausdruck gegeben worden, die in Ansehung der politischen Lage verständlich, aber für die Zukunft zu verhüten ist. Es wolle gegen derartige Vorgänge nachdrücklich, aber mit Verständnis und nicht engherzig eingeschritten werden. Ich lege besonderen Wert darauf, daß bei aller Bestimmtheit, mit der die Befugnisse der Staatsbehörden zu wahren sind, in erster Linie beherrschend auf diese Kreise eingewirkt wird. Die Leitung der NSDAP, der SA und SS hat zugesichert, ihrerseits Anlaß zu nehmen, die ihr zugehörigen Bevölkerungsteile zu Disziplin und Besonnenheit anzuhalten. Ich erwarte, daß in kritischen Lagen die Polizei dem national gesinnten Teil der Bevölkerung gegenüber sich ohne Waffengewalt durchsetzt; jedenfalls darf in derartigen Fällen von der Schußwaffe nur nach Einholung meines vorherigen Einverständnisses Gebrauch gemacht werden ...« GLA 338/805, fol. 41 und 42.

wegenommenen Waffen und die Munition sofort zurückzugeben seien¹⁸². Anscheinend wurden von der SA widerrechtlich Waffen beschlagnahmt, und man darf wohl annehmen, daß dies beim politischen Gegner geschah.

Am 12. März, dem Volkstrauertag, sollte nach einer Anweisung des Staatsministeriums in schwarz-weiß-rot und in den Landesfarben gelb-rot-gelb auf Halbmast geflaggt werden. Die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften wurden um dasselbe Verfahren gebeten¹⁸³. Ebenfalls am 12. März 1933 wurde durch den Reichspräsidenten die Regelung der Flaggenfrage angeordnet und bestimmt, daß die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gemeinsam zu hissen seien¹⁸⁴. Am nächsten Tag ordnete daraufhin Robert Wagner an, vom Montag bis einschließlich Mittwoch auch die staatlichen Gebäude Badens wie die des Reiches auf diese Weise zu beflaggen. Der Aufruf erging gleichzeitig an die Gemeinden und die Bevölkerung¹⁸⁵.

Ob die angeordneten Maßnahmen von den Gemeindeverwaltungen beachtet wurden, wurde peinlichst genau kontrolliert. In diesem Zusammenhang erfolgte nämlich am 13. März durch Sturmbannführer Grosse die Mitteilung an das Bezirksamt, daß in Seckach und Hüngheim am Volkstrauertag die schwarz-rot-goldene Flagge aufgezogen worden sei. Der Sturmbannführer ersuchte das Bezirksamt, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft den Anordnungen des Reichskommissars Folge geleistet werde. Am 14. März erstattete der Sturmbannführer in derselben Angelegenheit eine Anzeige gegen den Bürgermeister von Ballenberg, weil dieser der angeordneten Beflaggung zuwidergehandelt hätte; aus demselben Grund zeigte er auch den Bürgermeister von Erlenbach an. Dem Sturmbannführer zufolge hatte der Bürgermeister in Ballenberg am Sonntag eine von einem Einwohner überlassene schwarz-weiß-rote Flagge aufgezogen, am Montag diese aber nicht mehr angebracht und somit die Anordnung der Reichsregierung absichtlich mißachtet. Auf dem Rathaus in Erlenbach hätte er, wie der Sturmbannführer weiter ausführte, sogar eine schwarz-rot-goldene Fahne vorgefunden; der dortige Bürgermeister hätte ihm angegeben, daß er von dem Erlaß gewußt habe, doch der Polizeidiener hätte die Flaggen miteinander verwechselt und die falsche gehißt. Nach Einschätzung des Sturmbannführers war dies eine bewußte Sabotage, was aber, wie er meinte, im Hinblick auf die politische Einstellung der Gemeinde Erlenbach¹⁸⁶ ohne weiteres verständlich sei.

In der Antwort des Bezirksamts nach der telefonischen Rücksprache bei den betroffenen Bürgermeistern wurde dem Sturmbannführer mitgeteilt, daß der Flaggenerlaß dem Bürgermeister in Ballenberg zu spät bekannt geworden war, er aber jetzt schwarz-weiß-rot geflaggt habe. Der Bürgermeister in Erlenbach habe schon Fahnenstoff für beide Fahnen, auch für die Hakenkreuzfahne, eingekauft;

182 BB 11. 3. 1933.

183 BB 11. 3. 1933.

184 RGBl. 1933. S. 103.

185 GLA 338/805, fol. 12.

186 Die Gemeinde Erlenbach hatte am 5. März zu 85,4 % Zentrum gewählt.

sie würden gerade zurechtgemacht. Eine Bestrafung der beiden Bürgermeister könne deshalb nicht erfolgen, da ihnen keine Schuld nachzuweisen sei und außerdem die Gemeinden in den Verlautbarungen der Regierung und des Reichskommissars nur ersucht worden seien, die schwarz-rot-weiße und die Hakenkreuzfahne zu hissen, die letztere nur, wenn eine zweite Flaggvorrichtung am Rathaus vorhanden sei¹⁸⁷.

Die SA konnte sich also in diesen Fällen noch nicht vollständig durchsetzen, auch weil das Bezirksamt den gesetzlichen Rahmen voll ausschöpfte. In einem anderen Fall dagegen war der Landrat den Wünschen der Partei entgegengekommen: Er erlaubte nämlich, daß die Flaggen am Bezirksamt während des angeordneten dreitägigen Hissens durch Posten der SA gesichert würden¹⁸⁸. Damit übertrug er der SA eine Funktion, die ihr als Parteigliederung eigentlich nicht zukam.

Als Abschluß des dreitägigen Hissens waren von Wagner in ganz Baden Fackelzüge angeordnet worden. In Adelsheim nahmen daran die Vereine, die nationalen Verbände und die der Jugend, Vertreter der Behörden und die Bevölkerung in großer Zahl teil. Der Zug zog durch die Stadt und stellte sich anschließend vor dem Rathaus auf. In emphatischen Worten beschreibt der BB die nun folgende Kundgebung:

»... Es war ein erhabenes Bild, das sich im Fackelschein darbot. Die Fahnen gruppieren sich um den unter der Eingangspforte stehenden Bürgermeister, der von hier aus eine kurze, von vaterländischem Geist durchwehte Ansprache hielt, die er ausklingen ließ in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Männer, die sich für das Zustandekommen des nationalen Staates einsetzten. Brausend verklang hierauf das Deutschlandlied in der Frühlingsnacht. In andächtiger Stille folgte die Versammlung dem großen Zapfenstreich der Musikkapelle und des Spielmannszuges. Ortsgruppenleiter Spöhrer forderte noch zum Gesang des Horst-Wessel-Liedes auf. Mit einem dreifachen ›Sieg-Heil‹ auf unsere obersten Reichsführer fand die Kundgebung ihren Abschluß«¹⁸⁹.

Damit wurde zum ersten Mal in einer öffentlichen, nicht von der NSDAP einberufenen Kundgebung – die Einladung ging vom Bürgermeister aus – das Horst-Wessel-Lied gesungen; auch hierin findet die Durchdringung des öffentlichen Lebens durch die NSDAP – ein fast unmerklicher Vorgang – ihren Ausdruck. Bei derartigen Veranstaltungen war nämlich bisher immer nur das Deutschlandlied gesungen worden.

187 Alle Vorgänge: GLA 338/805, fol. 83.

188 BB 14. 3. 1933.

189 BB 16. 3. 1933.

3. Die Mobilisierung der Bevölkerung und der Beginn ihrer ideologischen Erfassung

Daß das Regime zu feiern wußte, wie schon Joachim Fest in seinem Film über Adolf Hitler feststellte¹⁹⁰, zeigte sich auch im Amtsbezirk Adelsheim. Die Bevölkerung erlebte Feierlichkeiten zu den verschiedensten Gelegenheiten, an denen immer ein Großteil, wenn nicht der größte Teil der Bevölkerung der Gemeinden teilnahm. Ganz neue Anlässe wurden gefunden, um etwa einen Fackelzug durchzuführen oder sog. Sieges- oder Freiheitsfeuer abbrennen zu lassen; es waren gleichzeitig günstige Gelegenheiten für die nationalsozialistische Propaganda. Ein neues Gemeinschaftsgefühl sollte erzeugt werden; jeder sollte sich als ein Glied, das beim Aufbau des ganz neuen Deutschen Reiches half, fühlen können, denn die Zeit der Zerstrittenheit, der »Parteienwirtschaft« – einer der wichtigen Anklagepunkte gegen das »System« der Weimarer Republik – war jetzt vorbei. Jeder wurde jetzt eingepflanzt, und wer weiter abseits stand und nicht begeistert einstimmte, konnte leicht registriert werden. Der Faktor der sozialen Kontrolle gerade auf dem Dorf, wo sich alle untereinander kannten, mußte dabei als sehr wichtig eingeschätzt werden. Sich diesem Druck entziehen zu können, dürfte sehr schwer gewesen sein. Auch ein anderer Aspekt dieser dauernden Mobilisierung erscheint wichtig. Dadurch, daß dauernd etwas geschah, daß die Bevölkerung zu immer neuen Zusammenkünften gerufen wurde, konnte zumindest unterschwellig der Eindruck erweckt werden, daß etwas getan wurde, daß es jetzt wieder aufwärts ging oder einfach nur, daß diese neue Regierung auch die Energie zeigen würde, die bestehenden Probleme anzupacken und zu lösen.

Aus den Berichten im BB über solche Veranstaltungen spricht immer große Begeisterung über die neuen Verhältnisse. Der NSDAP scheint es tatsächlich gelungen zu sein, in einem großen Teil der Bevölkerung eventuelle Vorbehalte auszuräumen und auch sie für die »Umwälzung« zu gewinnen. Kershaw hat im Zusammenhang der Wahlkämpfe des Jahres 1932 auf den Sensationscharakter der nationalsozialistischen Großkundgebungen in provinziellen bayerischen Kleinstädten hingewiesen, für die solche Veranstaltungen ein ganz neues Phänomen darstellten¹⁹¹. Diese Feststellung dürfte auch hier zutreffen. Wie schon für die sog. »Deutschen Abende« der NSDAP vor 1933 bemerkt wurde, bildeten wohl auch diese neuen Feiern eine willkommene Ablenkung im normalen, vielleicht eher eintönigen Dorfleben. Die nationalen Gefühle und die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg Deutschlands aus der »Schmach« und aus wirtschaftlicher Not waren es aber hauptsächlich, die die Menschen zu begeisterten Anhängern der »Umwälzung« machten.

Der neue nationale Enthusiasmus äußerte sich auch im Amtsbezirk Adelsheim in der Verleihung von Ehrenbürgerrechten an den Reichskanzler, den Reichspräsidenten und auch an den Reichskommissar Robert Wagner, ebenso in den Umbenennungen von Straßen und Plätzen und in der Benennung von Bäumen mit den

190 »Hitler – eine Karriere« (1977).

191 I. Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich. (1980) S. 41.

Namen der »nationalen Führer«. Die Amtsstadt Adelsheim schritt hier voran. Schon am 28. Februar 1933 wurde im Gemeinderat der Beschluß gefaßt, Adolf Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen. Der SPD-Gemeinderat Storz stimmte allerdings dagegen; er vertrat die Meinung, daß die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt an persönliche Verdienste für die Gemeinde geknüpft sei, was bei den Verdiensten des Reichskanzlers nicht unmittelbar zuträfe¹⁹². Seine Gegenstimme war wohl der maßgebliche Grund für seinen Rücktritt vom Amt des Gemeinderats in einer der nächsten Sitzungen. – Der Bericht über die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hitler im BB vom nächsten Tag hebt besonders die Tatsache hervor, daß Adelsheim damit an der Spitze sämtlicher Amtsstädte in Baden stehe¹⁹³.

In mindestens acht weiteren Gemeinden des Amtsbezirks wurde Hitler ebenfalls zum Ehrenbürger ernannt; es sind die Gemeinden Berolzheim, Buch, Grobeicholzheim, Hohenstadt, Merchingen, Neunstetten, Osterburken und Seckach. Der Beschluß wurde mit Ausnahme der Gemeinde Merchingen in der zweiten Märzhälfte bzw. Anfang April gefaßt, d. h., durch die noch nicht gleichgeschalteten und in ihrer personellen Zusammensetzung unveränderten Gemeinderäte. Offenbar erlagen auch diese dem »Hitler-Mythos« (Kershaw). Da viele dieser Gemeinderatsmitglieder im Verlauf der nationalsozialistischen Gleichschaltung aus dem Gemeindeparlament ausgeschlossen wurden, kann man diese Vorgänge dahingehend interpretieren, daß auch ein großer Teil derjenigen, die der NSDAP vielleicht eher fernstanden, sich von diesem Enthusiasmus mitreißen ließen, vielleicht aber auch nicht den Mut fanden, sich der allgemeinen Entwicklung zu entziehen¹⁹⁴.

Auch in Sennfeld sollte Ende März auf Antrag des Stützpunktleiters Hitler das Ehrenbürgerrecht verliehen werden. Der Antrag wurde aber mit der Begründung zurückgewiesen, daß kein Geld für einen Ehrenbürgerbrief in der Gemeindekasse vorhanden sei¹⁹⁵. Der Gemeinderat, der zur Hälfte von der SPD gestellt wurde, fand so eine gute Entschuldigung, da ihnen damit offiziell nicht der Vorwurf gemacht werden konnte, nicht national zu denken.

Auch Hindenburg und Robert Wagner wurden auf diese Weise geehrt. Hindenburg wurde Ehrenbürger in Adelsheim, Berolzheim, Buch, Grobeicholzheim, Merchingen und Neunstette, Robert Wagner in denselben Gemeinden sowie in Osterburken und Seckach¹⁹⁶. In zahlreichen Gemeinden wurden Straßen und

192 Gemeindearchiv (GA) Adelsheim: Gemeinderatsprotokolle (GRP), S. 302.

193 BB 1. 3. 1933.

194 GA Berolzheim: B 14, Sitzung vom 9. 4. 1933; GA Buch: GRP, Sitzung vom 23. 3. 1933 auf Antrag des Ortsgruppenleiters (der Beschluß wurde am 22. 7. 1945 wieder aufgehoben); GA Grobeicholzheim B 21, Sitzung vom 20. 3. 1933, auch BB 25. 3. 1933; Hohenstadt: BB 18. 3. 1933, der Beschluß erfolgte einstimmig; Merchingen: BB 5. 5. 1933; GA Neunstetten: B 5, Sitzung vom 21. 3. 1933; GA Osterburken: B 236, Sitzung vom 15. 3. 1933, auch BB 17. 3. 1933; GA Seckach: B 12, Sitzung vom 17. 3. 1933, auch BB 23. 3. 1933, auf Antrag des Stützpunktleiters; keine Informationen über eventuelle Ehrenbürgerwürden liegen vor für die Gemeinden Ballenberg, Bronnacker, Kleineicholzheim, Rosenberg, Schillingstadt und Schlierstadt.

195 Vgl. BB 6. 6. 1933.

196 GA Adelsheim: GRP, Sitzung vom 1. 5. 1933; für die übrigen Gemeinden gelten dieselben Nachweise wie unter Anmerkung 60.

Plätze nach Hitler, Hindenburg und Wagner genannt; es wurden Bilder des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten angeschafft. In Adelsheim wurde anlässlich des 1. Mai die Linde auf dem nun so genannten Hindenburgplatz in Hitlerlinde umbenannt; in Hohenstadt geschah dies anlässlich des Geburtstages Hitlers. In Hirschlanden pflanzte man neben die Bismarckeiche eine »Hitlereiche«¹⁹⁷. In Korb wurden die vier Linden am dortigen Bachufer mit den Namen der für den Gemeinderat bedeutendsten Männer der nationalen Erhebung benannt; neben Hitler, Hindenburg und Wagner zählte der Gemeinderat auch den Kreisleiter Senft dazu¹⁹⁸.

Erste Gelegenheit zur Bekundung der von Hitler und der Reichsregierung verkündeten »nationalen Einheit« im Rahmen größerer Festlichkeiten bot sich am 12. März aus Anlaß des Volkstrauertages. 1929 war dieser Tag zu Kundgebungen gegen die sog. Kriegsschuldfrage benutzt worden; in den hauptsächlich von den Kriegervereinen durchgeführten Veranstaltungen war damals der dem deutschen Volk aufgezwungene »Schmachparagraph« (Artikel 231) beklagt worden, der die Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg festlegte¹⁹⁹. Protestreden waren damals gehalten worden. Jetzt, im Jahr 1933, wurde der Volkstrauertag »unter dem Eindruck der in diesen Tagen stattgefundenen Staatsumwälzung« begangen, wie es zu Beginn des Artikels im BB vom 13. März 1933 über die Feiern in Adelsheim heißt. Es liegen zwar nur wenige Berichte über die Feiern in den einzelnen Gemeinden vor, und diese verliefen, wie es heißt, im üblichen Rahmen; jedoch hat sich der Ton der Reden, die im BB zusammenfaßt wiedergegeben wurden, gerade im Vergleich zu 1929 entscheidend geändert. Die Aggressivität ist nun verschwunden, die Wiedereinführung der alten Reichsflagge, »unter der das alte Heer kämpfte«, wurde allgemein begrüßt und, wie es Pfarrer Linnebach in Rosenberg ausdrückte, als Symbol für ein Wieder-Zusammenfinden und für die Einigkeit des deutschen Volkes aufgefaßt²⁰⁰.

Die nächste Gelegenheit, um der »Staatsumwälzung«²⁰¹ zu gedenken, wurde mit einem Erlaß des neuen badischen Kultusministers Dr. Wacker geschaffen, der einen schulfreien Tag für ganz Baden anordnete. In einer kurzen Schulfeyer sollten die Schulleiter an diesem Tag, dem 14. März, auf die Bedeutung der »nationalen Erhebung« hinweisen. Auch Eltern und andere Interessenten waren dazu eingeladen²⁰². Es war dies wieder eine Gelegenheit, das Gefühl zu erzeugen, in einer besonderen Zeit zu leben, und darüber hinaus die Bevölkerung für das Regime zu aktivieren. In Adelsheim hielt der dortige Oberlehrer Steger bei einer solchen Feier eine patriotische Rede. Daß es bei der Anordnung der Schulfeyern aber nicht nur darum ging, die nationalen Gefühle zu wecken und zu pflegen, sondern in erster Linie darum, die NSDAP in diese Gefühle einzubeziehen und diese Begeisterung

197 BB 24. 4., 26. 4., 1. 5. 1933; GA Hirschlanden: B 5, Sitzung vom 17. 4. 1933.

198 GA Korb: B 36, S. 448.

199 Z. B. in Osterburken, BB 23. 2. 1929.

200 BB 14. 3. 1933.

201 So der BB am 13. 3. 1933.

202 BB 13. 3. 1933.

für die deutsche Nation auch für die NSDAP dienstbar zu machen, beweist die Anwesenheit des Ortsgruppenleiters der Ortsgruppe Adelsheim, der nach dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied der Toten gedachte, die für die nationalsozialistische Bewegung (!) ihr Leben gegeben hätten, und ebenso wieder die Tatsache, daß als Abschluß der Veranstaltung das Horst-Wessel-Lied gesungen wurde²⁰³. Auch bei der Schulfeier in Rosenberg zeigt sich dieser schleichende Prozeß der Durchdringung des öffentlichen Lebens durch die NSDAP, der mit dem Anspruch der NSDAP auf Kontrolle des gesamten staatlichen und öffentlichen Lebens enden sollte: Hier zogen die Schüler nach der Feier durch den Ort und sangen das Horst-Wessel-Lied; als Belohnung erhielten die Kinder anschließend Brezeln²⁰⁴.

Die Reichstagszeröffnung am 21. März war die nächste Gelegenheit, Hitler und der NSDAP in der Öffentlichkeit eine bessere Reputation zu verschaffen. Dieser von Goebbels inszenierte »meisterhafte Theater-Coup« (Kershaw) wurde überall in Deutschland gefeiert. In seinem Aufruf hierzu hatte Goebbels zu großer Beflagung mit Hakenkreuzfahne und der alten Reichsfahne aufgefordert; überall sollten Fackelzüge und »Freiheitsfeuer« den Wiederaufstieg Deutschlands bekunden²⁰⁵. Nach Kershaw wurden diese Feiern zu einem »Meilenstein des nationalen Gefühls-Aufbruchs«²⁰⁶, und auch auf den Amtsbezirk Adelsheim scheint sich diese Begeisterung übertragen zu haben. Dies wird schon an der Ausführlichkeit der Berichte über die Feiern in den einzelnen Gemeinden deutlich; die Berichtersteller wollten, so scheint es, sich gegenseitig übertrumpfen. Die Begeisterung, die offensichtlich erzeugt wurde, dringt am besten in dem Bericht über die Feierlichkeiten in Adelsheim durch; man feierte die »große historische Zeitenwende«; den »Tag der nationalen Erhebung« würde keiner mehr vergessen. Es ist erstaunlich, wie sehr die Menschen offenbar von den Ereignissen bewegt und überwältigt wurden; denn die Ansprachen, aber auch der Fackelzug, das sog. Freiheitsfeuer und die Lieder des Gesangvereins scheinen im Grunde nichts Besonderes gewesen zu sein. Doch das Schauspiel, das der Bevölkerung in der Garnisonkirche in Potsdam bei der Reichstagszeröffnung geboten wurde, riß offensichtlich alle, die national dachten, zu Begeisterungstürmen hin und machte die Leute zuversichtlich: »Es herrschte eine frohe, zuversichtliche Stimmung«, heißt es im BB. »Die feierliche Sanktionierung der Symbiose von nationalem Traditionsbewußtsein und nationalsozialistischem Revolutionswillen«²⁰⁷, das symbolhafte Zusammenstehen des das Traditionelle verkörpernden Reichspräsidenten und des Vertreters eines »neuen Deutschlands«, des Reichskanzlers, verfehlten ihre Wirkung nicht:

»Ein denkwürdiger Tag nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes, sondern auch unserer Stadtgemeinde, wird der 21. März sein und bleiben. Kinder und

203 BB 15. 3. 1933.

204 BB 15. 3. 1933.

205 Vgl. BB 21. 3. 1933.

206 Kershaw, S. 51.

207 Bracher: Stufen der Machtergreifung, S. 210.

Kindeskinder werden sich erzählen von der nationalen Erhebung und dem Begeisterungsturm, den dieser erwachende Frühling durch die deutschen Lande getragen hat. . . . Unvergänglicher Ahnengeist und vorwärtsstürmendes Frühlingsdrängen haben sich vermählt und einen Sturm der Begeisterung entfacht, wie wir ihn im Laufe der Jahrhunderte alten deutschen Geschichte nur selten erlebten. Nicht nur die in Potsdam und Berlin waren Zeugen dieser großen, historischen Stunde; das ganze deutsche Volk, dem diese große geschichtliche Stunde durch das Radio vermittelt wurde, war Zeuge des Anbruchs einer neuen Zeit. – . . . Nüchterne Tage werden der Begeisterung folgen. Doch zu jeder Stunde soll uns der Gedanke an ein mächtiges, starkes und freies Deutschland mit Flammenschrift in Herz und Sinn eingegraben sein. Mit dem glühenden Freiheitsdichter Hoffmann von Fallersleben wollen wir alle Zeit bekennen:

›Deutschland, Deutschland über alles
über alles in der Welt‹²⁰⁸.

Die ideologische Erfassung der Bevölkerung setzte sich auch in den nächsten Wochen fort. Man konzentrierte sich vor allem auf die Jugend. Schon die Schulfestern vom 14. März stellten einen Versuch dar, die Jugend im nationalsozialistischen Sinn zu beeinflussen; diese Absicht wird jetzt weiterverfolgt. In einem Artikel über ein HJ-Treffen in Adelsheim heißt es zum Schluß: »Die Jugend wollen wir ergreifen und sie eingliedern in das große, deutsche Vaterland«²⁰⁹. Eine Schulentlassungsfeier in Sennfeld wird als nationale Weihestunde beschrieben²¹⁰. Die nächste Gelegenheit, den Hitler-Mythos zu festigen, bot sich mit dem Geburtstag des Reichskanzlers am 20. April. Im BB erschien an diesem Tag ein Gedicht, das Hitler als dem Ehrenbürger der Stadt Adelsheim und als Volkskanzler gewidmet war. In Osterburken wurde eine Kundgebung im Gasthaus »Zur Sonne« veranstaltet. In Hohenstadt feierte man den Reichskanzler sogar mit einem Festgottesdienst am Ostersonntag, während dem der Pfarrer in seiner Predigt und in einem Gebet Hitlers gedachte²¹¹. Auch aus Eubigheim wird eine nationale Feier, an der sich auch die Vereine beteiligten, von diesem Tag gemeldet²¹².

Eine weitere Steigerung der Begeisterung wurde mit den Feiern zum neu eingeführten »Feiertag der nationalen Arbeit« am 1. Mai erreicht. Auf die Feiern in Adelsheim bezogen schreibt der BB am 2. Mai 1933, daß dies ein Festtag gewesen wäre, »wie wir ihn in Adelsheim zuvor noch nicht erlebt hatten«. Es herrschte »Hitlerwetter«, wie es in dem Bericht über den Verlauf des Tages in Adelsheim hieß – eine Bezeichnung, die noch mehr Zeichen des neuen Personenkultes ist²¹³. Der Tag verlief, nachdem die Kreisleitung zu den Feiern Richtlinien herausgegeben hatte, überall ähnlich. Straßen und Häuser waren mit Fahnen und »Maien-

208 BB 22. 3. 1933.

209 BB 10. 4. 1933.

210 BB 11. 4. 1933.

211 BB 25. 4. 1933.

212 Allerdings erst im BB vom 16. 5. 1933.

213 BB 3. 5. 1933; der Artikel war von dem Adelsheimer Rechtsanwalt und späteren Bürgermeister in Mosbach, Lang (Lg), einem Mitglied der NSDAP, geschrieben worden.

grün« geschmückt; es gab Konzerte, Festzüge, Festreden, Aufführungen der Gesang- und Turnvereine, abends zum Teil Tanzveranstaltungen. Überall fanden Festgottesdienste statt, an denen die SA und alle Vereine geschlossen teilnahmen. In einem Aufruf zum 1. Mai in Adelsheim hieß es hierzu, daß alle Personen, die eine Uniform oder ein Braunhemd besäßen, in dieser Kleidung am Gottesdienst teilnehmen sollten; sämtliche andere sollten »in angemessener Sonntagskleidung, nicht aber etwa in Gehrock und Zylinderhut« zum Gottesdienst erscheinen²¹⁴. Sollte mit diesem Gebot der 1. Mai wirklich zum Feiertag des Arbeiters gemacht werden, an dem sämtliche bürgerliche Insignien verschwinden sollten, so wurden damit andererseits auch die Kirchen in die »nationalen Feiern« eingebunden; auch sie sollten in den Lobpreis der Arbeit einstimmen. Auch ein Artikel unter dem Titel »Katholische Pfarrgemeinde und 1. Mai« äußerte sich in diesem Sinn: Das Fest der Arbeit sei für den gläubigen Christen ein Fest der christlichen, da gottverbundenen Arbeit, und dieser Aspekt sei in den Feiern besonders angeklungen: »Wir Katholiken haben die freudige Genugtuung«, heißt es in diesem Artikel, »daß wir am 1. Mai den religiösen Sinn der Arbeit ganz besonders betont sahen.« Desto leichter müsse es dem Katholiken deshalb fallen, auch am nationalen Gehalt des Tages Anteil zu nehmen²¹⁵.

Die Einbeziehung der Kirchen und ihrer Vertreter in die Feiern muß als geschickter Schachzug der NSDAP gewertet werden, waren doch die protestantische wie katholische Kirche und die jeweiligen Pfarrer noch immer eine der bedeutendsten Institutionen auf dem Land; Pfarrer und Priester übten einen großen Einfluß auf die Bevölkerung aus. Es mußte als Sanktionierung der neuen Verhältnisse erscheinen, wenn sich die Kirchen in den Dienst eines solchen Tages stellten. Auch die Volkstümlichkeit der Feiern, die sich in Tanzveranstaltungen und Bierausschank zeigte, war Propaganda für das neue Regime; die verordnete Teilnahme aller Berufsstände und Vereine sollte die Volksgemeinschaft propagieren, die, wie es in einem Bericht heißt, mit dem 1. Mai ihre Krönung erlebt hätte. Die Losung sollte jetzt »Ein Volk – ein Wille« sein²¹⁶.

Mit Schlageter-Feiern und Sonnwendfeiern wurden die Festlichkeiten fortgesetzt. In Adelsheim wurde aus Anlaß des Todestages des von den Nationalsozialisten unter den »Todesopfern der Nationalen Erhebung in Baden« geführten Albert L. Schlageter, der am 26. Mai 1923 wegen eines während der Ruhrbesetzung verübten Sabotageaktes von den Franzosen hingerichtet worden war, ein Gedenkstein gesetzt²¹⁷. Ressentiments gegen Frankreich dürften auch hier eine Rolle gespielt haben²¹⁸.

Die Sonnwendfeiern fanden Ende Juni mit Sonnwendfeuern, Ansprachen und, wie in Adelsheim, der Verbrennung von »Schmutz- und Schundliteratur« statt. Die

214 BB 29. 4. 1933.

215 BB 3. 5. 1933.

216 BB 2. 5. 1933 über die Ereignisse in Adelsheim.

217 BB 26./27. 5. 1933; gleichzeitig wurde die Eckenbergstraße in Adelsheim in Schlageterstraße umbenannt.

218 Vgl. *Bräunche*: Nationale Ressentiments. In: Ders./Köhler u. a.: 1933, S. 5ff.

Bücher hierfür waren nach einem Aufruf im BB vom 16. Juni, der zur Überprüfung der Bücherbestände aufforderte, von der HJ gesammelt worden²¹⁹.

Die Sonnwendfeiern sollten als Fest der Jugend gefeiert werden. Ziel dabei war aber offensichtlich wieder der Versuch, diese Jugend in den Staat einzubinden. Der »richtige vaterländische Geist« der Jugend sollte, wie der Bofsheimer Hauptlehrer Winter bei einer solchen Feier meinte, herangebildet werden. Die Sammlung sog. »undeutscher« Literatur diene demselben Zweck; die Jugend wurde aktiviert. Die Nationalisierung des Schulwesens – und damit der Jugend –, die Hitler schon 1930 als Ziel postulierte, als Frick in Thüringen zum Volksbildungsminister ernannt wurde, und »die Erziehung des Deutschen zum fanatischen Nationalisten« setzte bei der Jugend an, die auch am leichtesten zu begeistern war²²⁰. Aber auch die Lehrer selbst wurden eingebunden. Sie hielten bei den Schulfeiern und bei anderen Feierlichkeiten im Dorf die Reden; auch ihre Autorität wurde so im Sinne der neuen Machthaber gebraucht. Die Lehrer auf den Dörfern und ihre angesehene Stellung im Dorf trugen so zur Etablierung des nationalsozialistischen Staates bei. Noch eine Gelegenheit bot sich im Jahreslauf für die nationalsozialistische Propaganda an: das Erntedankfest Anfang Oktober. Die trennende Kluft zwischen Stadt und Land sollte mit diesem »in nationaler Geschlossenheit« in ganz Deutschland gefeierten Tag überwunden werden, heißt es im BB²²¹. Über den sonst üblichen Rahmen einer Gottesdienstfeier hinaus wurden jetzt auch Festumzüge veranstaltet, an denen sich alle Vereine beteiligten²²².

Insgesamt läßt sich sagen, daß im Amtsbezirk Adelsheim wie anderswo auch besonders im ersten halben Jahr nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 bemerkenswerte Aktivität auf propagandistischem Gebiet entfaltet wurde, die eine breitere Zustimmung erzeugt haben dürfte. Darüber hinaus halfen die vielen nationalen Feiern über den gleichzeitig einsetzenden Druck und Terror hinwegzublicken, da jetzt das Gefühl um sich griff, daß es von nun an aufwärts gehe. Der Pessimismus der früheren Jahre war verschwunden²²³. Die anlässlich der Feierlichkeiten wiederholte Betonung des Nationalen kam dabei ebenfalls der NSDAP zugute, wurde sie doch als »nationale Bewegung« in diesen Gedankenkreis eingeschlossen. Dies mochte die Ausschaltung der Gegner des Nationalsozialismus noch als eine dem Endzweck unterzuordnende Maßnahme erscheinen lassen, die notwendig war, um das deutsche Volk wieder zu wahrer Einigkeit zu führen.

219 BB 16.6. 1933; in diesem Aufruf hieß es u. a.: »Hinaus mit dem Geist, der die Ehre des deutschen Frontsoldaten und deutschen Volkes besudelt.«

220 Hitler am 3. 2. 1930, vgl. bei *Broszat*, Machtergreifung, S. 104ff.

221 BB 27. 9. 1933.

222 Nachrichten hierüber liegen aber nur aus Adelsheim vor: BB 27./30.9./3. 10. 1933.

223 Zumindest in den Artikeln im BB, doch dürfte das Gefühl eines Aufschwungs weit verbreitet gewesen sein.

4. Das andere Gesicht der Machtergreifung: Drohungen und Terror

Neben ihre propagandistischen Tätigkeiten waren Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen politische und ideologische Gegner das andere Mittel der NSDAP, um ihre Ziele zu erreichen. Vor allem KPD- und SPD-Mitglieder oder diesen Parteien Nahestehende sowie jüdische Bewohner wurden wachsendem Druck ausgesetzt. Auch der BB erregte in dieser Beziehung das Interesse der NSDAP.

Im BB erschienen hierzu fast gar keine Meldungen; nur der wachsende Druck auf den BB selbst schlug sich nieder. Eine Akte im GLA mit dem wohl unpassenden Titel »Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« sowie einzelne Amtsgerichtsakten informieren darüber²²⁴. Es dürfte darüber hinaus zu weiteren Schikanen gekommen sein, über die nichts überliefert ist.

Im Amtsbezirk Adelsheim war es zuerst der arbeitslose Arbeiter H. Angstmann aus Kleineicholzheim, ein Mitglied der KPD, der wegen seiner politischen Haltung am 11. März in Schutzhaft genommen wurde. Vorausgegangen war ein Eilfunk des Reichskommissars, dem am 8. März die polizeilichen Befugnisse übertragen worden waren, vom 10. März, in dem er aufgrund der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar u. a. alle öffentlichen Versammlungen und Aufzüge der SPD und der KPD und deren Flugblätter, Plakate und sonstigen Druckschriften verboten hatte. Weiter hieß es dort, daß alle leitenden kommunistischen Persönlichkeiten und sonstige Kommunisten, von denen eine Gefährdung oder eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei, in Schutzhaft zu nehmen oder darin zu belassen seien. Für Führer der SPD, für die eine Gefährdung bestehe oder zu befürchten sei, sollte dasselbe gelten²²⁵.

Angstmann wurde zusammen mit dem Bäcker M. Stein aus Schweinfurt der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, da man bei ihm und Stein, der aus Großeicholzheim stammte, Flugblätter und Plakate der KPD gefunden hatte, die er allerdings nach dem Verbot der Verteilung solcher Flugblätter durch die Verordnung des Reichspräsidenten in einem Rucksack bei einem anderen Bewohner Kleineicholzheims unterbrachte, ohne daß dieser von dem Inhalt wußte. Wegen Aufbewahrung von Flugblättern, die u. a. zum Sturz der Regierung und zur gewaltsamen Änderung der Reichsverfassung und zu Massenstreik aufriefen, wurde Angstmann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, Stein zu zwei Monaten. Die Schutzhaft wurde wegen der Gefängnisstrafe unterbrochen²²⁶.

Der Einschüchterung sollten die am 20. März durchgeführten Hausdurchsuchungen bei elf Personen, wohl alle SPD- bzw. KPD-Mitglieder, im Bezirk dienen. In einer streng vertraulichen Anweisung des Badischen Landespolizeiamtes vom 17. März²²⁷ wurden überfallartige Durchsuchungen, die auch in anderen Bezirken

224 Vgl. auch *F. Hundsnurscher/G. Taddey: Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale.* (1968); GLA 338/805; GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 86, 86a, 93, 94, 94a.

225 GLA 338/805, fol. 43, 44.

226 GLA 338/805, fol. 60; vgl. GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 86.

227 GLA 338/805, fol. 91.

Badens schon vorher durchgeführt worden waren, für den 20. März um fünf Uhr morgens angeordnet: diejenigen Wohnungen und Wohnviertel, in denen man Waffen oder anderes belastendes Material vermutete, sollten durchsucht werden. SA- oder SS-Männer sollten hierbei, sofern die örtlichen SA-Führer sich einverstanden erklärten, »zu Absperrzwecken« herangezogen werden.

Durchsuchungen wurden bei dem jüdischen Händler und SPD-Gemeinderat Siegfried Rosenthal in Großeicholzheim vorgenommen, der anschließend festgenommen wurde, obwohl nichts Belastendes gefunden worden war. Auch die Wohnung des kaufmännischen Angestellten und KPD-Mitgliedes Bloch aus Großeicholzheim wurde durchsucht; dasselbe geschah in der Wohnung des zu diesem Zeitpunkt inhaftierten Emil Eppel in Merchingen und in der Wohnung des Schreiners Robert Link in Schlierstadt. Die Namen der übrigen werden nicht genannt. Die Gendarmerie fand bei diesen Durchsuchungen, wie sie am 21. März an das Landespolizeiamt meldete, nur ein Jagdgewehr, das allerdings den Vermietern des Robert Link gehörte, sowie eine Pistole und Munition, für die aber ein Waffenschein vorhanden war. Flugschriften und Druckschriften der KPD aus der Zeit vor dem 5. März wurden ebenfalls gefunden und beschlagnahmt²²⁸. Ob die Kreisleitung der NSDAP die Namen derjenigen, deren Wohnungen durchsucht wurden, dem Bezirksamt übergab, wie Scheurich für Wertheim berichtet²²⁹, ist nicht bekannt.

Am 11. Mai kam es erneut zu einer Durchsuchung bei dem SPD-Vorstandsmitglied der Ortsgruppe, Otto Rappold, aus Sennfeld, wobei Bücher und 80 Pfennig aus der Kasse der Ortsgruppe beschlagnahmt wurden²³⁰. Eine wahre Welle von Durchsuchungen wurde dann für den 21. Juni im Auftrag des Bezirksamtes in Sennfeld angeordnet. Betroffene waren wieder SPD-Mitglieder und jüdische Bürger. Insgesamt wurden 33 Wohnungen nach Flugblättern, Schriften und Waffen durchsucht. Gefunden und beschlagnahmt wurden einige zum Teil nicht angemeldete Waffen und alte Flugblätter sowie in einem Fall das »Kommunistische Manifest«²³¹. Der Erfolg erscheint im Vergleich zum Aufwand sehr gering; doch dürfte der psychische Druck auf die derart Betroffenen sehr hoch gewesen sein. Auch die jüdische Bevölkerung mußte schon bald den von der NSDAP ausgeübten Druck spüren. Für die Zeit vor 1933 wird zumindest aus einigen Gemeinden ein gutes Verhältnis zwischen jüdischer und christlicher Bevölkerung berichtet²³². In Groß- und Kleineicholzheim sowie in Sennfeld waren Juden im Gemeinderat vertreten. Über Ausschreitungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung vor 1933 liegen für den Amtsbezirk Adelsheim kaum Berichte vor; aktenkundig wurde nur ein Vorfall in Hüngeheim im Jahr 1932, als es bei der Zwangsversteigerung eines Pferdes, die der jüdische Händler Mannheimer aus Heilbronn vornehmen ließ, zu

228 GLA 338/805, fol. 93 bis 97.

229 Scheurich, S. 72.

230 GLA 338/805, fol. 156.

231 GLA 338/805, fol. 188 bis 195.

232 So etwa für Kleineicholzheim, Merchingen, Sennfeld, Krauthem und Eubigheim; vgl. *Hundsnurscher/Taddey* für die jeweiligen Gemeinden.

verbalen Drohungen und einzelnen »Heil«-Rufen gegenüber dem jüdischen Händler kam und dadurch die Versteigerung verhindert wurde²³³.

Noch vor dem Verbot des Schächtens durch das »Gesetz über das Schlachten von Tieren« vom 21. April 1933²³⁴, das das Schlachten von Tieren ohne Betäubung vor der Blutentziehung untersagte – beim rituellen, jüdischen Schächten läßt man die Tiere ohne vorherige Betäubung nach einem Schnitt in den Hals ausbluten –, verlangte der Adelsheimer Ortsgruppenleiter am 14. März, daß das Schächten für den Bezirk verboten werden sollte. Der Bürgermeister von Adelsheim hätte dies, wie er erklärte, schon am Tag zuvor für die Gemeinde Adelsheim verboten²³⁵. Das Bezirksamt erklärte dem Ortsgruppenleiter zwar, daß dies nicht möglich sei, da ein solches Verbot nur über den Weg der Gesetzgebung vorgenommen werden könne; aber »im Hinblick auf die Lage« wollte man es dem Judenlehrer Bloch²³⁶ doch verbieten. Für den Fall, daß er gegen dieses Verbot handele, ließ man Bloch wissen, daß er Gefahr laufe, in Schutzhaft genommen zu werden. Doch dem Ortsgruppenleiter reichte dieses Verbot nicht. Er verstärkte den Druck auf die Verwaltung. Noch bevor das Verbot nämlich überhaupt gegenüber dem Judenlehrer ausgesprochen werden konnte, meldete er, daß sich vor seinem Haus eine 100köpfige Menge versammelt habe, die kaum noch zurückgehalten werden könne. Daraufhin ordnete man telefonisch das Verbot des Schächtens für Bloch an, der sich zu dieser Zeit in Sennfeld befand; falls dieser sich weigerte, sollte man ihn sogar unter Gewaltanwendung an der Ausübung des Schächtens hindern. Als Bloch schließlich auf dem Bezirksamt erschien, erklärte er sich sofort bereit, das Schächten bis auf weiteres zu unterlassen²³⁷. Der Druck von unten hatte somit in diesem Fall ausgereicht, um das Bezirksamt zu antijüdischen Maßnahmen zu zwingen, ohne daß im Grunde ausreichende gesetzliche Vorlagen dazu vorhanden waren. Einige Tage später, am 19. März – immer noch vor der Verabschiedung des Gesetzes –, wurden die Schächtmesser auch bei den anderen Judenlehrern des Bezirks eingezogen²³⁸.

Der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April des Jahres wurde wohl überall befolgt²³⁹. Genauere Nachrichten liegen allerdings nur für die Amtsstadt Adelsheim vor, wo der Tag ohne Zwischenfall verlief. Der Ortsgruppenleiter hielt am Abend eine Hetzrede gegen die Juden. Das Schächtverbot wurde in der Folge von ihm streng gehandhabt; an Samstagen ließ er außerdem die Bänke in den öffentlichen Anlagen entfernen, so daß sie von den jüdischen Bürgern am Sabbat nicht benutzt werden konnten. Leute, die noch weiterhin in den jüdischen Geschäften kauften, stellte er auf offener Straße zur Rede²⁴⁰.

233 GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 87 und 87d.

234 RGBl. 1933, S. 203.

235 Darüber finden sich aber keine anderen Hinweise.

236 Nur Bloch als Kultbeamter durfte das Schächten der nach dem jüdischen Religionsgesetz reinen Tiere ausführen.

237 GLA 338/805, fol. 45.

238 Ebenda, Rückseite.

239 E. Weiß: Jüdisches Schicksal im Gebiet zwischen Neckar und Tauber. (1979) S. 17.

240 Nach *Hundsnurscher/Taddey*, S. 34.

In Merchingen wurden die jüdischen Händler Nathan Ostheimer und Nathan Fleischhacker von Mitgliedern der Ortsgruppe Merchingen der NSDAP zur Zahlung von 600 bzw. 800 Reichsmark aufgefordert – Beträge, zu deren Zahlung dieselben NSDAP-Mitglieder vor 1933 gerichtlich verurteilt worden waren. Nathan Ostheimer war 1927 von dem damaligen Ortsgruppenleiter in Adelsheim in einer Gastwirtschaft nach einem Wortwechsel geohrfeigt worden, worauf Ostheimer ihn wegen tätlicher Beleidigung verklagt hatte. In dem anderen Fall hatte Fleischhacker eine Privatklage gegen einen SA-Mann erhoben, da dieser das falsche Gerücht in Merchingen verbreitet hatte, er, Fleischhacker, habe bei seinem Nachbarn, dem Bruder des SA-Mannes, Feuer gelegt. Jetzt, im Jahr 1933, sollten die beiden jüdischen Händler das Geld, zu deren Zahlung die NSDAP-Mitglieder verurteilt worden waren, wieder zurückzahlen.

Die Merchinger Mitglieder hatten dazu die Rückendeckung des Kreisleiters und des Sturmbannführers, die sie wahrscheinlich auch zur Durchführung ihres Racheaktes ermunterten. In zwei Briefen wurde Ostheimer zur Zahlung aufgefordert; Ostheimer beugte sich der Erpressung. Im Fall Fleischhackers erschienen der ehemals Beklagte mit einem weiteren SA-Mann bei Fleischhackers Frau, als sich dieser in Schutzhaft befand. Sie drohten ihr, daß ihr Mann bei Verweigerung der Zahlung noch länger in Schutzhaft bleiben müsse; die Entscheidung hierüber läge beim Gauleiter, der noch am selben Abend über die erfolgte Zahlung Bescheid haben müsse. Nach einer erneuten Drohung durch die beiden SA-Männer und einem Brief vom 11. April – Fleischhacker war mittlerweile wieder aus der Schutzhaft entlassen worden – zahlte der Bruder Fleischhackers schließlich die geforderte Summe, um in Ruhe gelassen zu werden. Die beiden SA-Männer wurden allerdings, nachdem die Staatsanwaltschaft von den Vorfällen erfahren hatte, wegen Erpressung angeklagt. Das Verfahren wurde 1934 eingestellt, nachdem die Rückzahlung des erpreßten Geldes erfolgt war. Die beiden Angeklagten hatten sich damit entschuldigt, daß die Vorkommnisse im Übereifer der ersten Tage der Revolution geschehen seien, und sie darüber hinaus auf dienstlichen Befehl ihres Sturmbannführers und im Einverständnis mit dem Kreisleiter gehandelt hätten²⁴¹. Die Vorfälle in Merchingen machen deutlich, daß von seiten der NSDAP im Verlauf der Machtergreifung versucht wurde, alte Rechnungen zu begleichen bzw. Vorkommnisse in der Vergangenheit, bei denen man sich benachteiligt gefühlt hatte, zu rächen. In diesem Sinn äußerte sich auch einer der SA-Männer in dem Brief an Fleischhacker, in dem er seine Forderungen gestellt hatte: »Wir Nationalsozialisten haben die Macht, und werden sie so anwenden, wie sie gegen uns vorher angewandt wurde«²⁴². Ähnliches sollte auch bei der Ausschaltung von Bürgermeistern geschehen.

241 GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 89; der Richter, der dieses Verfahren am Amtsgericht Buchen leitete, wurde im übrigen versetzt, da er den Wünschen des Standartenführers Koch als Vorgesetzter der SA-Männer nicht nachkam; Koch wollte »in sehr schroffer Weise« auf den Richter während des Verfahrens einwirken. Vgl. Brief des Richters vom 8. 2. 1934 (ebenda).

242 GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 89, S. 19.

Die genannten Vorfälle weisen auf einen wichtigen Aspekt der nationalsozialistischen Machtübernahme hin: die Einschüchterung des ideologischen und des politischen Gegners (Juden, SPD, KPD) erfolgte auf zwei Ebenen. Einerseits gab es staatlich verordneten Terror, wie die vom Landespolizeiamt verfügten Durchsuchungen zeigen; die Revolution wurde von oben her durchgesetzt. Auf der anderen Seite aber erzwang Druck von unten, d. h. von unteren Parteiebenen, die sich, wie die Vorgänge in Adelsheim vor Erlaß des Schächtverbotes zeigen, auch auf die sog. »Meinung des Volkes« beriefen, Entscheidungen der Staatsgewalt, die zwar nicht legal waren, die man aber »im Hinblick auf die Lage« zu treffen müssen glaubte. Damit war der Terror, der auch die der NSDAP innewohnende Auffassung vom Wesen der Gewalt und damit die Fortführung der »Kampfzeit« der NSDAP als Selbstzweck ausdrückte, vor allem Mittel zum Zweck; politische Entscheidungen wurden so vorbereitet und vorangetrieben²⁴³.

Auch der BB war zusehends Drohungen ausgesetzt. Durch politische Anschuldigungen gegenüber dem Verleger und durch wirtschaftliche Maßnahmen wurde versucht, dem BB die bisherige Unabhängigkeit zu nehmen. Im Zusammenhang mit der Affäre um den Leibenstädter Bürgermeister Vogel, der im BB wenige Tage nach seinem erzwungenen Rücktritt eine Anzeige veröffentlichen ließ, in der er nationalsozialistischen Kreisen in Leibenstadt Verleumdung vorwarf²⁴⁴, rückte auch der BB, weil er diese Anzeige veröffentlichte, in das Interesse der NSDAP. Die nationalsozialistische Zeitung »Die Volksgemeinschaft«, die in Heidelberg erschien und in Zukunft dem BB zunehmend Leserkreise wegnehmen sollte²⁴⁵, veröffentlichte darauf einen Artikel, der sich in der Hauptsache gegen Bürgermeister Vogel wandte; aber auch der Verleger des BB, Haag, wurde dort kritisiert. Er habe es aus politischen Gründen abgelehnt, die Gegenerklärung des Stützpunktes Leibenstadt ohne weiteres abzudrucken. Gleichzeitig wurde dazu aufgerufen, nur die nationalsozialistische Parteipresse zu lesen²⁴⁶. In seiner Gegendarstellung vom 21. Juni 1933 entkräftete Haag zwar die Vorwürfe der Leibenstadter Nationalsozialisten, auch stellte sich in einer persönlichen Aussprache heraus, daß die Äußerungen Haags durch den Überbringer der Gegenerklärung des Leibenstadter Stützpunktes zu der Erklärung von Bürgermeister Vogel völlig entstellt wiedergegeben worden waren; aber offenbar war dies noch nicht das Ende der Angriffe und Vorwürfe von nationalsozialistischer Seite auf den BB. Am 8. August sah sich der angesehene Ehrenbürger Adelsheims und Karlsruher Regierungsrat Gottlieb Graef veranlaßt, für den BB einen längeren Artikel über die Geschichte des BB zu verfassen. Darin geht er auch auf das Jahr 1933 ein, wobei dieser Teil ein Drittel des gesamten Artikels in Anspruch nimmt. Mit Zitaten des thüringischen Reichstatthalters Sauckel, nach dessen Aussage es gegen den Willen des Führers sei,

243 Adam: S. 46; vgl. auch Sauer: Die Mobilmachung der Gewalt (Bd. 3 von Bracher/Schulz/Sauer) S. 11. ff.

244 Darüber wird später ausführlicher die Rede sein.

245 Vgl. Schneider, S. 152f.

246 Der Artikel wurde in der Gegendarstellung Herrn Haags im BB vom 21. 6. 1933 nachgedruckt.

wenn zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Deutschlands bereite Zeitungen bedrängt würden, und es ein Verbrechen sei, wenn die nationalsozialistische Presse der Heimatpresse mit örtlichen Organen Konkurrenz machen wolle, versuchte Graef für den BB einzutreten. Man könne dem Blatt keinen Vorwurf daraus machen, daß es vor 1933 nicht ausgesprochen nationalsozialistisch eingestellt war, genausowenig wie den Millionen deutscher Männer, die der »mittlerweile als Heil und Rettung Deutschlands erkannten bewunderungswerten Bewegung« damals auch nicht näher gestanden hätten. »Es wäre tief zu beklagen, wenn, wie es schon den Anschein hatte, dem Bauländer Boten hieraus eine Schädigung erwachsen, oder wenn gar seine Existenz dadurch in Frage gestellt werden sollte«²⁴⁷. In dem Artikel ist zwar eine gewisse Anbiederung nicht zu verkennen, aber sie wird verständlich, wenn man die bedrohte Existenz des BB, die offensichtlich ist, in Rechnung stellt.

Die Diffamierungen wurden fortgesetzt, denn im November erschien hierzu eine Anzeige auf Seite zwei des BB. Demnach waren offenbar Leser des BB von in Parteiuniform auftretenden Werbern anderer (Partei-)Zeitungen dazu gedrängt oder gezwungen worden, »bestimmte Zeitungen« – damit ist sicherlich der BB gemeint – abzubestellen. An die Leser ergeht in dieser Anzeige der Aufruf, sich nicht durch Zudringlichkeiten einschüchtern zu lassen, denn auch die Nichtpartei-presse stehe unter dem Schutz des Staates²⁴⁸. Einige Tage später erfolgte ein ähnlicher Aufruf. Dem kann indirekt entnommen werden, daß eine falsche Nachricht verbreitet worden war, wonach jeder eine bestimmte – nationalsozialistische – Zeitung zu abonnieren habe und dies sogar Pflicht sei:

»Falsch ist, wie wiederholt bekannt gegeben wurde, die Behauptung, man ›muß‹ ein Blatt abonnieren. Man muß gar nicht! Im Gegenteil. Jeder kann ruhig die Zeitung lesen, die ihm zusagt! Und derjenige macht sich nach den behördlichen Anweisungen strafbar, der einen unzulässigen Zwang auszuüben versucht. Also bleiben Sie weiterhin treuer Leser des ›Bauländer Boten‹«²⁴⁹.

Hier kämpfte ein Verleger um das Überleben seiner Zeitung. Zusätzlich wurde dem BB zum 1. Januar 1934 die Funktion als Amtsblatt für den Amtsbezirk Adelsheim genommen und der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« übertragen. Die Überlassung der amtlichen Bekanntmachung zu kostenlosem Abdruck war in diesem Zusammenhang bestimmt kein Trostpflaster, da wichtige Einnahmen verloren gegangen sein dürften²⁵⁰.

Der BB konnte sich im Gegensatz zu anderen Regionalzeitungen des Baulandes bis zum 31. Mai 1941 halten und wurde erst im Zuge der Kriegsbewirtschaftung eingestellt; aber er verlor nach und nach sein vertrautes Aussehen²⁵¹. Eigenverant-

247 BB 8. 8. 1933.

248 BB 16. 11. 1933.

249 BB 20. 11. 1933.

250 BB 28. 12. 1933.

251 *Schneider*: S. 153, vgl. auch S. 140; von den von Schneider genannten acht Zeitungen des badischen Hinterlandes, die auch während der Weimarer Republik erschienen, stellten sechs ihr Erscheinen 1933 bzw. 1936 ein.

wortliche Berichte wurden immer seltener; Einleitungen wie »es wird uns berichtet ...« lassen dies erkennen. Wie weit diese Beschränkung der redaktionellen Selbständigkeit ging, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Doch die Tendenz zum Abdruck von von Nationalsozialisten geschriebenen Artikeln gerade bei politischen Ereignissen im Bezirk ist unverkennbar. Auch dadurch wurde die Beeinflussung der Gesellschaft, hier der Leserschaft des BB, im nationalsozialistischen Sinn zu erreichen versucht, und der BB im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda eingesetzt²⁵².

5. Die Gleichschaltung der Verwaltung

5.1. Gesetzliche Grundlagen

Der pseudolegale Rahmen der nationalsozialistischen Machtergreifung zeigte sich auch bei der Gleichschaltung der Verwaltung, bei der ebenfalls terroristische und legale Maßnahmen nur schwer unterscheidbar ineinander übergingen. Neue Gesetze wurden verabschiedet, die eigentlich nicht mehr in den Rahmen eines Rechtsstaates paßten; aber sie waren »legal«²⁵³ und setzten schließlich den Führungsanspruch der NSDAP durch. Die NSDAP wurde so zur maßgeblichen Kraft in allen Bereichen.

Es soll hier nur auf die wichtigsten Gesetze in diesem Prozeß eingegangen werden, die die kommunale Ebene betreffen und Mittel zur Ausschaltung solcher Personen boten, die der NSDAP wegen ihrer politischen Einstellung als nicht tragbar erschienen.

Das wohl wichtigste Gesetz stellte das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (Berufsbeamtengesetz) vom 7. April 1933 dar²⁵⁴. Dieses Gesetz ermöglichte, bezogen auf die Bezirks- und Gemeindeebene, die Entlassung unliebsamer Beamter, aber auch Angestellter in der Bezirks- und Gemeindeverwaltung; es erstreckte sich aber auch auf Körperschaften des öffentlichen Rechts, auf Sparkassen und Ortskrankenkassen. Auch Gemeinderäte wurden aufgrund dieses Gesetzes überprüft. Durch seine generalisierenden Bestimmungen – § 4 besagte z. B., daß Beamte, »die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltslos für den nationalen Staat eintreten«, entlassen werden müßten – bot dieses Gesetz die Möglichkeit, solche Maßnahmen, die das Beamtenrecht und rechtsstaatliche Prinzipien verletzten, auch nachträglich zu legalisieren; gleichzeitig war es eine Rechtfertigung aller kommenden Willkürmaßnahmen, denen hierdurch Tor und Tür geöffnet wurden²⁵⁵.

Das »Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« vom

252 Vgl. hierzu *Frei*, S. 167 ff.

253 Vgl. *Hildebrand*, S. 4 und 24; *Bracher*, Diktatur, S. 210.

254 *RGBl.* 1933, S. 175 ff.

255 Vgl. *Bracher*, Stufen der Machtergreifung, S. 242; ausführlich beschäftigt sich *H. Mommsen*: *Beamtenrecht im Dritten Reich*. (1966) mit dem Berufsbeamtengesetz.

31. März 1933²⁵⁶ ermächtigte die Landesregierungen, auch Gesetze nach Verfahren zu beschließen, die in den Landesverfassungen nicht vorgesehen waren, und bot Handhabe, die Landtage aufzulösen. Eine Neubildung der Landtage sollte nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom 5. März erfolgen. Dementsprechend wurden auch die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, wozu auch die Kreis- und Bezirksräte zählten, aufgelöst und wieder neugebildet (§ 12). Die Zahl der Gemeinderäte wurde beschränkt (§ 13). – Die badische Regierung erließ hierzu insgesamt fünf Durchführungsgesetze. Erlasse des Reichskommissars und der badischen Regierung, auf die im Verlauf der Darstellung eingegangen werden soll, ergänzten die Maßnahmen.

Mit der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) von 1935²⁵⁷ verschaffte sich die NSDAP besonders mit dem Amt des »Beauftragten der Partei«, das meistens vom Kreisleiter ausgeübt wurde, schließlich die Kontrolle der Gemeindeverwaltung. Bürgermeister und Gemeinderäte sowie die neueingeführten Beigeordneten wurden von nun an von der NSDAP, d. h. durch den Parteibeauftragten, berufen (§§ 41, 51); darüber hinaus mußten die Bürgermeister ein Bewährungsjahr hinter sich bringen, nach dessen Ablauf eine endgültige Entscheidung über sein Verbleiben im Amt herbeigeführt wurde (§ 45, 2). Allein dadurch wurde der Berufung der NSDAP mißliebiger Bürgermeister ein Riegel vorgeschoben.

Mit der DGO wurde das Führerprinzip auch in der Gemeinde verwirklicht; nach § 32 führte der Bürgermeister die Verwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung; den Gemeinderäten blieb nur noch das Recht, sich zu den Gemeindeangelegenheiten zu äußern (§§ 55, 57). Ein zeitgenössischer Kommentator meinte hierzu, daß der Führer der Gemeinde der Bürgermeister sei, die Beigeordneten aber seine wichtigsten Gehilfen. Bei der klaren Herausstellung des Führerprinzips käme es darauf an, wer in der Gemeinde dieses Amt innehatte. Dem Bürgermeister sei soviel Macht gegeben, daß er damit auch die volle Verantwortung trage²⁵⁸.

Doch konnte der Bürgermeister nicht auf seine von der DGO eingeräumte Unabhängigkeit vertrauen; die Kontrolle der Partei war zu stark. Parteiämter, die Bürgermeister und Gemeinderäte innehatten, banden sie zuerst an die Parteidisziplin, so daß der NSDAP sehr große Möglichkeiten der Einwirkung in die Gemeindeverwaltung offenstanden. Und da die Gemeinderäte von der NSDAP berufen wurden, waren diese vor allem auch Vertrauensleute der Partei²⁵⁹.

256 RGBl. 1933, S. 153f.

257 RGBl. 1935, S. 49ff.

258 W. Sommer: Die NSDAP und die Gemeinde. (1935) S. 20f.

259 Zur DGO vgl. besonders Matzerath, S. 105ff.; auch P. Diehl-Thiele: Partei und Staat im Dritten Reich. (1969) S. 155; O. Ziebill: Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung. (2. Auflage 1972) S. 34ff.

5.2. Die Gleichschaltung auf Bezirksebene²⁶⁰

Die Gleichschaltung der Bezirksverwaltung brachte der NSDAP die Kontrolle der untersten staatlichen Verwaltungsebene und damit der den Gemeinden nächsthöheren Instanz. Doch gab es in der personellen Zusammensetzung des Bezirksamtes im Zuge der Machtergreifungs- und Gleichschaltungsphase nur wenige Veränderungen. Der Landrat Dr. Bierneisel, der erst seit Ende 1932 im Amt war, wurde in der zweiten Maihälfte beurlaubt und nach Rastatt versetzt. Die Dienstgeschäfte übernahm vertretungsweise der Mosbacher Landrat Rothmund, bis schließlich am 25. August 1933 Regierungsrat Albert Englert zum neuen Landrat ernannt wurde und nach dem Wegzug Dr. Bierneisels die Dienstgeschäfte am 16. Oktober übernahm²⁶¹. Ansonsten ergaben sich in der Verwaltung des Bezirksamtes offenbar keine Veränderungen. Selbst die beiden SPD-Mitglieder, die dort beschäftigt waren, der Verwaltungsinspektor und Adelsheimer Gemeinderat Storz sowie der Angestellte Haas, konnten offensichtlich im Amt bleiben. Landrat Dr. Bierneisel hatte sich in einer Beurteilung für ihr Verbleiben im Bezirksamt ausgesprochen²⁶². Aufgrund des Berufsbeamtengesetzes wurde aber der Bezirksarzt Dr. Jäger entlassen. Grundlage hierfür war § 2 dieses Gesetzes, wonach Dr. Jäger »ohne die für (seine) Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung« ins Beamtenverhältnis aufgenommen worden wäre; allerdings ist über die näheren Umstände seiner Entlassung nichts bekannt. Die Bezirksarztstelle wurde im September ganz aufgehoben²⁶³.

Der Geschäftsführer der Bezirkssparkasse Adelsheim wurde beurlaubt und trat im Juni 1933 von seinem Amt zurück²⁶⁴. Im Dezember wurde der bisherige Gegenbuchführer zum neuen Geschäftsleiter ernannt²⁶⁵. Die übrigen Beamten und Angestellten der Sparkassen im Bezirk erschienen den Vertrauensmännern, die zur Prüfung im Sinne des Berufsbeamtengesetzes eingesetzt worden waren, als zuverlässig²⁶⁶. Größtes Interesse erweckte bei der NSDAP aber die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) in Adelsheim, deren Geschäftsführer Karl Huß Bezirksvorsitzender der SPD war. Schon am 1. April war durch den badischen Sonderkommissar für Gewerkschaftsfragen und Sozialversicherungen, Plattner, Kreisleiter Senft zum Hilfskommissar für die AOK Adelsheim ernannt worden, der sofort mit der Überprüfung der Kasse begann²⁶⁷. Am 22. Mai wurden der Vorsitzende, der Vorstand und der Ausschuß der AOK ihres Amtes enthoben; die Gesamtleitung wurde dem Sturmbannführer Grosse bis auf weiteres übertragen²⁶⁸. Grund für die

260 Für diesen Teil der Untersuchung können nur beschränkte Angaben gemacht werden, da Nachrichten über eventuelle Gleichschaltungsmaßnahmen nur unvollständig und zum Teil nur indirekt vorliegen.

261 BB 3. 6. 1933 bzw. 18. 10. 1933.

262 GLA 338/86a: Schreiben an den Reichskommissar vom 31. 3. 1933.

263 GLA 338/86a: abschließender Bericht (ohne Datum); BB 8. 9. 1933.

264 BB 1. 7. 1933; GLA 338/86a.

265 BB 1. 12. 1933.

266 Die Vertrauensleute waren neben Landrat Rothmund der Kreisleiter Senft und der Eisenbahnwerkmeister Schwarz aus Osterburken.

267 BB 1. 4. 1933.

268 BB 27. 5. 1933.

Entlassung des Geschäftsführers sowie eines Krankenkassenkontrolleurs war ihre SPD-Mitgliedschaft; sie sollen, wie die NSDAP-Kreisleitung schrieb, nur aufgrund ihres »Parteibuches« in ihre Stellungen gekommen sein. Der Geschäftsführer Huß war demnach als Bezirks- und Ortsvorsitzender der SPD sowie als Bezirks- und ehemaliger Gemeinderat einer der schärfsten Gegner der NSDAP; er soll sich, wie die NSDAP-Kreisleitung betonte, sogar bei einem Überfall auf SA-Männer beteiligt haben, wofür aber sonst keine Angaben gefunden wurden²⁶⁹. Am 11. November 1933 wurde schließlich Willy Senft, der Bruder des Kreisleiters, zum Vollstreckungsbeamten der AOK Adelsheim bestellt.

Die Kreisversammlung und der Bezirksrat wurden aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März in ihrer bisherigen Form aufgelöst und nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März wieder neugebildet. Eine Bekanntmachung des Bezirksamtes vom 12. April²⁷⁰ forderte die Bezirks- und Kreisleitungen der Parteien auf, bis zum 25. April Wahlvorschläge für die Besetzung der fünf Kreisabgeordneten des Bezirks (bisher sieben) und der sechs Bezirksräte (bisher sieben) einzureichen. Am 29. April wurden die Sitze den einzelnen Parteien zugeordnet. Die NSDAP stellte von nun an drei Kreisabgeordnete und vier Bezirksräte, das Zentrum erhielt je zwei Sitze. SPD und Evangelischer Volksdienst, die in beiden Gremien bisher mit je einem Abgeordneten vertreten waren, gingen leer aus²⁷¹.

Auf der überörtlichen Ebene der Verwaltung änderte sich somit, sieht man von der AOK ab, relativ wenig. Dieses Ergebnis deckt sich mit der Feststellung, daß auf den den Ministerien nachgeordneten Verwaltungsstufen zunächst nur geringe Veränderungen durchgeführt wurden²⁷². Die NSDAP des Bezirks konzentrierte sich mehr auf die Weiterentwicklung der Parteioorganisation und die Erfassung der Bevölkerung in den verschiedenen Parteigliederungen (Bauernschaften, NSBO, u. a.). Überhaupt scheinen sich die Parteimitglieder mehr für die Einflußnahme auf die gemeindliche Verwaltung interessiert zu haben.

5.3. Die Gleichschaltung der Gemeindeverwaltungen

Um ihren Einfluß auf die politischen und administrativen Entscheidungen in der Gemeinde sichern zu können, mußte die NSDAP ihre eigenen Anhänger in die Gremien der Gemeindeverwaltung – neben Bürgermeister und Gemeindebediensteten zählen hierzu Gemeinderat und Bürgerversammlung – bringen. Denn nach § 18 der Badischen Gemeindeordnung hatte der Gemeinderat, der aus Bürgermei-

269 GLA 338/86a: Stellungnahme der Kreisleitung vom 19. 5. 1933.

270 BB 15. 4. 1933.

271 BB 2. 5. 1933.

272 K. Stiefel: Baden. Bd. 1 (1978) S. 354; allerdings ist seine Feststellung, daß sämtliche Landräte im Jahr 1933 ihre Ämter behielten, zu einfach, da, wie das Beispiel Adelsheim zeigt, es zu Veränderungen in der Verwaltung in Form von Versetzungen gekommen ist. Nach Tellenbach, von 1934 bis 1936 Landrat in Pfullendorf und anschließend bis 1945 Landrat in Tauberbischofsheim, beschränkten sich die Personalveränderungen innerhalb der badischen Verwaltung auf Bezirksebene auf die Versetzung einiger Landräte und auf nur wenige Dienstentlassungen von Beamten. Vgl. K. Tellenbach: Die Badische Innere Verwaltung im Dritten Reich. In: ZGO 134 (1986) S. 385.

ster und sechs bis vierundzwanzig Gemeinderäten bestand, die Aufgabe, die Gemeinde zu vertreten und ihre Angelegenheiten zu verwalten. Das Amt des Bürgermeisters, dem die Leitung der gesamten Gemeindeverwaltung unterstellt war (§ 42), war dabei für die Partei die wichtigste Position, die mit einem zuverlässigen Mann besetzt werden mußte²⁷³.

Mit der Frage, ob die bisherigen Inhaber der Bürgermeister- und Gemeinderatsämter in ihrem Amt verbleiben konnten, ist die Frage nach dem Austausch der Machteliten auf dem Dorf eng verbunden. Durch die Verteilung der Gemeindeämter entschied sich am ehesten, wer die Macht im Dorf besaß²⁷⁴. Man kann wohl davon ausgehen, daß nur solche Männer – es gab keine weiblichen Gemeinderäte im Bezirk – in das Amt des Bürgermeisters bzw. eines Gemeinderates gewählt wurden, die das Vertrauen eines großen Teiles der Bevölkerung genossen und die folglich auch größeren Einfluß im Gemeindeleben ausübten. Diese Männer aus ihren Ämtern zu verdrängen, wenn sie der NSDAP nicht nahestanden, mußte das Ziel der Partei sein; denn dadurch erst gelang ihr die Demonstration ihrer Macht und ihres Einflusses auch in der kleinsten administrativen Einheit, der Gemeinde. Dadurch, daß an der Spitze der Gemeindeverwaltung auf dem Rathaus eine neue Person eingesetzt war, die vielleicht sogar dort in der Parteiform erschien, mußte jedem Bürger klar werden, daß eine Änderung der politischen Verhältnisse eingetreten und daß jetzt die NSDAP zur Macht gelangt war. Die Demonstration dieser Macht gelang am besten auf dem Rathaus als der politischen Schaltzentrale der Gemeinde und dem Platz, wo jeder Bürger irgendwann einmal zur Regelung eigener Geschäfte erscheinen mußte²⁷⁵.

5.3.1 Der Austausch an der Gemeindegspitze (Bürgermeister)

In einem Schreiben an die Bezirksämter vom 6. Mai 1933 zum »Vollzug des Zweiten Gesetzes zur Durchführung der Gleichschaltung von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Baden«²⁷⁶ gab Wagner Anordnungen zur Behandlung des Bürgermeisteramtes:

»Die Regierung ist entschlossen, das wichtige Amt des Bürgermeisters nur solchen Personen anzuvertrauen, die die volle Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit und rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten. Die Entscheidung darüber, ob diese Gewähr gegeben ist, kann nur von Fall zu Fall getroffen werden; sie hängt nicht von der Parteizugehörigkeit, sondern von der Beurteilung ab, die die Persönlichkeit des Bürgermeisters bei der national gesinnten Bevölkerung und bei den vorgesetzten Behörden findet...«²⁷⁷

Bei den Bürgermeistern, die noch im Amt waren, sollte dieser Grundsatz durch eine Überprüfung anhand der Gesichtspunkte verwirklicht werden, die das Berufs-

273 Badische Gemeindeordnung: GVBl. 1922, S. 183ff.

274 Broszat/Fröhlich: S. 562.

275 Vgl. auch Broszat/Fröhlich: S. 553, die auf den Aspekt der optischen Repräsentierung der Partei durch die politischen Leiter in halbwegs vorschrittsmäßiger Dienstkleidung eingehen.

276 Vom 4. 5. 1933, GVBl. 1933, S. 79f.

277 GLA 338/86, auch 86a.

beamtengesetz bot – die Regierung bzw. die NSDAP auf Bezirks- und Ortsebene zeigten in der Tat die Entschlossenheit, nur ihnen genehme Personen im Amt zu belassen bzw. solchen das Amt zu übertragen.

In den einzelnen Gemeinden des Bezirks übten vor der Machtergreifung zum überwiegenden Teil Männer, die politisch eher rechts standen, bzw. Parteianghörige des Zentrums das Amt des Bürgermeisters aus. Es gab nur einen Bürgermeister, der SPD-Mitglied war: Bürgermeister Zimmermann war im Juli 1929 in Sennfeld mit großer Mehrheit zum Bürgermeister und Ratschreiber gewählt worden, obwohl er kein Einwohner Sennfelds war²⁷⁸. Er gehörte zu den wenigen Bürgermeistern, die ihr Amt erstmals nach 1928 antraten; der größte Teil war schon zu einer Zeit gewählt worden, als die NSDAP nur wenige Anhänger hatte. Die Bürgermeister in Bronnacker, Oberndorf und Hohenstadt hatten ihr Amt sogar schon lange vor dem Ersten Weltkrieg übernommen (1902/1901/1908). Einen Sonderfall stellte die Amtsstadt Adelsheim dar: bei der dort stattfindenden Bürgermeisterwahl im Jahr 1930 hatte keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigen können, so daß nach drei erfolglosen Wahlgängen auf Wunsch der Stadt durch den badischen Innenminister ein kommissarischer Bürgermeister ernannt worden war.

Nur in den Gemeinden Adelsheim – die Amtszeit des kommissarischen Bürgermeisters lief nach zweimaliger Verlängerung Ende Mai 1933 ab –, Erlenbach und Oberwittstadt sollten im Jahr 1933 regulär Bürgermeisterwahlen stattfinden. In allen anderen Gemeinden mußten die der NSDAP nicht genehmen Bürgermeister auf andere Weise aus ihrem Amt gedrängt werden.

Das geschah meistens folgendermaßen: Der Bürgermeister wurde bis auf weiteres beurlaubt bzw. mußte seinen ihm zustehenden Jahresurlaub antreten. Seine Stellvertretung wurde an ein NSDAP-Mitglied übertragen, oft indem die geordnete Stellvertretung übergangen wurde. Zum Teil war dieser Stellvertreter schon vor Antritt des Urlaubs durch den Bürgermeister kommissarisch der Gemeindeverwaltung beigeordnet worden. Derartig unter Druck gesetzt, wahrscheinlich mit Vorwürfen von nationalsozialistischer Seite überhäuft²⁷⁹, legten die meisten Bürgermeister ihr Amt »unter Druck der Verhältnisse« nieder, wie die stereotype Erklärung für den Rücktritt hieß. Die Einsetzung eines neuen Bürgermeisters erfolgte dann nach der Wahl, die durch die Gemeinde oder häufiger durch den gleichgeschalteten Bürgerausschuß vorgenommen wurde. Denn mit einer Verordnung²⁸⁰ war die Möglichkeit gegeben worden, zur Vermeidung von Störungen der öffentlichen Ordnung die Wahl nur durch den Bürgerausschuß, der aus den Mitgliedern des Gemeinderates und den Gemeindeverordneten bestand, durchfüh-

278 Er kam aus Walldürn; BB 15. 7. 1929.

279 In Oberndorf wurden dem Bürgermeister nach seiner eigenen Erklärung »eine Unmenge Vergehen ... aus Zeiten, die ganz weit zurückliegen«, vorgeworfen, und ihm gegenüber Beschuldigungen ausgesprochen in »Dingen, in denen ich ein durchaus reines Gewissen habe«. Vgl. GA Oberndorf: A 13, Rücktrittserklärung des Bürgermeisters vom 29. 6. 1933.

280 Verordnung des Innenministers vom 7. 6. 1933, vgl. Schreiben des Bezirksamts vom 7. 6. 1933, GLA 338/86.

ren zu lassen; dadurch konnte die Wahl des von der NSDAP ausgewählten Bürgermeisters von Anfang an sichergestellt werden, da die Wahl nach der Gleichschaltung der Gemeindegremien stattfand.

Es sind außerdem zwei Fälle bekannt, in denen die Bürgermeister durch einen Mißtrauensantrag aus dem Amt gedrängt wurden, den die gleichgeschalteten Gemeinderäte stellten. Es ist wahrscheinlich, daß dieses Vorgehen durch die Kreisleitung angeordnet worden war, nachdem alle vorherigen Bemühungen der NSDAP, den Bürgermeister zum Rücktritt zu veranlassen, gescheitert waren. Bürgermeister Vogel wurde vom örtlichen Stützpunktleiter in Leibenstadt zum Rücktritt aufgefordert, denn »die Kreisleitung verlange dies«. Als er sich weigerte, wurde er noch am selben Tag auf das Bezirksamt gerufen, wo ihm ebenfalls der Rücktritt nahegelegt wurde, denn eine Weigerung habe keinen Zweck, wie ihm dort gesagt wurde. Ebenfalls am Abend des selben Tages wurde schließlich der neue Gemeinderat einberufen, der den Mißtrauensantrag stellte. Derartig dem »Druck der Verhältnisse« ausgesetzt, sah Bürgermeister Vogel keine andere Möglichkeit mehr als die des Rücktritts²⁸¹.

In Ruchsen wurde der Mißtrauensantrag in der ersten Sitzung des am selben Tage erst durch den Landrat vereidigten neuen Gemeinderates eingebracht; angesichts der Tatsache, daß auch der noch anwesende Landrat dem Bürgermeister den Rücktritt nahelegte, blieb diesem nichts anderes übrig, als sein Amt aufzugeben²⁸². Bürgermeister Vogel wehrte sich im übrigen gegen eine derartige Behandlung. In einer Anzeige im BB am 13. Juni wandte er sich an die Einwohner Leibenstadts und dankte denen, die ihm offen und treu ihr Vertrauen entgegengebracht hätten. Aber den Einwohnern, »die mich in feiger, hinterlistiger Weise hintergangen und meine Person in den Schmutz gezogen haben«, sprach er seine »Anerkennung« aus; er fuhr fort, daß der Lohn, der jedem Sterblichen beschieden sei, auch bei ihnen nicht ausbleiben werde. Er reagierte also in herausfordernder Weise, ohne daß es etwas nützte. Sein Rücktritt war nur von wenigen Einwohnern Leibenstadts gewollt; als treibender Motor hinter dieser Angelegenheit stand im übrigen die Kreisleitung, die ihn ohnedies, wie aus einer Liste aller Bürgermeister des Bezirks hervorgeht²⁸³, »beanstandete«.

Insgesamt wurden 21 der 37 Bürgermeister des Bezirks, Adelsheim eingeschlossen, die im Januar 1933 im Amt waren, im Laufe des Jahres 1933 abgelöst. Hinzu kamen noch zwei weitere Wechsel in diesem Amt im Jahr 1934: in Klepsau legte der dortige Bürgermeister sein Amt aus Altersgründen nieder, obwohl er eigentlich noch nicht in einem Alter war – er war 55 –, in dem man in Pension zu gehen pflegt. Doch scheint der Rücktritt nicht unbedingt von der NSDAP herbeigeführt worden zu sein, denn es fand sich kein einheimischer Kandidat, der das Amt übernommen und/oder die Zustimmung der NSDAP erhalten hätte, da am

281 GA Leibenstadt: Akte Nr. 14. Schreiben des Rechtsanwaltes des Bürgermeisters an das Amtsgericht Adelsheim vom 7. 3. 1935 im Fall Vogel gegen die Gemeinde Leibenstadt.

282 BB 22. 5. 1933.

283 GLA 338/86a: Anlage zum Erlaß des Innenministers vom 31. 5. 1933.

20. August 1934 ein kommissarischer Bürgermeister ernannt wurde, der nicht aus Klepsau stammte. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, daß die Vornahme einer Wahl eine Störung der öffentlichen Ordnung oder eine sonstige Schädigung des öffentlichen Interesses befürchten ließe²⁸⁴. Außerdem wurde Ende 1934 in Buch ein neuer Bürgermeister ernannt: ein Obersturmbannführer der SA, der bisher an der Gemeindeverwaltung in keiner Weise (als Gemeinderat oder Gemeindeverordneter) beteiligt gewesen war, so daß der Grund für den Wechsel möglicherweise im Profilierungsstreben dieses SA-Mannes gesehen werden kann²⁸⁵.

Man kann verschiedene Gründe feststellen, die die NSDAP zur Kritik an einem Bürgermeister bewegte und dessen Ausscheiden aus dem Amt anstreben ließ. Meistens wirkten mehrere Motive zusammen.

Ein wesentliches Motiv war für die NSDAP die Mitgliedschaft in der SPD. Dementsprechend wurde Bürgermeister Zimmermann aus Sennfeld aus seinem Amt entlassen, nachdem ihm auf eine Anweisung Wagners vom 11. März hin schon die Ausübung der Ortspolizei untersagt und er am 16. März beurlaubt worden war. Er hatte zwar seiner drohenden Entlassung dadurch entgegenzuwirken versucht, daß er aus der SPD austrat und um Aufnahme in die DNVP nachsuchte; doch hatte er damit keinen Erfolg, denn die Aufnahme wurde ihm verweigert²⁸⁶. Am 15. Juni 1933 wurde er endgültig entlassen.

Überhaupt bedeutete diese Anweisung Wagners nur wenige Tage nach der Übernahme der Polizeikräfte durch ihn selbst den Startschuß zur politischen Ausschaltung der Gemeindeoberhäupter. Dieser Anweisung zufolge sollten zwar nur »in den Gemeinden, in denen die Ortspolizei in den Händen eines Marxisten liegt, ... der Landrat den Bürgermeistern die Ausübung der Ortspolizei ... untersagen und sie einem anderen geeigneten Mitglied des Gemeinderats ... übertragen«²⁸⁷, aber die Anordnung wurde auch auf die Verhältnisse in Merchingen übertragen, indem dem dortigen Bürgermeister ebenfalls die Ausübung der Ortspolizei untersagt wurde, obwohl er nach Aussage des Bezirksamtes eher der DNVP zuzurechnen war. Hier waren örtliche Streitigkeiten zwischen der NSDAP-Ortsgruppe und dem Bürgermeister ausschlaggebend. Der Bürgermeister hatte nämlich bei seiner Wiederwahl im Jahr 1928 der Ortsgruppe das Versprechen gegeben, daß diese ihre Versammlungen in den Räumen seines Gasthauses abhalten könne. Aber später hielt er sich nicht mehr an dieses mit seinem Ehrenwort bekräftigte Versprechen, wie die NSDAP beklagte²⁸⁸.

Örtliche Streitigkeiten zwischen Bürgermeister und NSDAP führten auch in Schillingstadt zur Entlassung des Bürgermeisters. Das Bezirksamt sprach von »Unstimmigkeiten mit nationalsozialistischen Kreisen«, die die Kreisleitung der

284 GA Klepsau: A 87.

285 Über die Gründe für das Ausscheiden des vorherigen Bürgermeisters liegen allerdings keine Angaben vor. GA Buch: GRP, Sitzung vom 31. 12. 1934.

286 Wenigstens bis zum 3. 4. 1933, dem Datum des Schreibens; GLA 338/79.

287 GLA 338/79.

288 In einem Schreiben der (nationalsozialistischen) Gemeindeverwaltung am 13. 4. 1934; vgl. GA Merchingen: A 104.

NSDAP dazu veranlaßt hätte, den Bürgermeister zum Antritt eines Urlaubs zu bewegen²⁸⁹. In einer Beurteilung der NSDAP-Kreisleitung wurde derselbe Bürgermeister als »ganz gefährlicher Gegner unserer Bewegung« bezeichnet²⁹⁰.

Aber nicht nur die Tatsache, daß ein Bürgermeister wie der von Sennfeld Mitglied in der SPD war, spielte bei der Ausschaltung des Bürgermeisters eine Rolle; offensichtlich sollte besonders auch in den Gemeinden mit einem hohen Anteil an SPD-Wählern die Führung im Rathaus wechseln. Der Vergleich der Wahlergebnisse legt dies nahe. Außer in Sennfeld und Merchingen wurde nämlich auch die Gemeindegemeinschaft in Korb und Grobholzheim, ebenso in Adelsheim ausgewechselt – hier wurde ein besonders fanatischer Anhänger der NSDAP neuer Bürgermeister. Engere Beziehungen zu den jüdischen Bürgern der Gemeinde und Hilfeleistungen für diese war ein weiteres Motiv für die Beurlaubung bzw. Entlassung. Der Bürgermeister von Grobholzheim wurde von der NSDAP-Kreisleitung als »Judenfreund« bezeichnet, da er, wie diese am 23. Mai 1933 in einer Beurteilung schreibt, ein falsches Protokoll unterzeichnet haben soll, um dem Grobholzheimer jüdischen Bürger und SPD-Mitglied Rosenthal zu helfen, aus der Schutzhaft entlassen zu werden²⁹¹. Auch der Merchinger Bürgermeister war einmal als »Judenfreund« bezeichnet worden.

Der noch nicht gleichgeschaltete Gemeinderat in Grobholzheim stellte sich in seiner letzten Sitzung am 13. April hinter seinen Bürgermeister; er lehnte die Verfügung des Bezirksamtes, die die Beurlaubung des Bürgermeisters und die Bestellung des nationalsozialistischen Gemeinderates und Ortsgruppenleiters zum stellvertretenden Bürgermeister bestimmte – der geordnete Stellvertreter wurde übergangen –, ausdrücklich ab. Auch in Merchingen und Schillingstadt waren die normalen Stellvertreter der Bürgermeister nach deren Beurlaubung übergangen worden und ein nationalsozialistischer, »von der Kreisleitung der NSDAP bezeichneter« Stellvertreter ernannt worden. In Schillingstadt wurde diese Regelung ebenfalls durch den Gemeinderat abgelehnt, aber aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 wurde der neue Stellvertreter doch ernannt²⁹². Eine weitere Rolle spielte das Alter der Bürgermeister. Dem Bürgermeister von Korb wurde u. a. »aus Rücksicht auf sein Alter« der Rücktritt nahegelegt; in dieser Weise begründete auch der Bürgermeister von Ruchsen seinen Rücktritt. Die Bürgermeister von Hohenstadt und Oberndorf gehörten, wie erwähnt, zu den dienstältesten Bürgermeistern des Bezirks, so daß die NSDAP, deren Mitglieder und Anhänger meistens zur jüngeren Generation zu gehören schienen²⁹³, auf eine Ablösung gedrängt haben dürfte. Diese Bürgermeister waren zu sehr noch Repräsentanten des alten »Systems«, als daß sie auch

289 GLA 338/79: Schreiben des Bezirksamtes am 3. 4. 1933.

290 GLA 338/86a: Schreiben vom 19. 5. 1933.

291 GLA 338/86a: Schreiben vom 23. 5. 1933.

292 GLA 338/79: Schreiben des Bezirksamtes vom 3. 4. 1933.

293 Die nationalsozialistischen Gemeinderäte und Gemeindeverordneten waren zu einem großen Teil nach 1890 geboren.

im »neuen« nationalsozialistischen Staat weiterhin im Amt hätten bleiben dürfen²⁹⁴.

Für die Verhältnisse in den katholischen Gemeinden des Bezirks, an deren Spitze, wie es scheint, ausnahmslos Zentrumsleute standen, gilt wohl die folgende Formulierung der Kreisleitung in bezug auf den Bürgermeister, den Ratschreiber und den Gemeindevorsteher von Schlierstadt: »Wenn unsere Bewegung in diesem Zentrumsort weiterkommen soll, müssen diese Herren unbedingt in der Versenkung verschwinden«²⁹⁵. Es zeigte sich zwar, daß auch Bürgermeister, die an der Spitze von Gemeinden standen, die mehrheitlich oder fast einheitlich für die Zentrumsleute votiert hatten, und die einen katholischen Bevölkerungsanteil von fast 100 % aufwiesen, im Amt blieben; doch handelt es sich in diesen Fällen mit Ausnahme von Osterburken um kleine bzw. sogar um die kleinsten Dörfer des Bezirks (nämlich Bronnacker, Erlenbach, Hemsbach, Horrenbach, Unterwittstadt, Winzenhofen und Zimmern). In Osterburken dürfte die »nationale Einstellung« des Bürgermeisters, die sich in der Beteiligung an der Errichtung von geheimen Waffendepots gezeigt hatte, ausschlaggebend für dessen Verbleib im Amt gewesen sein. Der Bürgermeister wurde spätestens 1934 Kreisreferent des Kreisamtes für Kommunalpolitik²⁹⁶. Man kann annehmen, daß die Kreisleitung in den genannten katholischen Dörfern auf keine anderen, ihr politisch nahestehenden Personen zurückgreifen konnte, da die Partei in diesen Dörfern zu wenig verankert war. Die Durchführung der Gleichschaltung der Gemeindeparlamente allein dürfte aus demselben Grund Schwierigkeiten bereitet haben²⁹⁷.

Allerdings gilt dieses Urteil nicht für alle kleinen katholischen Gemeinden des Bezirks. Auf die Ablösung des Bürgermeisters von Oberndorf wurde schon verwiesen, und in Hüngheim und Ballenberg wurden ebenfalls neue Bürgermeister, die der NSDAP angehörten, eingesetzt. Doch wiesen diese Gemeinden bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 einen größeren Anteil an NSDAP-Wählern auf. Der neue Bürgermeister in Oberndorf soll allerdings eine »Notlösung« für dieses Amt gewesen sein²⁹⁸.

Daß die Partei aber auf jeden Fall entschlossen war, ihre Kandidaten in den Gemeinden durchzusetzen, zeigen die Vorgänge bei der Wahl des Bürgermeisters am 30. Juli 1933 in Schlierstadt, bei der der örtliche Stützpunktleiter durch die Gemeinde zum Bürgermeister gewählt werden sollte²⁹⁹. Hatte die Kreisleitung mit ihrer Bewertung der drei leitenden Männer des Ortes (Bürgermeister, Ratschrei-

294 Allerdings wurde diese »Politik« nicht überall verwirklicht; der Bürgermeister von Bronnacker, der seit 1902 im Amt war und schon 67 Jahre zählte, konnte sein Amt über die Gleichschaltungsphase hinweg behalten. Altersgründe spielten auch anderswo eine Rolle; vgl. *Th. Schnabel*, Schwäbisch Hall, S. 194; von den drei entlassenen Bürgermeistern des Oberamtes Schwäbisch Hall wurden zwei aus Altersgründen zur Ruhe gesetzt.

295 GLA 338/86a; Schreiben der Kreisleitung vom 19. 5. 1933.

296 Vgl. GA Neunstetten: A 306.

297 Vgl. auch die Außerachtlassung einiger dieser Gemeinden während der Wahlkampagnen der NSDAP im Jahr 1932, s. o. S. 25f.

298 Mündliche Auskunft Herr Müller, Oberndorf.

299 Hierzu GA Schlierstadt: A 119.

ber, Gemeinderechner) schon eingestanden, daß die NSDAP in dieser Gemeinde nur wenig Rückhalt erwarten konnte, so mußte sie bei dieser Wahl darauf aus sein, ihren Kandidaten auf jeden Fall durchzubringen. Am Tag vor der Wahl fand eine gut besuchte Versammlung im Rathaus statt, zu der der nationalsozialistische Stützpunkt Schlierstadt eingeladen hatte. Zur Unterstützung des Kandidaten der Partei war selbst der Kreisleiter anwesend. In einer eineinhalbstündigen Rede sprach er über die Erfolge der Regierung Hitler und kündigte an, daß mit großer Sicherheit der Amtsbezirk Adelsheim drei Wochen später frei von Arbeitslosen sein werde³⁰⁰. Die anwesenden Ortseinwohner hörten seinen Ausführungen zu, ohne in der anschließenden Diskussion irgendwelche Fragen zu stellen.

Doch war man sich von seiten der NSDAP trotz des Auftritts des Kreisleiters nicht sicher, ob ihr Kandidat die erforderliche Zahl an Stimmen erhalten würde, da – offensichtlich von Zentrumskreisen – ein Gegenkandidat aufgestellt worden war. Am Wahltag erklärte dieser aber plötzlich, daß er nicht mehr kandidieren und auch eine Wahl nicht mehr annehmen werde; er sei gegen seinen Willen aufgestellt worden.

Die Vorgänge am Wahltag beweisen, daß er diese Erklärung nicht freiwillig abgab. Während der Wahl erschien der Vertrauensmann des Zurückgetretenen im Wahllokal, um zu erklären, daß dieser ohne eigene Einwilligung aufgestellt worden sei. Auch der Kandidat selbst erschien in Begleitung des Adelsheimer Ortsgruppenleiters, um seinen Rücktritt von der Kandidatur zu erklären und die auf ihn entfallenen Stimmen für ungültig erklären zu lassen.

Die Anwesenheit von zwei SA-Männern, die den Vertrauensmann begleiteten, und des Ortsgruppenleiters aus Adelsheim sprechen für sich; der Zentrumskandidat wurde zur Aufgabe seiner Kandidatur gezwungen. Das Ergebnis der Wahl brachte zwar eine Stimmenmehrheit für den nationalsozialistischen Kandidaten, der 178 der 322 Stimmen erhielt. Doch sein Rückhalt in der Bevölkerung Schlierstadts war nur gering. Sein Gegenkandidat hatte 121 Stimmen auf sich vereinigt, die nun für ungültig erklärt wurden. Zudem war die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorausgegangenen Bürgermeisterwahl im Jahr 1929 beträchtlich zurückgegangen; es wurden 100 Stimmen weniger abgegeben.

Neben der Parteimitgliedschaft des Bürgermeisters spielten auch in den katholischen Gemeinden örtliche Streitigkeiten eine Rolle. Möglicherweise war es auch ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl, das NSDAP-Mitglieder in den Gemeinden bewog, gegen die Bürgermeister vorzugehen, wobei das eigene Profilierungsstreben einzelner Parteimitglieder auch – oder gerade aus dem Minderwertigkeitsgefühl heraus – eine Rolle spielte. In Ballenberg war die Zahl der NSDAP-Wähler immer sehr gering; 1928 war in einem Artikel im BB, wie schon erwähnt, sogar die Rede davon, daß in Ballenberg außer einem zugezogenen Landwirt niemand etwas von der NSDAP wissen wolle³⁰¹. Im Zusammenhang mit einer Veranstaltung der NSDAP hatten in Ballenberg alle Gastwirte des Ortes ihre Räumlichkeiten verwei-

300 BB 31. 7. 1933.

301 BB 26. 9. 1928.

gert. Die NSDAP mußte ihre Veranstaltung daraufhin ins Freie verlegen, wobei dies in ihrem Bericht im BB propagandistisch auszunutzen verstand: sie tagte »auf historischer Stätte (= Rabenstein), wo einst vor 400 Jahren Georg Metzler die Bauern zum Freiheitskampf gegen ihre Unterdrücker aufrief«³⁰².

Die Außenseiterstellung im Dorf als »zugezogener Landwirt« und als NSDAP-Mitglied (ab 1930 Kreisabgeordneter der NSDAP) dürfte eine Rolle gespielt haben, auch in diesem Dorf trotz einer relativ geringen Anhängerschaft zu versuchen, mehr Einfluß zu gewinnen. Symbol für die Unterdrückung der NSDAP in einem Dorf, das die NSDAP-Anhänger nicht schätzte, war eben der Bürgermeister, der deshalb gehen mußte, vor allem auch dann, wenn er, wie die NSDAP-Kreisleitung schrieb,

»... die Bewegung seit 1928 bis auf den heutigen Tag mit großer Gehässigkeit bekämpfte. Er verweigerte uns den Rathaussaal, hintertrieb die Säle der Wirtschaften. Die SA beschimpfte er als Lausbuben, ließ unsere Plakate abreißen ...«³⁰³

Das Gefühl, vor der Gemeinde lächerlich gemacht worden zu sein, hatte wohl auch der Stützpunktleiter in Berolzheim, der der Gemeindeverwaltung als Kommissar beigeordnet worden war. Am 10. Mai 1933 war er vom Bürgermeister und Ratschreiber der Gemeinde im Rathaus eingeschlossen worden. Vorausgegangen war ein Streit um die Einsicht in die Akten der Gemeindeverwaltung. Bürgermeister und Ratschreiber sollen sich ihrer Tat anschließend in einem Gasthaus gerühmt haben, worauf sie auf die Beschwerde des Stützpunktleiters hin in Schutzhaft genommen wurden. Der Bürgermeister wurde sofort beurlaubt und schließlich seines Amtes enthoben; der Ratschreiber wurde in einem Dienststrafverfahren angeklagt und aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen³⁰⁴.

Das Machtstreben eines einzelnen Parteimitgliedes als zusätzliches Motiv, den Bürgermeister aus seinem Amt zu verdrängen, war nicht nur in Ballenberg wichtig. In Hüngheim mußte der Bürgermeister sein Amt »auf Druck der örtlichen Parteileitung« zur Verfügung stellen. Er war Vorsitzender der örtlichen Zentrumsgruppe. Nachfolger wurde ein Angehöriger der NSDAP, der selbst in der eigenen Ortsgruppe nicht unumstritten war. Am Tag seiner Wahl ordnete der Kreisleiter eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Stützpunktes an, um die Kandidatur bekanntzugeben. Der Kreisleiter drohte denjenigen Parteimitgliedern oder Gemeinderäten, die versuchten, einen anderen Kandidaten aufzustellen, mit dem Ausschluß aus der Partei bzw. dem Gemeindeparlament³⁰⁵. Sein Kandidat, ein Gemeinderatsmitglied in den Jahren 1926 bis 1930, der aber bei den Kommunalwahlen 1930 auf keiner Wahlvorschlagsliste mehr erschien – er scheint also sein Ansehen eingebüßt zu haben –, wurde durch diese Intervention vom Bürgerausschuß gewählt. Auch in Schwarzenbrunn strebte offensichtlich ein »alter Kämpfer« der NSDAP nach mehr Einfluß: Obwohl im Juni 1933 noch mit Zustimmung

302 BB 20. 9. 1928.

303 GLA 338/86a: Schreiben der Kreisleitung am 19. 5. 1933.

304 GA Berolzheim: A 86; BB 12. 5. 1933; GLA 338/86a: Schreiben der Kreisleitung am 23. 5. 1933.

305 GA Hüngheim: A 125, Schreiben der Kreisleitung vom 10. 10. 1933 an den Stützpunkt Hüngheim.

der NSDAP als »national zuverlässig« bezeichnet³⁰⁶, mußte der Bürgermeister dieser nur 41 Einwohner zählenden Gemeinde im Oktober 1933 zurücktreten und das Amt an den Ratschreiber der Gemeinde, der seit 1929 Mitglied der NSDAP war, übergeben³⁰⁷.

Insgesamt waren Ende 1933 von 37 Bürgermeistern des Bezirks noch 16 im Amt; hinzu kamen noch die Rücktritte der Bürgermeister von Buch und Klepsau im Jahr 1934, so daß insgesamt 23 Bürgermeister den Machtwechsel politisch nicht überlebten. Wenn das Bezirksamt in seinem Abschlußbericht zum Berufsbeamtengesetz schreibt, daß diese Bürgermeister, elf werden namentlich genannt, »unter dem Druck der Verhältnisse« »freiwillig« zurückgetreten seien, und nur aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen wurde, so muß man dies als bewußte Untertreibung betrachten³⁰⁸. Die Bürgermeister standen unter ganz erheblichem psychischen Druck, der zwar nur teilweise aus den Akten ersichtlich wird, der aber allgemein von der NSDAP ausgeübt worden sein dürfte.

Die Ergebnisse Zofkas, der für den bayerischen Landkreis Günzburg feststellte, daß mindestens die Hälfte aller vor 1933 amtierenden Bürgermeister auch nach 1933 ihr Amt behielten³⁰⁹, und die Ergebnisse Schnabels, der die Verhältnisse im württembergischen Oberamt Schwäbisch Hall untersuchte, wo 24 der 27 Bürgermeister, die vor 1933 im Amt waren, auch während des Dritten Reiches tätig waren, decken sich also mit denen im untersuchten Bezirk nicht³¹⁰. Für das Land Baden liegt noch keine systematische Untersuchung vor, die die Gleichschaltung im ländlichen kommunalen Bereich behandelt. In den 90 größten Städten des Landes kam es zwar zu vielen Wechseln im Amt des Bürgermeisters, denn mehr als drei Viertel aller Bürgermeister dieser Städte wurden aus ihrem Amt entfernt³¹¹; doch lassen sich die Verhältnisse in den Städten nicht auf ländliche Gebiete übertragen. In Südbaden hielt sich die Zahl der neuen Bürgermeister auf den Dörfern in Grenzen, wie Schnabel in einer anderen Untersuchung feststellt³¹². Daß die badische NSDAP aber in unterschiedlichem Ausmaß auf die Entfernung von Bürgermeistern aus ihrem Amt drängte, zeigen die Ergebnisse Grills, der für September 1936 feststellt, daß nur 360 Bürgermeister in den 1527 badischen Gemeinden ausgetauscht worden seien, daß dabei aber in einigen Bezirken bis zu 80 % der Bürgermeisterposten im Jahr 1936 durch neue Männer besetzt worden

306 Vgl. GLA 338/86a.

307 GLA 338/3080. Es ist natürlich immer schwierig, die genauen Gründe für den Rücktritt eines Bürgermeisters anzugeben, da zum Teil, wie in diesem Fall, über diese keine Unterlagen vorhanden sind. Die Möglichkeit besteht, daß der Bürgermeister freiwillig zurücktrat; es kann dann aber angenommen werden, daß diesem Vorgang Reibereien vorausgingen.

308 GLA 338/86a: ohne Datum.

309 Zofka, *Ausbreitung des Nationalsozialismus*, S. 251; *Ders.*: *Dorfeliten und NSDAP. Fallbeispiele der Gleichschaltung aus dem Bezirk Günzburg*. In: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 385.

310 Schnabel, *Schwäbisch Hall*, S. 194.

311 Schnabel, *Schwäbisch Hall*, S. 194.

312 Schnabel, *Die Gleichschaltung der kommunalen Verwaltung: Das Beispiel Freiburg*. In: *Bräunchel Köhler u. a.*: 1933, S. 46.

sein³¹³. Wie der Amtsbezirk Adelsheim innerhalb der badischen Entwicklung einzuordnen ist, läßt sich aus Mangel an genauen Angaben über andere badische Bezirke nicht sagen. Der Amtsbezirk Adelsheim scheint aber einer der Bezirke Badens gewesen zu sein, wo die Gleichschaltung an der Gemeindeg Spitze radikaler durchgeführt wurde. Das gute Abschneiden der NSDAP bei den Reichstagswahlen mag dafür auch ausschlaggebend gewesen sein, bedeutete es doch, daß die NSDAP in der Bevölkerung dieses Bezirkes größeren Rückhalt genoß als etwa in den überwiegend katholischen Bezirken Südbadens. Doch könnte nur eine genauere Untersuchung der Verhältnisse in anderen Bezirken hierauf eine Antwort geben.

Bei der Auswahl der Bürgermeister scheint die NSDAP Wert darauf gelegt zu haben, daß hauptsächlich Männer mit Erfahrung in der Verwaltung der Gemeinde als Gemeinderäte oder Gemeindeverordnete zu neuen Bürgermeistern gewählt wurden, von denen eine gewisse fachliche Eignung erwartet werden konnte. In mindestens zehn Fällen war der neue Bürgermeister schon vor 1933 zum Gemeinderat gewählt worden; er genoß damit auch eine gewisse Reputation. Mindestens zwei waren ehemalige Gemeindeverordnete und damit, wenn in diesen Fällen auch nur in sehr geringem Maße, schon einmal mit der Gemeindeverwaltung bekannt geworden. Der neue Bürgermeister von Schwarzenbrunn war, wie erwähnt, auch der Ratschreiber des Ortes. In Ballenberg wurde ein nationalsozialistischer Kreisrat neuer Bürgermeister. In zwei weiteren Fällen spielte darüber hinaus auch die Reputation der neuen Bürgermeister eine Rolle: in Eubigheim wurde der reichste Bauer im Ort neuer Bürgermeister, und in Leibenstadt war es der Sohn des verstorbenen Ratschreibers, der zum Bürgermeister ernannt wurde³¹⁴. In zehn Fällen wurde der Ortsgruppen- bzw. Stützpunktleiter in der Gemeinde neuer Bürgermeister. Damit wurde die in der Anfangszeit des Dritten Reiches von der NSDAP gewünschte Personalunion³¹⁵ verwirklicht, die eine größere Einflußnahme der Partei auf die Gemeindeverwaltung sichern sollte. Die übrigen Ortsgruppenleiter übernahmen meistens das Amt eines Gemeinderates oder, nach der Einführung der DGO 1935, das eines Beigeordneten, obwohl ein derartiges Amt als abträglich für das Ansehen eines Ortsgruppenleiters und auch der NSDAP angesehen wurde, da mit der Übernahme eines solchen Amtes der Ortsgruppenleiter als örtlicher

313 Grill: *Nazi Party*, S. 358; allerdings hieße dies, daß seit September 1933 keine zahlenmäßige Veränderung mehr eingetreten wäre, denn für diesen Zeitpunkt gibt Grill (er zitiert die nationalsozialistische Zeitung »Der Führer« vom 24. 9. 1933, S. 9) eine Zahl von 300 neuernannten Bürgermeistern zusätzlich 60 kommissarisch eingesetzter Bürgermeister an, deren Amtszeit auf zwei Jahre begrenzt war. Doch konnte diese Untersuchung zeigen, daß allein im Amtsbezirk Adelsheim nach dem September 1933 vier Bürgermeister ausgewechselt wurden. (Gommersdorf: erst im Herbst 1933; Klepsau und Buch 1934; auch in Sindolsheim wurde der Bürgermeister 1935 ausgetauscht.)

314 Dieser Umstand wird in einer Meldung im BB vom 22. 7. 1933 betont; der ehemalige Ratschreiber bürgte offensichtlich auch für das Ansehen seines Sohnes. Nach den Streitigkeiten in Leibenstadt im Zusammenhang mit dem erzwungenen Rücktritt Bürgermeister Vogels wurde dies wohl für notwendig erachtet, um die Gemüter wieder zu beruhigen. Daß dem von der NSDAP eingesetzten Bürgermeister dies gelang, zeigt die Tatsache, daß derselbe auch wieder in den 50er Jahren zum Bürgermeister gewählt wurde. Vgl. GA Leibenstadt: Nr. 14.

315 Vgl. Matzerath, S. 237.

Führer der Partei dem Gemeindeleiter unmittelbar untergeordnet wurde³¹⁶. In Sennfeld wurde, wie ein Jahr später in Klepsau, ein nationalsozialistischer kommissarischer Bürgermeister eingesetzt, der aus einer anderen Gemeinde des Bezirks stammte. Hier mußte sich die Ortsgruppe offensichtlich erst noch genügend innerhalb der Gemeinde durchsetzen, ehe 1935 ein aus der Gemeinde stammendes Parteimitglied Bürgermeister werden konnte.

Die meisten der neu eingesetzten Bürgermeister konnten sich über die gesamte Zeit, die das Dritte Reich dauerte, halten. Zum Teil konnten sie sich in ihrem Amt auch ein gewisses Ansehen erwerben, wie der Fall des in den 50er Jahren wiedergewählten Bürgermeisters in Leibenstadt zeigt, oder auch der Fall Krautheims, wo der 1933 eingesetzte Bürgermeister auch nach dem Krieg von der Militärregierung wieder für kurze Zeit eingesetzt wurde, obwohl seine Parteimitgliedschaft bekannt war³¹⁷. In Adelsheim und Seckach ließen sich die zum Bürgermeister ernannten Ortsgruppenleiter 1934 schwere Verfehlungen zu Schulden kommen, so daß die Kreisleitung sie absetzte. Diese Fälle waren Anlaß für die Kreisleitung für ein scharfes Sonderrundschreiben an alle Bürgermeister des Bezirks, in dem sie ankündigte, auch in Zukunft rücksichtslos durchgreifen zu wollen, wenn Ähnliches wieder vorkommen sollte. Über die Art der Verfehlungen lassen sich daraus aber keine Anhaltspunkte gewinnen³¹⁸.

Doch konnten sich nicht alle neuen Bürgermeister in ihrer Gemeinde durchsetzen. Der neue Bürgermeister von Ballenberg, der als Außenseiter in der Gemeinde diese Stelle übernommen hatte, zog es 1935 vor, eine Siedlerstelle in Seligental zu übernehmen und aus dem Dorf wegzuziehen. Der Machtgewinn und der Einfluß, die er durch sein Amt 1933 erhalten hatte, scheinen für ihn nicht mehr lohnens- und erstrebenswert gewesen zu sein, da er sicherlich mit Widerständen in der Gemeinde zu kämpfen hatte.

5.3.2. Die Gleichschaltung der Gemeindeparlamente (Gemeinderäte und Gemeindeverordnete)

Die Vertretung der Gemeinde und die Verwaltung ihrer Angelegenheiten lag aufgrund der Badischen Gemeindeordnung³¹⁹ beim Gemeinderat, der in kleinen und mittleren Gemeinden (bis 200 bzw. bis 4000 Einwohner) aus dem Bürgermeister und sechs von der Gemeinde gewählten, ehrenamtlichen Gemeinderäten gebildet wurde. Neben den Gemeinderat trat in kleinen Gemeinden die aus allen Wahlberechtigten bestehende Gemeindeversammlung, in mittleren und großen Gemeinden der Bürgerausschuß, der aus Bürgermeister, den Gemeinderäten und den gewählten Gemeindeverordneten bestand. In Gemeinden mit 201 bis 500 Einwohnern betrug die Zahl der Gemeindeverordneten 24, in Gemeinden mit 501 bis 2000 Einwohnern 36. Bürgerausschuß bzw. Gemeindeversammlung mußten den

316 Vgl. *Matzerath*, S. 239.

317 GA Krautheim: A 160.

318 GA Neunstetten: A 84, Sonderrundschreiben vom 24. 11. 1934.

319 GVBl. 1922, S. 183ff.

wichtigen, hauptsächlich die finanziellen Angelegenheiten der Gemeinde betreffenden Beschlüssen des Gemeinderats zustimmen. Daher war es der NSDAP erst durch die Gleichschaltung dieser Organe möglich, ihren Totalanspruch auf die Kontrolle der Gemeindeverwaltung und aller Entscheidungen innerhalb der Gemeinde zu demonstrieren; erst dann konnte die Kontrolle der wichtigsten Abläufe im Gemeindeleben gelingen. Es zeigt sich, daß die Austauschquote bisheriger Gemeindevertreter gerade in diesen Gremien besonders hoch war.

Die bei der Machtergreifung bestehenden Gemeindevertretungen waren meistens, soweit man dies aus den eingereichten Wahlvorschlagslisten und den Ergebnissen der Kommunalwahlen im Jahr 1930 überhaupt erschließen kann, weniger parteiorientiert als nach Berufsständen zusammengesetzt. Häufig waren sog. Bürgerlisten eingereicht worden³²⁰. Nur in wenigen Gemeinden hatten Parteien Wahlvorschlagslisten eingereicht. Noch am ehesten verstanden sich die Bewerber um die kommunalen Ämter in den katholischen Gemeinden als Zentrumsleute³²¹. SPD-Listen waren in Adelsheim, Merchingen, Schlierstadt und Sennfeld aufgestellt worden; in Korb kandidierte ein SPD-Angehöriger auf einer Einheitsliste. Die SPD stellte in Adelsheim und Korb je einen Gemeinderat, in Merchingen zwei und in Sennfeld drei Gemeinderäte. Im Neunstettener Gemeinderat waren zwei Bewerber des Evangelischen Volksdienstes vertreten, im Gemeinderat in Rosenberg war ein Vertreter der DNVP. Nationalsozialistische Wahlvorschlagslisten waren, soweit bekannt, nur in Merchingen, Schillingstadt und Berolzheim eingereicht worden. In Merchingen konnten drei NSDAP-Vertreter in das Gemeindeparlament einziehen, während mindestens zwei der sechs Gemeinderäte in Schillingstadt vor 1933 der NSDAP angehörten. Die NSDAP stellte in Berolzheim einen Gemeinderat und angeblich auch zwei Drittel der Gemeindeverordneten³²². Insgesamt läßt sich wohl sagen, daß sich die Bevölkerung in ihrer Wahlentscheidung 1930 für die Gemeindegremien weniger von parteipolitischen Gesichtspunkten bestimmen ließ.

Während der ersten Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung des Januar 1933 kam es im Bezirk kaum zu politisch motivierten Rücktrittserklärungen nicht-nationalsozialistischer Gemeinderäte oder Gemeindeverordneten. Selbst gegen die jüdischen Gemeindevertreter in Klein- und Großbeicholzheim sowie in Eubigheim scheint es, soweit bekannt, keine Maßnahmen gegeben zu haben, die zu ihrem Rücktritt geführt hätten. Der jüdische Gemeinderat Spatz aus Großbeicholzheim erscheint weiterhin, bis zum 11. April 1933, in den Gemeinderatssitzun-

320 Vgl. oben, S. 41 Anmerkung 115.

321 Die einzige Wahlvorschlagsliste in Erlenbach war eine Zentrumsliste; es gab sogar zwei Zentrumslisten in Gommersdorf, die miteinander konkurrierten. In Adelsheim und Rosenberg waren ebenfalls Zentrumswahlvorschlagslisten aufgestellt worden, die offenbar die katholische Minderheit in diesen Orten vertreten sollten.

322 Vgl. GA Berolzheim: A 86, S. 64: Aussage des nationalsozialistischen Fraktionsprechers. Die Zahl erscheint, wenn man die Wahlergebnisse dieser Gemeinde zum Vergleich heranzieht, zu hoch gegriffen, vor allem deshalb, da nur einer von sechs Gemeinderäten schließlich der NSDAP angehörte. Doch da solche Wahlen eher Persönlichkeits- als Parteiwahlen sind, könnte die Zahl annähernd richtig sein.

gen³²³. Der einzige bekannte Fall eines Rücktritts betrifft den SPD-Gemeinderat Storz, der gegen die Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger der Stadt Adelsheim gestimmt hatte. In einer der Sitzungen, die diesem Vorgang folgte, ließ er seinen Rücktritt als Gemeinderat erklären (am 16. März). Da der nächstfolgende Bewerber auf der SPD-Vorschlagsliste und SPD-Ortsvorsitzender Huß ebenfalls auf die Annahme eines Gemeinderatsamtes verzichtete – als Geschäftsführer der AOK Adelsheim war er, so läßt sich vermuten, schon zu diesem Zeitpunkt nationalsozialistischen Angriffen ausgesetzt³²⁴ –, wurde erst der dritte Bewerber auf dieser Liste als Nachfolger ernannt. Da dieser aber nicht mehr vereidigt wurde, war die SPD damit aus diesem Gremium ausgeschlossen.

Der Gemeinderat Hespelt aus Korb, der bis 1930 Vertreter der »Badischen Bauern« im Kreistag war, ließ in einer Erklärung am 26. März 1933 wissen, daß er aus Gesundheitsgründen sein Amt als Gemeinderat nicht mehr länger ausüben könne, da die Arbeit in seinem Betrieb seine ganze Kraft in Anspruch nehme³²⁵. Möglicherweise handelt es sich auch hier um einen politisch motivierten Rücktritt. Die Gleichschaltung der Gemeindevertretungen erfolgte im April 1933. Gesetzliche Grundlage hierfür war das »Gesetz zur Durchführung der Gleichschaltung von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Baden« vom 4. April 1933, dem Durchführungsgesetz des schon genannten Reichsgesetzes³²⁶. Nähere Ausführungsbestimmungen hierzu erteilte das badische Innenministerium am 7. April sowie am 11. April an die Bezirksämter³²⁷. Dem Gesetz und den dazugehörigen Verfügungen zufolge wurden die Bürgerausschüsse mit sofortiger Wirkung aufgelöst; die Amtsdauer der Gemeinderäte endete mit dem 30. April. Die Zahl der Gemeinderäte und der Gemeindeverordneten wurde vermindert; von diesem Zeitpunkt an sollten in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern nur noch vier Gemeinderäte gewählt werden; die Zahl der Gemeindeverordneten betrug in Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern nur noch neun bzw. zehn in Gemeinden zwischen 1001 und 2000 Einwohnern³²⁸. Die Zuteilung der Sitze erfolgte in Anlehnung an das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März und sollte bis spätestens 29. April 1933 durchgeführt worden sein. Die einzelnen Parteien sollten ihrem Ergebnis entsprechend eine bestimmte Anzahl von Sitzen erhalten; ihre Wahlvorschläge mußten bis zum 25. April beim Bürgermeister eingereicht werden.

Am 13. April wurden diese Anweisungen auch im BB durch das Bezirksamt veröffentlicht; gleichzeitig wurde die Verteilung der Sitze in den einzelnen Gemeinden bekanntgegeben. Demnach konnte die NSDAP jetzt 92 der 150 Gemeinderatsmitglieder stellen; das Zentrum wurde nur noch durch 57 Männer vertreten. Dementsprechend sah auch die Verteilung der Sitze der Gemeindeverordneten aus:

323 Er fehlt aber in der letzten Sitzung des alten Gemeinderates am 13. April; ebenso war er nicht anwesend, als Hitler, Hindenburg und Wagner zu Ehrenbürgern ernannt wurden.

324 Vgl. oben S. 61.

325 GA Korb: A 97.

326 Vgl. oben S. 59.

327 GLA 338/86.

328 BB 13. 4. 1933.

Auf die NSDAP entfielen 178 der 281 2Sitze, während das Zentrum als zweitstärkste Partei 95 Gemeindeverordnete stellte. Die SPD war nur noch in Merchingen und Sennfeld mit je einem Gemeinderat vertreten, ebenso mit zwei bzw. drei Gemeindeverordneten. In Adelsheim und Korb stellte sie noch jeweils einen Gemeindeverordneten. Auf die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot entfielen schließlich zwei Gemeindeverordnete (in Buch und Korb) und auf die Deutsche Staatspartei ein Gemeindeverordneter (in Kleineicholzheim). Dadurch, daß die Stimmen der anderen Parteien nicht gerechnet wurden, kam ein Ergebnis zustande, das der NSDAP, aber auch dem Zentrum mehr Sitze zusprach, als diese eigentlich nach dem Ergebnis vom 5. März erhalten hätten. Mit 61,3 % der Gemeinderäte und 63,3 % der Gemeindeverordneten stellte die NSDAP mehr Vertreter, als ihrem Wahlergebnis von 55,6 % entsprochen hätte. Auch das Zentrum lag mit 38 % über seinem Ergebnis von 32,9 %, während die SPD nicht der Märzwahl entsprechend repräsentiert war (1,3 % der Sitze der Gemeinderäte/4,9 % im März). In 16 Gemeinden des Bezirks stellte die NSDAP nun sämtliche Gemeinderäte, während das Zentrum nur noch in vier Gemeinden die Sitze unter sich verteilte.

Die Feststellung der Wahlvorschlagslisten und die »Wahl« des neuen Gemeinderates und der Gemeindeverordneten erfolgten Ende April in den Gemeinden, indem aus den eingereichten Listen die Erstgenannten in entsprechender Zahl zu Gemeinderäten erklärt wurden. Mit einer Wahl im normalen Sinn hatte dieser Vorgang allerdings nichts mehr zu tun; doch scheint sie in den meisten Gemeinden ohne Schwierigkeiten vollzogen worden zu sein. In Ruchsen allerdings wurde sie von NSDAP-Mitgliedern angefochten; hier waren zwei Listen der NSDAP eingereicht worden, wobei aber nur eine die erforderliche Unterschrift des Ortsgruppenleiters trug, so daß die andere für ungültig erklärt wurde. Die Einwände der auf der anderen Liste Aufgestellten, mit denen diese ihren Einspruch begründeten³²⁹, wurden aber vom Bezirksamt als belanglos gewertet; der Einspruch wurde abgelehnt. Auf beiden Listen waren bisherige Gemeinderäte vertreten, so daß man annehmen kann, daß auch die auf der zweiten, vom Ortsgruppenleiter nicht unterschriebenen Wahlvorschlagsliste aufgeführten Männer weiterhin bei den Gemeindegeschäften mitreden wollten. Sie scheinen von der Gruppe um den Ortsgruppenleiter ausmanövriert worden zu sein, zumal sie auch nicht als Gemeindeverordnete aufgestellt wurden³³⁰.

In Oberndorf gelang es der NSDAP sogar, statt eines Gemeinderates, der ihr nach dem Wahlergebnis zustand, drei Männer in den Gemeinderat zu entsenden. Das Zentrum hatte zwar eine Liste mit vier Männern aufgestellt, aber einer der

329 U. a. mit Strafverfahren wegen Beleidigung, Ruhestörung und groben Unfugs, die gegen zwei Kandidaten der gegnerischen Liste anhängig waren.

330 GA Ruchsen: A 100. Die schließlich Gewählten wußten dies offenbar sehr genau, denn in der Gemeinderatssitzung am 16. Juni des Jahres begründeten sie ihre Entscheidung, die Bürgermeisterwahl durch den Bürgerausschuß und nicht durch die Gesamtgemeinde vornehmen zu lassen, damit, »daß bei der Gleichschaltung des Gemeinderates und der Gemeindeverordneten in hiesiger Gemeinde Sabotage gegen Parteimitglieder betrieben wurde«. Dies sei bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl noch viel mehr zu befürchten, so daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werden könne. Zusätzlich befürchtete man eine Schädigung des Ansehens der NSDAP in der Gemeinde.

Aufgestellten zog seine Zustimmung mit der Begründung zurück, daß er außerhalb der Ortsgrenzen wohne und deshalb zu den Sitzungen, die nicht am Abend stattfänden, nicht kommen könne. Zwei andere waren miteinander verwandt. Deshalb galt nur einer von der Liste des Zentrums als gewählt im Sinne des Gleichschaltungsgesetzes; die übrigen Gemeinderatsmitglieder wurden von der Liste der NSDAP genommen³³¹. Zwei Männer auf der NSDAP-Liste waren schon vor 1933 Gemeinderäte in Oberndorf gewesen. Sie arrangierten sich offensichtlich mit den neuen Verhältnissen. Alle anderen ehemaligen Gemeinderäte ließen sich nicht mehr aufstellen, nicht einmal auf der Liste des Zentrums. Die Zentrumsliste, wie auch die NSDAP-Liste mit den zwei genannten Ausnahmen, wies nur Männer auf, die bisher im Gemeindeparlament nicht vertreten waren, eine Beobachtung, die sich auch in anderen Gemeinden machen ließ. Bei den ehemaligen Gemeinderäten mag eine gewisse Resignation bei der Entscheidung, sich nicht mehr aufstellen zu lassen, mitgespielt haben, während bei den Männern auf der NSDAP-Liste es sich wohl um solche handelte, die bisher nur wenig Mitsprachemöglichkeit in der Gemeinde hatten und diese möglicherweise auf dem Weg über die NSDAP zu gewinnen suchten.

Größere Schwierigkeiten bei der Neubildung des Gemeinderates scheinen in Seckach aufgetreten zu sein. Auch hier spielte die bestehende Verwandtschaft zwischen zwei neugewählten Gemeinderäten eine Rolle. Auslöser für die sich länger hinziehenden Verwicklungen war der Rücktritt des Ortsgruppenleiters der NSDAP Anfang Mai 1933³³². Derselbe war für die NSDAP nun nicht mehr als Gemeinderat tragbar, so daß die Wahl von dieser angefochten wurde³³³. Der nächste Kandidat auf der NSDAP-Wahlvorschlagsliste war mit einem von Zentrumsseite nominierten Gemeinderat verschwägert. Bei der Auslosung für das Gemeinderatsamt zwischen den beiden »gewann« der Zentrumskandidat; da aber der NSDAP-Kandidat die einwandfreie Durchführung der Auslosung bezweifelte und die Wahl erneut anfocht, woraufhin das Bezirksamt die Wahl für ungültig erklärte – aber aus einem anderen Grund: der Wahlausschuß war nicht ordnungsgemäß verpflichtet worden –, zogen sich die Verwicklungen noch länger hin. Verstärkt wurden sie durch die versehentliche Verpflichtung des nächstfolgenden Zentrumskandidaten durch das Bezirksamt am 22. Mai. Der eigentliche Zentrumskandidat verzichtete schließlich im August auf sein Mandat, so daß sein Schwager zum Gemeinderat ernannt werden konnte. Ob er dies freiwillig tat, bzw. ob ihm die dauernden Verwicklungen schließlich leid waren, wird nicht ersichtlich. Es ist aber anzunehmen, daß er die Aussichtslosigkeit seiner Kandidatur einsah – auch deshalb, weil im August die Zentrumsparlei schon nicht mehr bestand und er wohl nicht als Gemeinderat anerkannt worden wäre.

Alle neuen Gemeinderäte wurden wie die anderen Gemeindebeamten und -angestellten nach dem Berufsbeamtengesetz überprüft. Aus einer Liste aller Gemeinde-

331 GA Oberndorf: A 12.

332 BB 6. 5. 1933.

333 Am 6. 5. 1933. Über die Vorgänge in Seckach: GLA 338/3082.

räte des Bezirks, die im Rahmen dieser Überprüfung angelegt wurde, geht hervor, daß insgesamt sechs der vom Zentrum aufgestellten Gemeinderäte der NSDAP als nicht zuverlässig erschienen. Was die SPD-Gemeinderäte in Merchingen und Sennfeld betrifft, so steht auf dieser Liste neben deren Namen ein eindeutiges, handschriftliches »Raus!!«; ihr Ausschluß war demnach von Anfang an klar. Durch das Verbot der SPD vom 22. Juni 1933 und die Anweisung des badischen Innenministers hierzu vom nächsten Tag³³⁴ wurden die SPD-Mitglieder der Gemeindegremien von diesen endgültig ausgeschlossen. Die Vertreter der SPD im Bezirk Adelsheim hatten allerdings schon an den vorausgehenden Sitzungen nicht mehr teilgenommen³³⁵. Die »Verordnung zur Sicherung der Staatsführung« vom 7. Juni 1933 erklärte die Zuteilung von Sitzen an die SPD endgültig für ungültig³³⁶. Es ist nur ein Fall eines Zentrums Gemeinderates bekannt, der am 19. Juli 1933 vom Bezirksamt aufgrund des Berufsbeamtengesetzes beurlaubt wurde³³⁷. Die Überprüfung der übrigen Zentrumsabgeordneten wurde ohnehin überflüssig, da es mit der Auflösung der Zentrumspartei am 5. Juli 1933 keine Zentrumsabgeordneten mehr gab, wie es in einem Erlaß des badischen Innenministers vom 19. Juli heißt³³⁸. Die Abgeordneten verlören demnach zwar nicht automatisch ihr Mandat; aber

...andererseits erfordert der Gedanke der Gleichschaltung das Ausscheiden all derjenigen Persönlichkeiten aus vorgenannten Organen, von denen nicht mit voller Bestimmtheit eine vorbehaltlose und bereitwillige Zusammenarbeit mit den übrigen Mitgliedern dieser Körperschaften erwartet werden kann. Solche Persönlichkeiten müssen auf die eine oder andere Weise zum Ausscheiden veranlaßt werden.

Die eine oder andere Weise, so der Erlaß, sah zuerst den »freiwilligen« Rücktritt der Zentrumsabgeordneten vor. Falls keine örtliche Einigung zustande kam, sollte der Landrat angerufen werden, der zusammen mit dem Kreisleiter oder dessen Kommunalreferenten und einem Vertrauensmann der früheren Zentrumspartei darüber zu beraten hatte, welche Kandidaten in den Gemeindegremien auch weiterhin vertreten sein sollten. Die anderen sollten zum »freiwilligen Verzicht« aufgefordert werden. Die letzte Entscheidung behielt sich, falls auch von Kreisleiter und Landrat (der Vertrauensmann des Zentrums wurde nicht mehr genannt; er spielte also nur eine nebensächliche Rolle) keine Lösung gefunden werden sollte, der Innenminister selbst vor. Für den Fall, daß eine Umbildung nicht möglich sei, *da die für untragbar erachteten Mitglieder und Ersatzleute trotz Aufforderung nicht freiwillig zurücktreten*, sollte das betreffende Gremium aufgelöst und durch Ernennung seiner Mitglieder durch den Landrat wieder neu gebildet werden.

In Osterburken traten die Zentrums Gemeinderäte und -verordneten am 28. bzw. 29. Juli »freiwillig« zurück³³⁹, ebenso zwei Gemeinderäte in Berolzheim am

334 GLA 338/805, fol. 205.

335 Ebenda, Rückseite, handschriftlicher Vermerk vom 24. 6. 1933.

336 RGBl. 1933, S. 462.

337 Es handelte sich um einen Gemeinderat in Osterburken; GA Osterburken: A 250.

338 GA Berolzheim: A 75; GA Osterburken: A 250.

339 GA Osterburken: A 250, handschriftlicher Vermerk.

3. August, der dritte wollte, *wenn er nicht ausscheiden muß*, im Gemeinderat bleiben; allerdings wurde er nicht wieder aufgestellt³⁴⁰. Am 4. August erklärten Zentrumsmitglieder des Krautheimer Bürgerausschusses und deren Ersatzleute ihren Rücktritt im Vollzug der Gleichschaltung, wie es heißt. Ein bisheriges Mitglied wurde von der NSDAP anerkannt, zwei nicht Zurückgetretene indes- sen mit der Begründung, sie seien nicht national zuverlässig, abgelehnt³⁴¹. Ein Zentrums Gemeinderat in Krautheim trat von seinem Amt ebenfalls zurück; der von ihm vorgeschlagene Ersatzmann wurde von der NSDAP nicht anerkannt, da ein Ersatzmann der NSDAP-Liste zuerst in den Gemeinderat vorrücken sollte. Zwei andere Bewerber des Zentrums wurden von der NSDAP aner- kannt, da sie in der Zwischenzeit in die NS-Bauernschaft bzw. in die SA- Reserve eingetreten waren³⁴². In Oberwittstadt beauftragte der Gemeinderat den Bürgermeister, mit dem Stützpunktleiter über die Neuberufung der Gemeinderäte zu verhandeln; offensichtlich wollten diese ihr Amt auch weiter- hin wahrnehmen und hofften auf die Zustimmung des Stützpunktleiters³⁴³. Der Gemeinderat von Klepsau trat am 27. August geschlossen zurück³⁴⁴. Der ein- zige Gemeinderat des Zentrums in Oberndorf war ebenfalls aus seinem Amt »freiwillig« ausgeschieden³⁴⁵. Außer in Unterwittstadt und Winzenhofen, wo wohl aus Mangel an der NSDAP geeignet erscheinenden Leuten die Gemein- deräte nicht noch einmal umgebildet wurden, wurden in allen anderen katholi- schen Gemeinden Neuernennungen durchgeführt³⁴⁶. Zusammen mit den beiden Gemeinden Merchingen und Sennfeld, in denen für die ausgeschiedenen SPD- Mitglieder ebenfalls neue Gemeinderäte ernannt wurden, waren im September 1933 67,9 % der Gemeinderatsmitglieder im Vergleich zum Mai des Jahres neu in diesem Gremium. Bei den Gemeindeverordneten beträgt diese Quote 60,9 %³⁴⁷.

In Osterburken war im Zuge der Neubildung des Gemeinderates auch ein NSDAP-Mitglied aus diesem Gremium ausgeschlossen worden, da es sich den Ärger des Kreisleiters zugezogen hatte. In einer Gemeinderatssitzung am 3. August hatte er zusammen mit dem Zentrums Gemeinderat in der Frage der Neubesetzung gegen den Kreisleiter, der auch Gemeinderat war, gestimmt; statt dessen machte er einen eigenen Vorschlag³⁴⁸. Wenige Tage später mußte er deshalb aus der NSDAP ausscheiden; darüber hinaus verlor er sein Mandat.

340 GA Berolzheim: B 14 (GRP), Sitzung vom 3. 8. 1933.

341 GA Krautheim: A 144.

342 GA Krautheim: A 154.

343 GA Oberwittstadt: GRP, Sitzung vom 13. 8. 1933.

344 GA Klepsau: B 47 (GRP), S. 402.

345 GA Oberndorf: A 12, Schreiben des Bezirksamts vom 13. 9. 1933.

346 Für Eubigheim und Zimmern liegen keine Unterlagen vor.

347 Bei dieser Berechnung wurden insgesamt 14 Gemeinden berücksichtigt; nur in diesen Gemeinden wurden diesbezügliche Unterlagen gefunden. In Seckach wurde, wahrscheinlich wegen der vorhergegan- genen Verwicklungen (s. o.), keine erneute Umbildung durchgeführt. Für die Quote bei den Gemeinde- verordneten konnten nur Zahlen aus sieben Gemeinden ermittelt werden.

348 Der zweite Zentrums Gemeinderat war aufgrund des Berufsbeamtenengesetzes beurlaubt worden, GA Osterburken: B 236 (GRP), S. 21.

In einem Schreiben des Bezirksamtes wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß er in Zukunft das Rathaus während Gemeinderatssitzungen nicht mehr betreten dürfe³⁴⁹.

Damit war es der NSDAP bis zum September gelungen, alle Gemeindeparlamente gleichzuschalten. Auf den ersten Blick handelt es sich hierbei um einen Vorgang, der von oben angeordnet worden war. Das Ausmaß an Druck, den örtliche Parteikreise aber bei diesen Vorgängen ausübten, die zum »freiwilligen« Rücktritt der Gemeinderäte führten, läßt sich, da die Unterlagen hierzu fehlen, nur erahnen. 59,8 % der Gemeinderäte des Herbstes 1933 waren vor der Gleichschaltung nicht in diesem Gremium vertreten gewesen. Für die Gemeindeverordneten beträgt diese Quote 49,6 %³⁵⁰. Bei den evangelischen Gemeinden liegt diese Quote sogar bei 66,6 %. Die hohe Quote überrascht, handelt es sich bei den evangelischen Gemeinden doch um die Orte, wo die NSDAP schon frühzeitig große Erfolge aufzuweisen hatte und bei denen man eigentlich annehmen müßte, daß die dort anzutreffende breite Zustimmung zur NSDAP auch bis in den Gemeinderat reichte. Doch wurden in einigen Gemeinden (in Sindolsheim, Neunstetten und Kleineicholzheim) sogar sämtliche Gemeinräte ausgetauscht. Der Bürgermeister konnte hier allerdings sein Amt behalten. Es scheint, daß sich die NSDAP-Aktivisten in diesen Fällen nach vorne drängten und die zu vergebenden Gemeindeämter unter sich aufteilten. Den »Alten« traute man wohl auch nicht die Fähigkeit zu, sich den neuen Verhältnissen anzupassen und in einem nationalsozialistisch zu organisierenden Staat voll mitzuarbeiten. Außerdem weist die Tatsache, daß die neuen, von der NSDAP eingesetzten Gemeinderäte und Gemeindeverordneten noch nie vorher ein politisches Amt in der Gemeinde eingenommen hatten und damit auch nicht für die Gemeinde verantwortlich waren, darauf hin, daß es sich bei den neuen Vertretern in den Gemeindeparlamenten vor allem um die weniger im Gemeindeleben etablierten und anerkannten Männer handelte, die jetzt nach vorne drängten. Es ist auffällig, daß viele der neuen Gemeindevertreter im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts oder sogar nach der Jahrhundertwende geboren worden waren; es handelt sich hierbei also um die Generation der 30- und 40jährigen, die einen großen Teil der nationalsozialistischen Anhängerschaft

349 GA Osterburken: A 250, Schreiben vom 9. 8. 1933.

350 Die Zahlen wurden errechnet, indem die Zahl der vorher, d. h. ab 1930, noch nicht bzw. noch nie im Gemeinderat vertretenen Männer ermittelt wurde. Insgesamt konnten bezüglich der Austauschquote der Gemeinderäte Angaben aus 33 Gemeinden erfaßt werden. Für die übrigen Gemeinden lagen keine genauen Angaben vor. Dasselbe gilt für die Quote der Gemeindeverordneten. Bei der Quote von 66,6 % (evangelische Gemeinden) wurden 16 Gemeinden erfaßt. – Auch im Vergleich zu den Kommunalwahlen der Weimarer Republik sind diese Quoten sehr hoch. Nur im Jahr 1922 konnte eine ähnlich hohe Austauschquote von 55 % bei den Gemeinderäten (14 erfaßte Gemeinden) und von 40,5 % bei den Gemeindeverordneten (8 erfaßte Gemeinden) festgestellt werden. Dies hing zu diesem Zeitpunkt mit der Rückkehr der Kriegsteilnehmer und ihrer jetzt vollzogenen Wiedereingliederung in das Gemeindeleben zusammen. Vergleichszahlen: Wahl 1926: Gemeinderäte 26,7 % (25 Gemeinden erfaßt), Gemeindeverordnete 27,2 % (11 Gemeinden); Wahl 1930: Gemeinderäte 33,3 % (28 Gemeinden), Gemeindeverordnete 29,9 % (14 Gemeinden).

ausmachte³⁵¹. Schoenbaums These, daß der Nationalsozialismus auch eine Auflehnung der Jungen gegen die Alten gewesen sei, findet sich damit in dieser Untersuchung bestätigt³⁵². Die anderen, älteren neuen Gemeinderatsmitglieder kamen wohl aus der Gruppe derjenigen, denen ein großer Teil der Bevölkerung des Dorfes weniger vertraute und deshalb in kein Amt wählte.

Die von der NSDAP anerkannten Gemeinderäte und Gemeindeverordneten arrangierten sich mit den neuen Verhältnissen, wie das Beispiel Krautheim zeigt, wo diese in nationalsozialistische Organisationen eintraten. In den anderen Gemeinden war der Weg für die NSDAP durch Organisationen wie den Landbund, dem viele Bauern nahegestanden waren, schon vorgebahnt. In den kleinsten Gemeinden des Amtsbezirkes blieb der NSDAP auf der anderen Seite aber nicht anderes übrig, als sich ihrerseits mit den Verhältnissen in diesen Dörfern zu arrangieren: In Winzenhofen blieben sämtliche Zentrumsgemeinderäte, die schon vor 1933 im Amt waren, bis auf die, die durch die Verringerung der Zahl der Gemeinderäte ausscheiden mußten, im Gemeindeparlament vertreten, da die NSDAP auf keine eigenen Leute zurückgreifen konnte.

Mit dem Jahr 1933 war die Gleichschaltungsphase aber noch nicht beendet; die Durchdringung auch des Gemeindelebens mit nationalsozialistischem Gedankengut wie dem Führergedanken sollte sich fortsetzen. Durch ein Gesetz vom 6. März 1934 wurden die Bürgerausschüsse und die Gemeindeversammlungen vorläufig bis zu einer endgültigen Regelung aufgehoben³⁵³. Damit war die untere Ebene der Gemeindeverwaltung, die einem größeren Teil von Bürgern noch gewisse Mitspracherechte sichern sollte, aufgehoben. Die endgültige Regelung erfolgte schließlich durch die DGO vom Januar 1935, auf die schon eingegangen wurde. Damit war der Bevölkerung endgültig die Mitwirkungsmöglichkeit an kommunalpolitischen Entscheidungen genommen worden; der Bürgermeister wurde rechtlich zum »Führer« der Gemeindeverwaltung erhoben.

Die Neuernennung der Beigeordneten und Gemeinderäte erfolgte im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1935, ihre Verpflichtung wurde meistens im August durchgeführt. Die Vorschläge für diese Ämter machte der jeweilige Bürgermeister dem Kreisleiter, der das Amt des Beauftragten der NSDAP nach der DGO innehatte. In einem Brief an den Bürgermeister von Leibenstadt am 31. Juli 1935 betonte der Kreisleiter, daß die vorgeschlagenen Männer aus den Reihen der alten, bewährten Parteigenossen zu entnehmen seien, und nur in Ausnahmefällen auch jüngere, geeignete Parteigenossen oder auch Volksgenossen, die in der nationalsozialistischen Weltanschauung gefestigt seien, vorgeschlagen werden könnten. Die Vorschläge seien aber vom Stützpunktleiter gegenzuzeichnen³⁵⁴.

Soweit sich Angaben über die neuernannten Beigeordneten und Gemeinderäte

351 NSDAP-Parteistatistik Bd. 1, S. 206: in Baden stellte die Generation, die zwischen 1894 und 1903 geboren war, 27,7 % der Mitglieder (Reich 27,9 %); die Generation, die zwischen 1904 und 1913 geboren war, stellte 33,7 % (Reich 34,1 %).

352 *D. Schoenbaum: Die braune Revolution.* (1968) S. 74.

353 GVBl. 1934, S. 115.

354 GA Leibenstadt: Nr. 15.

ermitteln ließen, zeigte sich, daß im Jahr 1935 nach der Umbildung der Gemeinderäte im Vollzug der DGO nur noch ungefähr ein Viertel der Beigeordneten und Gemeinderäte aus den Reihen der alten, in der Weimarer Republik im Dorf bestimmenden Männer stammte³⁵⁵. Demnach hatte sich die alte »Elite« im Dorf zum größten Teil aus der Kommunalpolitik zurückgezogen bzw. zurückziehen müssen; es war ein Vorgang, der eine Mischung aus Zwang und fehlender Bereitschaft zur Kooperation mit den neuen Machthabern dargestellt haben dürfte³⁵⁶. In etlichen Gemeinden waren gar keine »alten Männer« in den Gemeindegremien übrig geblieben: so in Groß- und Kleineicholzheim, in Klepsau, Krautheim, Seckach und Sindolsheim; in der letztgenannten Gemeinde wurde selbst der Bürgermeister, der seit 1932 im Amt war, im Jahr 1935 durch den Ortsbauernführer abgelöst.

Inwieweit es der NSDAP gelungen war, ihre in der DGO formulierte Forderung, daß möglichst nur NSDAP-Mitglieder in die Gemeindeämter berufen werden sollten, auch in die Praxis umzusetzen, zeigt eine weitere Zählung. Es konnte zwar nur zum Teil ermittelt werden, ob die ernannten Gemeinderäte und Beigeordneten Mitglieder der NSDAP waren oder nicht; aber in den Fällen, wo diese Daten eindeutig aus den Unterlagen hervorgehen, zeigt sich eine ziemliche Parität zwischen den Gemeinderäten, die NSDAP-Mitglieder waren, und denen, die als Volksgenossen bezeichnet werden bzw. nur in nationalsozialistischen Organisationen wie der NS-Bauernschaft oder der DAF waren³⁵⁷. Damit war es die Partei, die in diesem Bereich Zugeständnisse machen und von ihrem Grundsatz zumindest teilweise abgehen mußte. Möglicherweise spielte aber auch die bestehende Mitgliedersperre eine Rolle, da hier manchem eventuell die Parteimitgliedschaft versagt wurde. Die hohe Zahl der Nicht-Mitglieder macht auf jeden Fall deutlich, daß die Partei nur auf wenige vor dem 30. Januar beigetretene Mitglieder, die im Sinne der NSDAP »vollwertige« Mitglieder waren, zurückgreifen konnte, Mitglieder, die auch ein Gemeindeamt übernehmen wollten oder konnten.

5.3.3. Die Überprüfung der Gemeindebediensteten

Auch die Gemeindebediensteten wurden als Folge des Berufsbeamtengesetzes einer Überprüfung unterzogen. Diese Überprüfung betraf neben den Bürgermeistern und Gemeinderäten die Ratschreiber, die Gemeinderechner und die Polizeidiener. Die übrigen Gemeindebediensteten (Feldwarte, Brunnenwarte, Wegwarte usw.) wurden, wie es scheint, nicht überprüft, jedenfalls nicht in der eingesetzten Kommission. Es ist möglich, daß diese Überprüfung auf Gemeindeebene, eventu-

355 Es konnten 27 Gemeinden berücksichtigt werden.

356 In welchem Maß jeweils Zwang oder wirklich freiwilliger Rückzug gewirkt haben, kann aus den vorliegenden Unterlagen nicht erschlossen werden. Der Eindruck geht aber dahin, daß Zwangsmaßnahmen besonders in der ersten Phase der Gleichschaltung vorherrschend waren.

357 Für 21 Gemeinden liegen hierzu Teilinformationen vor. Als Parteigenossen werden 51 Personen bezeichnet, als Volksgenossen 39. Hinzu kommen 10 Personen, die in nationalsozialistischen Organisationen waren, damit also auch keine vollwertigen Parteimitglieder darstellten. Für 29 Personen werden keine Angaben gemacht.

ell durch örtliche Parteimitglieder, vollzogen wurde, doch finden sich dafür keine Anhaltspunkte. Von Entlassungen aus politischen Gründen ist bei diesem Personenkreis nichts bekannt. Doch da diese Stellen nur wenig Lohn einbrachten und da sie keine Vollzeitbeschäftigungen darstellten, erschienen die Inhaber dieser Positionen auch nicht als zu wichtig.

Von der NSDAP-Kreisleitung wurden sechs Ratschreiber des Bezirks beanstandet, ebenso zwei Gemeinderechner und drei Polizeidiener. Der Ratschreiberdienst in Oberndorf und Sennfeld lag in den Händen der Bürgermeister, die beide aus ihrem Dienst ausgeschieden waren, so daß hier auch die Ratschreiberstellen neu zu besetzen waren. Der Ratschreiber in Berolzheim, der von einem NSDAP-Mitglied aus Berolzheim als ungerecht und brutal bezeichnet wurde und der angeblich der eigentliche Leiter der Gemeindegeschäfte auf dem Rathaus gewesen war, gegen den selbst der Bürgermeister nicht angekommen sein soll, wurde aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen³⁵⁸. Der Ratschreiber in Hüngheim, der gar nicht beanstandet worden war, trat freiwillig von seinem Amt zurück³⁵⁹. Die anderen Ratschreiber blieben im Amt. Zwei der drei beanstandeten Polizeidiener traten ebenfalls freiwillig, wie es hieß, zurück. Dem Polizeidiener in Ballenberg war von seiten der NSDAP vorgeworfen worden, er stünde der KPD nahe und hätte die Entlassung nationalsozialistischer Beamter immer freudig begrüßt. Außerdem habe er den dortigen Stützpunktleiter angezeigt und, wie die NSDAP schrieb, einen Meineid geschworen, damit dieser verurteilt wurde. Auch hier spielten Rachegefühle bei der NSDAP mit.

In Schlierstadt mußte außerdem der Gemeinderechner seinen Dienst niederlegen; der Ratschreiber konnte im Amt bleiben, obwohl beide zusammen mit dem Bürgermeister von der NSDAP beschuldigt worden waren, als Inhaber verschiedener Ämter bei der Sparkasse, beim Bauernverein und der Ein- und Verkaufsgenossenschaft die Gemeinde unter Druck zu halten und die Einwohner am »Gängelband« zu haben³⁶⁰. Allerdings mußte während der Kriegsjahre wieder auf den entlassenen Gemeinderechner zurückgegriffen werden, da seine Nachfolger – lange Zeit konnte kein geeigneter Ersatz für ihn gefunden werden, so daß es zu mehreren Wechslern in diesem Amt kam – eingezogen worden waren.

Ob bei Neueinstellungen bevorzugt »alte Kämpfer« der NSDAP berücksichtigt wurden, wie es diese forderte³⁶¹, läßt sich nicht beantworten, vor allem deshalb, weil eine eventuelle Mitgliedschaft der Neueingestellten in der NSDAP nicht festgestellt werden kann. Es deuten aber Anzeichen in diese Richtung. Als der Seckacher Bürgermeister, der aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen worden war, deshalb auch die Posten als Waldmeister und Baumwart der Gemeinde verlor, übernahm der neue Bürgermeister und Stützpunktleiter auch diese Stellen. In Hemsbach wurden im Juli 1933 die Stellen des Wald- und Feldhüters der

358 Vgl. GA Berolzheim: A 86, S. 7, 35, 64. Er soll außerdem die NSDAP beschimpft haben.

359 GLA 338/86a: abschließender Bericht des Bezirksamtes, ohne Datum.

360 GLA 338/86a: Schreiben der NSDAP-Kreisleitung vom 19. 5. 1933.

361 Z. B. in einem Rundschreiben der Kreisleitung vom 10. 1. 1935, GA Klepsau: A 81.

Gemeinde frei, nachdem der bisherige Inhaber beider Posten zurückgetreten war. Sein Nachfolger wurde bei zwei Bewerbern der erst 22jährige Ortsbauernführer, der im übrigen der wichtigste Mann der NSDAP vor Ort gewesen zu sein scheint, denn ein Stützpunkt wurde nicht gegründet. Seine Ernennung war anscheinend umstritten. Sie wurde zweimal jeweils mit demselben Ergebnis in aufeinanderfolgenden Sitzungen des Gemeinderats behandelt³⁶².

Insgesamt läßt sich sagen, daß der größte Teil der Gemeindebediensteten auch während des Dritten Reiches im Amt blieb. Die Parteimitglieder strebten offensichtlich mehr nach den politischen und einflußreicheren Posten in der Gemeinde, wie sie das Amt des Bürgermeisters und der Gemeinderäte darstellten, für die auch keine besondere Ausbildung benötigt wurde – dies war wahrscheinlich der Grund dafür, daß die meisten Gemeindebeamten unbehelligt blieben.

6. Die Gleichschaltung der Gesellschaft

Bot die Gleichschaltung der Gemeindeverwaltung eine Kontrollmöglichkeit der Bevölkerung auf politischer wie auch alltäglicher Ebene – jeder Bürger mußte irgendwann einmal zur Regelung persönlicher Angelegenheiten auf dem Rathaus erscheinen und wurde auf diese Weise mit den Machhabern des Regimes konfrontiert –, so mußte das Bestreben der Partei dahin gehen, das Leben jedes einzelnen bis in die Privatsphäre hinein zu regeln. Dem sollte die Gleichschaltung der Berufsstände und auch der Vereine dienen, wobei die letzteren gerade auf dem Land eine große Rolle im Leben der Menschen spielten, waren sie doch eine der wenigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, die, so darf man annehmen, vom größten Teil der Dorfbewohner in Anspruch genommen wurden. Die Vereine bildeten so eine Konstante im ländlichen gesellschaftlichen Leben.

6.1. Die Gleichschaltung der Berufsstände

In einem vorwiegend landwirtschaftlich und kleingewerblich ausgerichteten Bezirk wie dem Amtsbezirk Adelsheim spielte die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 eine nur nebensächliche Rolle. Im BB wurden vor 1933 niemals irgendwelche gewerkschaftliche Veranstaltungen genannt; es muß deshalb angenommen werden, daß im Bezirk Adelsheim nur wenige Arbeiter, wenn überhaupt, gewerkschaftlich organisiert waren. Auch dürfte die nur geringe Zahl von Industriearbeitern gewerkschaftlichen Bestrebungen eine marginale Bedeutung verliehen haben.

Dennoch wurden auch im Bezirk Adelsheim Gründungen von Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) durchgeführt. In Adelsheim fand am 24. April 1933 eine derartige Gründungsversammlung statt, zu der alle Arbeiter und Angestellten eingeladen worden waren. Der Kreisleiter sprach über Sinn und Zweck der Betriebszellen; zur weiteren Werbung wurde auch im BB ein längerer

362 GA Hemsbach: B 49 (GRP), S. 196, 198.

Artikel hierzu veröffentlicht. Nach der Gründungsversammlung traten sofort 56 Personen der NSBO bei³⁶³.

Auch in Seckach wurde im Mai 1933 eine NSBO-Ortsgruppe gegründet, der mehrere Arbeiter beitraten. Dasselbe passierte offensichtlich auch in anderen Gemeinden; im März 1934 werden NSBO-Dienststellen in Osterburken, Rosenberg, Ruchsen, Seckach und Sennfeld genannt³⁶⁴.

Wesentlich bedeutender, da zahlenmäßig viel stärker im Bezirk vertreten, waren Handwerk und Gewerbe. Hier wurde die Zusammenfassung der einzelnen Berufssparten mit einem Artikel im BB am 24. April 1933 eingeleitet, in dem es hieß, daß in den Organisationen des Handwerks wie Innungen oder Gewerbevereine die Vorstandsmitglieder ihr Amt an den zuständigen örtlichen Vertreter des Nationalsozialistischen Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand übergeben sollten; dieser sollte wiederum zur kommissarischen Fortführung der Organisation einen Vorstand berufen, der schon vor dem 30. Januar 1933 NSDAP-Mitglied war. Bis zu einer Neuwahl eines Gesamtvorstandes sollte dieser die Geschäfte weiterführen. Aber erst am 25. April 1933 erfolgte in Adelsheim die Gründung des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, der sich aus dem bestehenden Gewerbeverein Adelsheim entwickelte. In der Gründungsversammlung, zu der der größte Teil der Adelsheimer Gewerbetreibenden erschienen war, übergab der bisherige Vorstand des Gewerbevereins sein Amt an nicht näher bezeichnete, kommissarisch betraute Personen und forderte die Mitglieder des Vereins zum geschlossenen Übertritt in den Kampfbund auf. Von immerhin 43 Anwesenden wurde sein Aufruf befolgt³⁶⁵. Ob auch die anderen Gewerbevereine des Bezirks in derselben Weise gleichgeschaltet wurden, ist aus den herangezogenen Quellen nicht zu erschließen. In einer Aufstellung sämtlicher Vereine des Bezirks im Januar 1934 werden Gewerbevereine in Ballenberg, Eubigheim, Oberwittstadt, Osterburken, Rosenberg und Unterkessach genannt³⁶⁶. Wenn diese Vereine ebenfalls in die nationalsozialistische Organisation des Kampfbundes bzw. der Nachfolgeorganisation NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Organisation) überführt wurden, so deutet die weitere Nennung von Gewerbevereinen darauf hin, daß die nationalsozialistische Nachfolgeorganisation der Gewerbevereine im Bewußtsein der Bevölkerung bzw. der Bürgermeister, die die Auflistung der Vereine besorgten, keine herausragende Rolle spielten, da sie immer noch unter ihrem alten Namen genannt wurden. Für Adelsheim allerdings wird kein Gewerbeverein mehr genannt.

Die nächste Nachricht über Gleichschaltungsmaßnahmen in diesem Bereich betrifft den Kohlenhandel. Nach einer Meldung im BB vom 4. Juli 1933 wurde innerhalb der Bezirksvereinigung des Kohlenhandels gleichgeschaltet. Antriebs-

363 BB 24. bzw. 25. 4. 1933.

364 BB 13. 5. 1933 und 24. 3. 1934.

365 BB 26. 5. 1933.

366 GLA 338/926: Antworten der einzelnen Bürgermeisterämter auf ein Gesuch des Bezirksamtes, das Auflistungen sämtlicher Vereine der Gemeinden forderte. Doch scheinen nicht alle Bürgermeister vollständige Angaben gemacht zu haben.

motor hinter diesem Vorgang scheinen aber rein wirtschaftliche Interessen gewesen zu sein, da gleichzeitig auch die für den Bezirk Adelsheim bindenden genehmigten Preise veröffentlicht wurden. Der Preiskampf sei damit beendet, so heißt es, etwaige Versuche, diese Preise zu unterlaufen, würden einen Prozeß wegen unlauteren Wettbewerbes nach sich ziehen. Die Käufer wurden aufgefordert, »Unterangebote fragwürdiger Elemente«, wie es heißt, zurückzuweisen und nur diejenigen Händler zu beauftragen, die der Bezirkshändler-Vereinigung angeschlossen wären.

Wieweit dem Aufruf zum Beitritt zur NS-Hago in der Handwerkerschaft und unter den Gewerbetreibenden im Bezirk Folge geleistete wurde, ist nicht bekannt. Bei einer Kreisversammlung der Organisation in Adelsheim im September des Jahres, die aus dem gesamten Bezirk gut besucht gewesen sein soll, wird festgestellt, daß wieder eine große Zahl Gewerbetreibender der Organisation beigetreten wären. Verbunden wird der Bericht aber mit einem Appell an die noch Fernstehenden zum Beitritt³⁶⁷.

Doch wurde die Erfassung und Kontrolle des Handwerks im November des Jahres durch das »Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks« geregelt³⁶⁸. An die Stelle der freien beruflichen Interessenvertretungen der einzelnen Zweige des Handwerks traten jetzt Pflichtinnungen, die in Verwirklichung des Führergedankens von Obermeistern geleitet wurden. Damit war die Kontrolle des Handwerks besonders auch in wirtschaftlicher Hinsicht gesetzlich verankert und die staatliche Wirtschaftsaufsicht und Wirtschaftslenkung begünstigt³⁶⁹.

Die Neuorganisation des Handwerks zog sich im Amtsbezirk Adelsheim bis in den Herbst des Jahres 1934 hin, da die Handwerker des Bezirks zu einem großen Teil bis dahin überhaupt nicht organisiert gewesen zu sein scheinen. Im BB ist immer wieder von Gründungsversammlungen von Pflichtinnungen die Rede³⁷⁰. Anfang November 1933 erfolgte die Gründung einer Pflichtinnung der Elektroinstallateure. Die freie Wagner-Vereinigung wurde bald darauf in eine Pflichtinnung umgewandelt. Ebenfalls noch im alten Jahr wurde die Schuhmacherzwangsinnung des Bezirks gleichgeschaltet. Im Februar bzw. März erfolgte die Gründung einer Sattlerpflichtinnung bzw. einer Küferinnung³⁷¹. Erst im Herbst des Jahres 1934 wurden schließlich weitere Versammlungen durchgeführt, die angeordnet worden waren, um das Handwerk endgültig gleichzuschal-

367 BB 21. 9. 1933.

368 RGBl. 1933, S. 1015.

369 Vgl. *Broszat*, Staat, S. 216f.

370 Dies scheint aber eine allgemeine Entwicklung in Baden gewesen zu sein; in einem Schreiben des badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums an die Bezirksämter vom 17. 1. 1934 heißt es, daß die Errichtung von Pflichtinnungen mit Nachdruck weiterbetrieben werden müßte, v.a. da Baden im Ausbau des Innungswesens hinter anderen Ländern zurückkläge. Vgl. GA Großbeicholzheim: A 278. Ein Nichterscheinen bei derartigen Gründungsversammlungen hätte, wie es in einer Einladung zu einer Innungshauptversammlung heißt, für die Betroffenen schwere berufliche Nachteile zur Folge. Vgl. GA Korb: A 149. Schreiben vom 10. 9. 1933.

371 BB 4./9. 11., 3./6. 12. 1933; 7. 2./5. 3. 1934.

ten. Am 16. Dezember 1934 war die Gleichschaltung abgeschlossen; an diesem Tag wurden im BB alle Zwangsinnungen mit ihren Obermeistern aufgeführt³⁷².

Doch stellten die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten die weitaus wichtigste Berufsgruppe im Amtsbezirk dar. Das Augenmerk der Partei im Bezirk mußte deshalb v. a. auf der Erfassung dieser Berufsgruppe liegen.

Ein hauptsächlicher Teil der Wähler der NSDAP war aus den Kreisen der protestantischen Landwirte gekommen. Gerade die Bauern, die eine Vorzugsstellung zumindest innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie einnahmen³⁷³, werden große Hoffnungen in das neue Regime gesetzt haben. Doch zunächst erfolgte auch ihre Zusammenfassung in berufsständischen Organisationen, den nationalsozialistischen Bauernschaften, die in jedem Ort gegründet wurden.

Schon vor der Machtergreifung hatte die NSDAP sog. landwirtschaftliche Bezirksfachberater, die, wie Gies für den gesamten agrarpolitischen Apparat der NSDAP feststellt, wohl auch im Bezirk Adelsheim in erster Linie rein propagandistisch tätig wurden und unter den Bauern Unzufriedenheit schürten, die die Nationalsozialisten wiederum für sich auszunutzen verstanden³⁷⁴. Erstmals erwähnt in den Quellen wird ein solcher Fachberater im Februar 1932 anlässlich in ganz Baden durchgeführter Hausdurchsuchungen bei Angehörigen des agrarpolitischen Apparates³⁷⁵. Nach der Machtergreifung galt es nun, auch die Bauern zusammenzufassen und der Kontrolle des nationalsozialistischen Staates zu unterstellen.

Dies geschah auf zweierlei Weise: Einerseits gründete man in den Orten Bauernschaften und hielt die Bauern des Ortes zum Beitritt an; andererseits wurden die landwirtschaftlichen Genossenschaften der Kontrolle der Partei unterstellt. Man darf vermuten, daß mancher Bauer nicht ganz freiwillig in die nationalsozialistische Partei eintrat, weil er berufliche Nachteile zu fürchten hatte. Denn spätestens im Januar 1934 waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den Gemeinden, über die die Versorgung der Landwirte mit Düngemitteln und Saatgut sowie anderen landwirtschaftlichen Gütern sichergestellt wurde, und über die auch der größte Teil des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse abgewickelt wurde, in nationalsozialistischer Hand³⁷⁶. Auf diese Weise wurde von einer anderen Seite auf die Bauern eingewirkt; ihr beruflicher Lebensnerv war damit getroffen.

Die Gründung von Bauernschaften scheint im Bezirk allgemein im Jahr 1933 durchgeführt worden zu sein, jedoch liegen genauere Angaben nur für 15 Gemeinden vor: Hier bestanden im Februar 1934 örtliche Bauernschaften. Doch da es sich

372 Vgl. BB 20. 10. 1934 über eine Versammlung der Schreinerzwangsinnung, die den Obermeistern der anderen Innungen als Musterversammlung für eigene Versammlungen dienen sollte. – BB 16. 12. 1934, insgesamt werden 12 Innungen genannt.

373 Stichworte hierzu sind z. B. Hitlers Auffassung von einem »gesunden Bauernstaat«, der das »Fundament der gesamten Nation« sein sollte. »Ein fester Stock kleiner und mittlerer Bauern war noch zu allen Zeiten der beste Schutz gegen soziale Erkrankungen, wie wir sie heute besitzen.« (Hitler, Mein Kampf, zitiert nach Gies, S. 23); zum Verhältnis NSDAP und Landwirtschaft: Gies, S. 21 ff., vgl. auch K. Bludau: Nationalsozialismus und Genossenschaften. (1968) S. 61.

374 Gies, S. 51 ff.

375 GLA 338/802: Schreiben vom 8. 2. 1932; die Durchsuchungen fanden am 10. Februar statt.

376 Vgl. Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landwirtschaft, Bd. 3, S. 291.

um katholische wie evangelische Gemeinden aller Größenklassen handelt, darf man die Gründung von Bauernschaften in allen Gemeinden für das Jahr 1933 annehmen³⁷⁷.

War der Beitritt eines Landwirts zur Bauernschaft noch eher eine eigene, wenn vielleicht auch nicht mehr freiwillige Entscheidung, so wußte die NSDAP auf andere Weise das wirtschaftliche Leben im Dorf und besonders der Landwirte unter ihre Kontrolle zu bekommen, indem sie an leitender Stelle in den landwirtschaftlichen Genossenschaften Männer ihres Vertrauens einsetzte. Die Gleichschaltung der Genossenschaften war am 27. Juni 1933 im BB angekündigt worden; gleichzeitig wurden einheitliche Grundsätze für die Durchführung der Gleichschaltung durch den Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften (mit Sitz in Karlsruhe) im engsten Einvernehmen mit dem agrarpolitischen Apparat der NSDAP aufgestellt. Demnach sollte die Gleichschaltung bis zum 1. Januar 1934 durchgeführt worden sein; die bekannten Maßnahmen wie die Ausschaltung von Marxisten oder die Neubesetzung in erster Linie durch alte Parteimitglieder oder alte Mitglieder der NS-Bauernschaften waren vorgeschrieben³⁷⁸. Über die Zusammensetzung der alten Vorstände der Genossenschaften in den Gemeinden ist nichts bekannt; aber aus der schon angeführten Liste der Vereine in den einzelnen Gemeinden vom Januar 1934³⁷⁹ geht hervor, daß zu diesem Zeitpunkt die Vorstände in nationalsozialistischer Hand waren bzw. in der Hand von Männern, die der Kreisleitung als zuverlässig erschienen³⁸⁰. Dieser Tendenz entgegen läuft die Entwicklung nur in wenigen Fällen, in denen der Vorstand in den Händen von Männern ruhte, die offensichtlich auf ihrem Gebiet Fachmänner waren und deshalb mit diesem Amt (eventuell wieder) betraut wurden.

Die Gleichschaltung der Bauern ging somit schneller vor sich als die von Handwerk und Gewerbe, die endgültig erst im Herbst 1934 abgeschlossen war; sie scheint mit dem Jahr 1933 beendet gewesen zu sein.

377 Doch die Anfängerfolge der Bauernschaften scheinen nicht überragend gewesen zu sein, soweit man dies an der Anzahl der beigetretenen Bauern ablesen kann, die für drei Gemeinden bekannt ist. In Bofsheim traten der neugegründeten Bauernschaft 20 Mitglieder bei, in Merchingen 78 und in Schlierstadt »eine Anzahl Bauern«. (BB 24.4./12.7./9.9. 1933) Vergleicht man diese Zahlen mit der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Ort und stellt man zudem in Rechnung, daß in einem landwirtschaftlichen Betrieb wohl normalerweise mindestens zwei Männer (Vater und Sohn) beschäftigt waren, so stellt sich in der Tat heraus, daß zumindest im ersten Jahr des Dritten Reiches der Organisationsgrad der bäuerlichen Bevölkerung nicht allzu hoch war. (In Bofsheim gab es 68, in Merchingen 201 und in Schlierstadt 175 landwirtschaftliche Betriebe. Vgl. Anhang Tab. I).

378 BB 27. 6. 1933.)

379 GLA 338/926; vgl. oben, S. 110, Anmerkung 213; die Angaben sind aber gerade bezüglich der Genossenschaften nicht vollständig.

380 Es handelte sich v. a. um Gemeinderäte, die 1933 bzw. 1935 von der Kreisleitung berufen worden waren.

6.2. Die Gleichschaltung der Vereine

Die Quellenlage läßt es nicht zu, in der Frage der Gleichschaltung der Vereine ein endgültiges Urteil zu fällen. Grundlage dieses Abschnittes konnten fast nur vereinzelte Namensnennungen der Vorstände der einzelnen Vereine im BB sein, die dadurch nur sehr sporadisch namentlich erfaßt werden konnten. Für den Januar 1934 liegen zwar nahezu vollständige Angaben vor³⁸¹, doch ist nicht ausgeschlossen, daß die Gleichschaltung der Vereine erst nach diesem Termin vorgenommen wurde, über die dann im BB keine Angaben gemacht wurden.

Das Interesse der NSDAP erregten die katholischen Volksvereine und Jungmännervereine, deren Geschäftsstellen neben denen anderer katholischer Verbände durch eine Anordnung des badischen Innenministeriums vom 1. Juli 1933 geschlossen wurden. Demnach sollten ihr Vermögen und vorhandenes Schriftmaterial sichergestellt werden³⁸². Die Gendarmerie begann daraufhin mit der Überprüfung in den katholischen Gemeinden, da anscheinend nicht bekannt war, in welchen Gemeinden derartige Vereine noch existierten. Bei den bestehenden Volksvereinen in Adelsheim, Zimmern, Krautheim, Klepsau, Oberwittstadt, Berolzheim, Eubigheim, Schillingstadt und Osterburken sowie den Jungmännervereinen Osterburken und Hüngeheim wurden daraufhin gemäß der Anweisung die schriftlichen Unterlagen und das Vermögen beschlagnahmt³⁸³ – eine Maßnahme, die neben den psychischen Auswirkungen auf die Mitglieder auch rein praktische, negative Folgen für die Vereinsarbeit hatte. Für den katholischen Jungmännerverein Osterburken berichtet Gebert, daß das Vermögen nach Abschluß des Konkordates (20. Juli 1933) nach langen Verhandlungen wieder herausgegeben wurde, so daß das Vereinsleben wieder aufblühen konnte. Verboten wurde der Verein erst am 7. Februar 1939³⁸⁴.

Besonderes Interesse erfuhren nur noch Sport-, Gesang- und Kriegervereine. Doch kam es anscheinend nur bei einigen Kriegervereinen zu personellen Veränderungen an der Vereinsspitze. Auf die Bedeutung der Kriegervereine während der Weimarer Republik gerade auch im Amtsbezirk Adelsheim wurde schon an anderer Stelle hingewiesen. Die nationalen und militärischen Traditionen, die in den Kriegervereinen gepflegt wurden, waren Grundlage gerade auch für die Propaganda der Nationalsozialisten. Dies wird auch in einem Artikel im BB im November 1934 ausgedrückt, in dem es heißt, daß die Kriegervereine die »soldatischen Arbeitszellen für den Wiederaufbau der Nation« gewesen seien, die »durch tausendfache Kleinarbeit an der Seele des Volkes Miterhalter und Mitgestalter jener Glaubensgrundlage, auf der der Nationalsozialismus aufbaute«, wurden³⁸⁵. Jetzt, zu Beginn des Dritten Reiches, galten die Kriegervereine den Nationalsozialisten als willkommene Organisationen, durch die der Wehrgedanke, der in den Kriegervereinen

381 Gemeint ist wieder die Auflistung in GLA 338/926.

382 GLA 338/805, fol. 301.

383 GLA 338/805, fol. 303ff.

384 Gebert, S. 250.

385 BB 10. 11. 1934 (2. Blatt = Beilage)

traditionell gepflegt wurde, noch weitere Verbreitung finden sollte. Dies geschah schließlich durch die Überführung der Mitglieder der Kriegervereine in die SA-Reserve. Aus dem Protokoll einer Vorstandssitzung des Kriegervereins Osterburken geht hervor, daß sämtliche Mitglieder der Kriegervereine, die noch keinem Wehrverband angehörten und noch nicht älter als 65 Jahre waren, zum Beitritt in die SA-Reserve verpflichtet waren, um sich, wie es dort heißt, in den Dienst des Vaterlandes zu stellen³⁸⁶. Die soldatischen Tugenden sollten wieder in den Vordergrund gestellt werden, meinte auch der Kreisleiter auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Kriegervereins Osterburken am 18. März 1934³⁸⁷. Für seine Ausführungen zur Gründung der SA-Reserve erhielt der Kreisleiter, wie das Protokoll der Versammlung vermerkt, reichen Beifall; sein Vortrag über soldatische Tugenden deckte sich mit den Auffassungen der Anwesenden. Dennoch trat die Versammlung nicht geschlossen zur SA-Reserve über, wie der Bericht im BB vom 23. März 1934 glauben machen will, sondern nur insgesamt 23 Mitglieder, d. h. nicht einmal die Hälfte der Versammelten³⁸⁸.

Auch in anderen Kriegervereinen des Bezirks wurde die Organisation der Männer, die jünger als 65 Jahre waren, in der SA-Reserve vollzogen. Berichte liegen allerdings nur für den Bofsheimer und Adelsheimer Kriegerverein vor³⁸⁹. – Beide Versammlungen zu diesem Thema fanden übrigens nach dem »Röhm-Putsch« statt, und von Rednern beider Versammlungen wird das mutige und rasche Zugreifen des Führers gelobt. Die Kriegsteilnehmer müßten, gerade im Hinblick auf die vergangenen Ereignisse, mit gewohnter Treue hinter dem Führer stehen, meint der Berichterstatter über die Versammlung in Bofsheim.

Das Ausmaß der Gleichschaltung bei den für den nationalsozialistischen Staat wichtigen Kriegervereinen und damit auch der Auswechslung der Vorstände kann, wie bei anderen Vereinen auch, nicht mit letzter Sicherheit bestimmt werden. Insgesamt wechselte die Führung in fünf Kriegervereinen, wobei bemerkenswert ist, daß in drei Fällen ehemalige Bürgermeister ersetzt wurden, die im Zuge der Gleichschaltung der Gemeindeverwaltung ihr Amt verloren hatten, und denen man nun offenbar auch nicht mehr die Führung der Kriegervereine anvertrauen wollte. Es handelte sich um die Bürgermeister von Leibenstadt, Seckach und Unterkessach. Bürgermeister Vogel von Leibenstadt hatte sich bekanntlich im BB wegen seines erzwungenen Rücktritts gewehrt. Im Falle des Bürgermeisters Baier von Seckach ist erwähnenswert, daß er erst im Jahr 1933 zum Vorsitzenden des Kriegervereines gewählt worden war, und zwar zu einem Zeitpunkt, als er schon den Angriffen von nationalsozialistischer Seite ausgesetzt war. Die Meldung über seine Wahl, die im Zuge der Gleichschaltung des Seckacher Kriegervereins durchgeführt wurde, erschien am selben Tag im BB wie die Meldung von seiner

386 GA Osterburken: B 256, Sitzung vom 11. 3. 1934.

387 BB 23. 3. 1934.

388 In der Generalversammlung am 26. Februar waren 58 Mitglieder anwesend. GA Osterburken: B 256.

389 BB 5. 7. bzw. 17. 7. 1934.

Beurlaubung als Bürgermeister³⁹⁰. Seine Wahl war sicher ein bewußter Akt Seckacher Bürger, die mit den Maßnahmen der NSDAP nicht einverstanden waren und ihrem Bürgermeister ihr Vertrauen aussprechen wollten.

In Adelsheim verlor der Beamte beim Bezirksamt und Mitglied der DNVP, Kull, in der Versammlung zur Durchführung der Gleichschaltung sein Amt als Kriegervereinsvorstand³⁹¹. Der Wechsel an der Spitze des Kriegervereins in Osterburken scheint aber nicht politisch motiviert gewesen zu sein, denn der bisherige Vorstand, der wegen Arbeitsüberlastung sein Amt zur Verfügung stellte, wurde während der Generalversammlung aus den Reihen der Mitglieder mehrmals wieder für das Amt vorgeschlagen, ohne daß diese Vertrauenskundgebung bei ihm Erfolg hatte; er lehnte ab³⁹².

Im Gegensatz zu den Kriegervereinen scheinen sich, vorbehaltlich eventueller Maßnahmen nach dem Januar 1934, bei den übrigen Vereinen im Bezirk keine Änderungen an der Führungsspitze ergeben zu haben. Sämtliche Vereinsvorstände scheinen während des ersten Jahres des Dritten Reiches bestätigt worden zu sein. Was aber die Einbindung der Vereine in den nationalsozialistischen Staat und dessen Zielsetzungen anbelangt, so ging es dem Regime dabei offensichtlich in erster Linie um die Sport- und Gesangsvereine. Am 15. Mai 1933 wurde im BB ein Aufruf an alle Leibesübungen treibenden Vereine in Baden veröffentlicht, in dem diese aufgefordert wurden, den nationalsozialistischen Sportverband im Zuge einer Vereinheitlichung sämtlicher Turn- und Sportvereine beizutreten, damit der Sport in Zukunft auf nationalsozialistischer Grundlage durchgeführt werden könne. Der Nationalsozialistische Deutsche Sportverband (NSDSV), der, gebunden an das Volksganze, eine Verknüpfung von Höchstleistung und Breitenarbeit anstrebe, müsse in jede Stadt und jedes Dorf hineingetragen werden. Zu diesem Zweck sei es möglich, einzelne Sportler als auch ganze Vereine in den NSDSV aufzunehmen³⁹³. In Adelsheim wurde dieser Forderung insofern Rechnung getragen, als dort der Zusammenschluß von Radfahrer- und Sportverein erfolgte, ein Wunsch allerdings, der offensichtlich schon länger gehegt worden war, da für Mitglieder beider Vereine doppelte Beitragspflicht bestanden hatte³⁹⁴.

Daß auch hinter diesem Aufruf ideologische Gründe zu suchen sind, wird an einem Artikel im Dezember des Jahres 1933 deutlich. Demnach sollten die Sportvereine sich zwar ausdrücklich nicht mit der Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung befassen, denn dies sei Aufgabe der politischen Organe; aber eine Aufgabe der Führer der Vereine sei auch, über die Erhaltung der nationalsozialistischen Weltanschauung innerhalb der Vereine zu wachen. Doch wurde es immer noch als Hauptaufgabe bezeichnet, den Sport in die Breite zu tragen und Einzelleistungen zu fördern, gerade auch im Hinblick auf die Olympiade³⁹⁵.

390 BB 29. 6. 1933.

391 BB 21. 8. 1933.

392 BB 23. 3. 1934, vgl. GA Osterburken: B 256, Sitzung vom 26. 2. 1934.

393 BB 15. 5. 1933.

394 BB 19. 5. 1933.

395 BB 11. 12. 1933 unter der Überschrift »Der neue Sportführer«.

Dennoch wurden damit auch im Freizeitbereich des Bürgers gewisse Kontrollmöglichkeiten geschaffen.

Auch bei den Gesangsvereinen wurde ein Zusammenschluß unter dem Dachverband des Deutschen Sängerbundes (DSB) angestrebt. Am 14. Juli 1933 wurde im BB ein Aufruf des DSB veröffentlicht, der »im Sinne der Zusammenfassung aller Volksschichten und Stände zu gemeinsamer Arbeit und zur Hebung der künstlerischen Leistungsfähigkeit« Richtlinien für den Zusammenschluß der Gesangsvereine aufstellte. Demnach sollte es in Gemeinden unter 3000 Einwohnern höchstens einen Männergesangsverein und einen gemischten Chor geben dürfen. Falls dies nicht der Fall wäre, sollten die Vereine ineinander aufgehen.

Nun trafen solche Voraussetzungen zwar nicht für die Gesangsvereine im untersuchten Bezirk zu; in den Gemeinden gab es jeweils nur einen Gesangsverein und daneben möglicherweise noch einen Kirchenchor, der aber, wie es scheint, nicht unter diese Bestimmungen fiel³⁹⁶. Doch wird auch hier deutlich, daß der nationalsozialistische Staat darum bemüht war, in alle Lebensbereiche seiner Bürger einzugreifen: Am 4. September 1933 heißt es anläßlich des Landestreffens des Badischen Sängerbundes in Tauberbischofsheim, daß normalerweise nur ein vor dem 30. Januar 1933 eingetretenes Mitglied der NSDAP Vereinsführer eines Gesangsvereines sein könnte³⁹⁷. Mit solchen Maßnahmen wurden die Vereine auch aus dem nicht-politischen Raum herausgeholt, was sich deutlich am Aufruf des Kreisführers der Badischen Sängerschaft für den Kreis Mosbach zeigte, der dazu aufforderte, bei der Volksabstimmung im November 1933 für Hitler mit »Ja« zu stimmen³⁹⁸. Die »Pfleger des deutschen Liedgutes«, die jetzt als besondere Aufgabe der Gesangsvereine betont wurde, war Teil desselben Strebens nach einer Politisierung der Vereine, auch wenn hier nur eine ältere Tradition, die jetzt besonders herausgestellt wurde, fortgesetzt worden sein dürfte³⁹⁹.

Inwieweit diese Kontrolle der Bevölkerung in den Vereinen möglich war, bzw. inwieweit sie überhaupt im Untersuchungszeitraum durchgeführt wurde, läßt sich einem Artikel im BB vom 6. Februar 1934 entnehmen. Dort wird von einem Maskenball berichtet, den Gesang- und Musikverein Osterburken »in wahrer Volksgemeinschaft« durchgeführt hätten. Mit einem Seitenhieb auf NSDAP-Funktionäre heißt es dort:

»Ganz besonders sollten sich auch einmal diejenigen Kreise, die meinen, sich immer noch von den gewöhnlichen Sterblichen abschließen zu müssen, einmal in eine solche Veranstaltung wagen, und sie könnten sehen, daß dort ihr Ansehen nicht geschädigt wird, sondern daß gerade in den Vereinen das gepflegt wird, was sie bei jeder Gelegenheit predigen: ›Volksgemeinschaft‹.«

396 Die Kirchenchöre mußten 1934 ihre bisherige Form ändern und wurden in die Kirchengemeinden eingegliedert, die sie nun auch finanziell tragen mußten. Vorher hatten sie sich zum größten Teil aus Beiträgen der Mitglieder finanziert. Vgl. BB 6. 2. 1934; doch wurde diese Änderung offensichtlich begrüßt, da nun nicht mehr die Vereinsmitglieder für die Ausgaben aufkommen mußten.

397 BB 5. 9. 1933.

398 BB 10. 10. 1933.

399 Vgl. hierzu auch *Scheurich*, S. 77.

Daraus läßt sich schließen, daß zumindest in Osterburken im ersten Jahr des Dritten Reiches das Vereinsleben weniger von der NSDAP durchdrungen wurde, und daß deren Funktionäre an den Vereinstätigkeiten wenig interessiert waren. Die Vereine führten weiterhin ein gewisses Eigenleben. Dieses Urteil wird von der Tatsache gestützt, daß die Vereinsvorstände über die Phase der Gleichschaltung hinaus im Amt blieben.

7. Die Konsolidierung und die Durchsetzung des Regimes in der Bevölkerung bis 1935

Die Machtstrukturen in den einzelnen Gemeinden des Bezirks in den Jahren 1934 und 1935 lassen erkennen, daß die NSDAP die Macht in den Gemeinden wirklich »ergriffen« hatte. Die wichtigsten Posten in der Verwaltung und im politischen Leben der Gemeinde waren nun mit NSDAP-Angehörigen oder mit »national zuverlässigen« Männern besetzt. Ausnahmen bildeten hier nur einige ganz kleine katholische Gemeinden, in denen die alten Verantwortlichen aus Mangel an geeigneten, der NSDAP nahestehenden Personen weiterhin im Amt geblieben waren. Doch scheint man diesen Orten keine große Bedeutung beigemessen zu haben.

In wirtschaftlicher Hinsicht hatte das Regime außerdem eine Pluspunkt zu verzeichnen: die Arbeitslosigkeit war rückläufig; für den Bezirk Adelsheim wurde am 21. August 1933 gemeldet, daß es hier keine Arbeitslosen mehr gäbe⁴⁰⁰. Im Zuge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden zwischen Hohenstadt und Hirschlanden die Verlegung der Kirnau und Meliorationsarbeiten durchgeführt, die hundert Arbeitslosen Beschäftigung boten⁴⁰¹. Insgesamt gab es aber im Bezirk wenige Hinweise auf einen Aufschwung der Wirtschaft in den ersten drei Jahren des Regimes.

Deutliches Zeichen einer Veränderung stellte aber der zahlenmäßige Rückgang der Wanderer und Bettler dar, die vor der Machtergreifung und auch noch 1933 die Wandererfürsorgestelle in Adelsheim in großer Zahl aufgesucht hatten. Ihre Zahl verringerte sich 1934 und 1935 deutlich; nachdem der BB am 8. April 1934 schon ein »gewaltiges Absinken« der Zahlen gemeldet hatte und dies als sichtbarsten Beweis für die fortschreitende wirtschaftliche Gesundung wertete, berichtete er am 26. Juli 1935, daß seit acht Tagen keine Wanderer mehr die Fürsorgestelle aufgesucht hätten, und daß die jüngeren Jahrgänge unter den Wanderern restlos verschwunden seien.

Zustimmung erfuhr auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; sie wurde, wie mehrmals aus verschiedenen Gemeinden gemeldet wurde, überall begrüßt⁴⁰². Und die im Rahmen der Deutschen Arbeitsopferversorgung durchgeführten

400 BB 21. 8. 1933.

401 Ein anderes, in Seckach schon seit 1932 bestehendes Arbeitslager, durch das auch Arbeitslose aus dem Bezirk Arbeit gefunden hatten (vgl. BB 5. 12. 1932), war im Juli 1933 nach Vollendung der Seckach-Korrektion wieder aufgehoben worden.

402 BB 18. 3./23. 4./20. 6./13. 7. 1935.

kostenlosen Urlaubsfahrten oder die verbilligten Wochenendfahrten, die durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) veranstaltet wurde, dürften nicht nur bei den Teilnehmern eine gewisse Begeisterung ausgelöst haben⁴⁰³.

Doch unter der Oberfläche machte sich Unzufriedenheit breit. Dies zeigte sich nicht nur an der verringerten Teilnehmerzahl bei offiziellen Veranstaltungen, die als Ausdruck des Unmuts über die dauernd von der Bevölkerung geforderten Aktivitäten interpretiert werden muß: Mehrmals wird in Berichten über Versammlungen geklagt, daß die Teilnahme geringer gewesen sei als erwartet, oder daß manche nicht ihre Pflicht getan hätten⁴⁰⁴. Teile der Bevölkerung versagten sich dem Regime auf diese Weise.

Von allen Bevölkerungsgruppen zeigte sich für die Landwirte des Bezirks der Zugriff des nationalsozialistischen Staates am stärksten. Wenn diese besondere und für sie günstige Erwartungen an die neue Regierung gerichtet hatten, so wurden sie enttäuscht. Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft mögen noch viele eine Verbesserung ihrer Verhältnisse erwartet haben, besonders als am 29. April 1933 die Absicht der badischen Regierung bekannt gemacht wurde, den Absatz von Grünkern besonders zu fördern, der in den meisten Gemeinden in zum Teil erheblichen Ausmaß angebaut wurde⁴⁰⁵. Die neue Regierung plante demnach, in allen badischen Schulen zu Beginn des Schuljahres eine Stunde über die Bedeutung des Grünkerns zur Pflicht zu machen; außerdem sollte in allen staatlichen Küchen, bei der Polizei und beim Heer mindestens einmal pro Woche Grünkernsuppe ausgeteilt werden⁴⁰⁶. Doch schon wenige Tage später wurde gemeldet, daß die Herstellung von Grünkern eingeschränkt werden sollte; jeder Gemeinde und damit jedem Anbauer von Grünkern wurde die Produktion nur eines gewissen Kontingents erlaubt⁴⁰⁷.

Auch die Milcherzeuger unter den Landwirten mußten schon bald staatliche Eingriffe hinnehmen. Am 4. Oktober 1933 wird in bezug auf Sennfeld gemeldet, daß in Folge der Gleichschaltung nun je drei Pfennig pro frei verkauftem Liter Milch abgeliefert werden müßten, um für Werkmilch einen angemessenen Preis erreichen zu können. Außerdem wurde auf der Versammlung der Milchgenossenschaft Sennfeld, bei der diese Anordnungen bekannt gemacht worden waren, angekündigt, daß diejenigen Landwirte, die nicht der Milchgenossenschaft angehörten, keine Milch mehr verkaufen dürften. Die allgemeine Einführung von Richt- und Höchstpreisen bei Lebensmitteln, die den Bauern wohl weniger Spielraum beim Verkauf ihrer Erzeugnisse ließen, scheint den Landwirten auch nicht einsichtig gewesen zu sein; der landwirtschaftliche Kreisfachberater der NSDAP

403 BB 20.5./14.8.1935: es wird von Fahrten für mehrere ältere Frauen aus Seckach nach Oberbayern berichtet; BB 5.9./7.6.1935.

404 Vgl. z.B. BB 3.1.1935 bei einer Bauernversammlung in Schillingstadt oder BB 3.6.1935 beim Olympia-Werbetag in Adelsheim: »Es hätte etwas ganz Großes werden können, wenn alle ihre Pflicht getan hätten.« Vgl. auch BB 31.5./2.10.1935 (Veranstaltungen in Sennfeld und Adelsheim).

405 Vgl. hierzu: Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landwirtschaft, Bd. 3, Tab. 3, S. 324ff.

406 BB 29.4.1933.

407 BB 8.5.1933 und 10.6.1933.

mußte diese Maßnahmen auf mehreren landwirtschaftlichen Versammlungen erklären, wobei die Berichte über diese Versammlungen den Eindruck erwecken, als ob diese Maßnahmen eher negativ empfunden wurden⁴⁰⁸.

Die Landwirte mußten in diesen Jahren eine Reihe von Veränderungen hinnehmen. Das Reichserbhofgesetz, das auf eine Förderung des mittelständischen Bauerntums abzielte und die mittleren, leistungsfähigen Betriebe zu unteilbaren Familienerbhöfen machen sollte⁴⁰⁹, war nur ein Grund für die gesteigerte Propaganda unter den Bauern. Propagiert wurde darüber hinaus im Rahmen der Autarkiepolitik des Dritten Reiches der Anbau von Ölfrüchten und Faserpflanzen, die die Versorgung Deutschlands mit Fetten und Kleidungsstoffen sicherstellen sollten⁴¹⁰. In diesem Rahmen wurde besonders für den Flachsanbau geworben⁴¹¹, der aber, wie es in einem Bericht aus Buch vom Herbst 1935 heißt, viel Arbeit machen würde, die nicht bezahlt werden könne; doch sei damit dem Volksganzen gedient⁴¹². Wenn schon der gewiß gegenüber der nationalsozialistischen Politik nicht negativ eingestellte Schreiber dieses Berichts einen Seufzer hören ließ, so ist anzunehmen, daß andere Landwirte negativer darüber dachten.

Unmut erzeugte auch eine andere Maßnahme. Nach dem Willen der badischen Regierung sollte im Bauland die Schafzucht besonders gefördert werden, die schon traditionell in dieser Gegend von Bedeutung war⁴¹³. Nur in fünf Gemeinden des Bezirks war 1934 das Beweiden der Felder durch Schafe nicht erlaubt⁴¹⁴. Diese Gemeinden sollten nun auch von der Notwendigkeit der Schafzucht überzeugt werden. Wie dies aber vor sich ging, zeigen die Vorgänge in Bofsheim. Die Gemeinde hatte erst im Herbst 1933 die Gemeindeschäferei durch einen fast einstimmig gefaßten Gemeindebeschluß aufgegeben. Als nun im Jahr 1934 die Wiedereinführung durchgeführt werden sollte und um die Zustimmung der Grundbesitzer nachgefragt wurde, verhielten sich diese ablehnend. Auch Drohungen des Kreisbauernführers, der auf die Möglichkeit der zwangsweisen Wiedereinführung durch Gesetz aufmerksam machte, stimmten diese nicht um. Der Gemeinderat, der wohl der Meinung der Gemeinde war, beschloß sogar, es auf eine Zwangseinführung ankommen zu lassen, da er gegen die einhellige Ablehnung durch die Gemeinde nichts unternehmen wollte. In einem Schreiben meinten die Mitglieder des Gemeinderates, daß die Gemüter durch die Flurbereinigungsmaßnahmen ohnehin erregt seien; der Gemeinderat wolle deshalb gegen den erklärten Willen nahezu aller Bauern nichts unternehmen⁴¹⁵. Doch erscheint am 20. Februar 1935 im BB plötzlich die Meldung, daß es dem Ortsbauernführer und der

408 Vgl. BB 25. 7./26. 7./25. 8. 1934.

409 Vgl. *Broszat*, Staat, S. 236.

410 Der Kreisbauernführer referierte darüber u. a. auf einer Versammlung in Neunstetten, BB 31. 12. 1934.

411 BB 22. 10. 1934, 19. 1. 1935.

412 BB 2. 11. 1935.

413 Vgl. Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Badische Landwirtschaft*, Bd. 3, S. 289.

414 BB 22. 10. 1934.

415 GA Bofsheim: A 147. Schreiben vom 1. 12. 1934 an die Kreisleitung. Die Vorgänge in Bofsheim werden in dieser Akte dokumentiert.

Gemeindebehörde in einer vierten Abstimmung endlich gelungen sei, die Bauern von der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Maßnahme zu überzeugen. Die Zwangswiedereinführung sei so vermieden worden. Wie es zu diesem plötzlichen Meinungsumschwung der Bofsheimer Bauern gekommen war, geht aus den Unterlagen nicht hervor, doch gibt eine neuerliche Abstimmung, die am 5. Mai des Jahres durchgeführt wurde, darüber Aufschluß, wie die Zustimmung der Bauern gewonnen wurde: Von den 155 abstimmungsberechtigten Grundbesitzern stimmten 14 für die Wiedereinführung der Schafweide, 16 sprachen sich dagegen aus. Nicht anwesend waren bei dieser Abstimmung 125 Grundbesitzer, die ihren Protest dadurch ausdrückten, daß sie der nachträglichen Legitimation der angeordneten Maßnahme durch eine erneute Abstimmung fernblieben. Dennoch schrieb das Bezirksamt am 18. Mai, daß eine Wiedereinführung der Schafweide in Bofsheim mit Stimmenmehrheit beschlossen worden sei. Über eine bewußte Verfälschung der Tatsachen und einer Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg setzte die Kreisleitung damit ihren Willen durch. Selbst in einem Ort, der wie Bofsheim schon frühzeitig mit großer Mehrheit für die NSDAP gestimmt hatte, mußte dies großen Unmut auslösen. In dem schon erwähnten Bericht im BB, den ein Bofsheimer verfaßt hatte, wird deshalb auch deutlich Kritik an dem Vorgehen der Staats- und Parteibehörden geübt:

»Es mag sein, daß auch sonstwo andere Ansichten vorkommen; wenn sich aber hier ältere, erfahrene Bauern, die von Kindheit auf schon Schafe auf ihren Feldern haben herumlaufen sehen, derartig strikt gegen das Beweiden der Luzerne- und Esparsette-Felder aussprechen, dann werden sie für ihre Ansichten gewichtige Gründe ins Feld führen können, v. a. die der langjährigen Erfahrung«⁴¹⁶.

Derartige Erfahrungen wie in Bofsheim sowie die anderen genannten Wirtschaftsmaßnahmen, die im Rahmen der Autarkiepolitik durchgeführt werden sollten, mußten die Bauern, selbst wenn sie NSDAP-Anhänger waren, verbittern. Hinzu kamen die rassenpolitischen Entscheidungen des Regimes, die indirekt auch die Bauern betrafen. Durch das Verbot vom Sommer 1935, Vieh an jüdische Händler zu verkaufen, in deren Hand der Viehhandel im Bezirk lag⁴¹⁷, drohte den Bauern der Verlust ihres Absatzmarktes. Selbst wenn christliche Händler aus Mannheim für die jüdischen Händler einsprangen, wie in einem Artikel berichtet wird, dürfte dies den Bauern weniger gefallen haben, da diese Händler nicht in dem Maße verfügbar waren wie die im Bezirk ansässigen jüdischen Händler, die etwa bei Notverkäufen schneller zur Stelle sein konnten⁴¹⁸.

Besonders die älteren Landwirte empfanden solche Maßnahmen als Einschränkung ihrer Entscheidungsfreiheit und als Eingriff in ihre Selbständigkeit. Ihre Stellung als Herr auf eigenem Hof wurde dadurch bedroht. Neumaier hat bezüg-

416 BB 20. 2. 1935; Luzerne und Esparsette sind Futterpflanzen.

417 Vgl. hierzu S. 173 ff.

418 In dem genannten Bericht aus Neunstetten (BB 11. 11. 1935) heißt es, daß viele Bauern schon geglaubt hätten, ihr Vieh nicht mehr verkaufen zu können, daß aber Händler aus Mannheim in die Gegend gekommen seien, die Vieh aller Art kauften und bar bezahlten.

lich der Zwangsbewirtschaftung während des Ersten Weltkrieges darauf hingewiesen, daß die ungewohnten Eingriffe in die Selbständigkeit der Bauern tiefe Verbitterungen bei Kriegsende auslösten, die in antistaatliche Ressentiments mündeten⁴¹⁹. Diese Einschätzung dürfte auch bezüglich der Zwangsmaßnahmen des Dritten Reiches gelten.

Zeigte sich in den genannten Fällen der Unmut noch mehr unter der Oberfläche, so hat ein anderes Ereignis den Unmut der Bevölkerung und v. a. der Katholiken im Bezirk in besonderem Maße erregt. Als am 30. Juni 1934 der katholische Stadtpfarrer Osterburkens, Deppisch, verhaftet wurde, kam es zu einer Demonstration gegen die Kreisleitung. Deppisch hatte mit regimekritischen Äußerungen schon länger die Aufmerksamkeit der Kreisleitung auf sich gezogen und den Ärger des Kreisleiters erregt⁴²⁰. – Da Gebert die Vorgänge in Osterburken in seiner Ortsgeschichte ausführlich darstellt, kann an dieser Stelle auf Details verzichtet werden⁴²¹.

Die Verhaftung Deppischs erfolgte am frühen Morgen des 30. Juni 1934, wozu aus der gesamten Umgebung SA-Mannschaften zusammengezogen worden waren. Daß der Angelegenheit großer Wert beigemessen wurde, zeigt die Anwesenheit des Regierungsrates Berokmüller, des Landrates Englert aus Adelsheim und auch des Landrates Rothmund aus Mosbach in seiner Eigenschaft als Führer der Außenstelle des Landeskriminalpolizeiamtes⁴²².

Als die Bevölkerung Osterburkens von der Verhaftung des beliebten Pfarrers hörte, versammelten sich, so Gebert, Hunderte empörter Bürger auf dem Marktplatz, um gegen die Festnahme zu protestieren. Die Menge drückte ihr Mißfallen durch Pfui-Rufe aus. Gendarmerie und SA-Mannschaften forderten die Menge auf, sich zurückzuziehen, und verliehen dieser Aufforderung durch den Gebrauch von Gummiknüppeln Nachdruck. Mehrere Männer, vor allem Mitglieder des Jungmännerversins Osterburken, wurden im Verlauf des Tages in Osterburken verhaftet und ins Konzentrationslager Kislau (bei Bruchsal) gebracht. Vier Männer wurden wegen Auflaufs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt bzw. wegen versuchter Gefangenenbefreiung verurteilt, wobei an den Urteilen besonders bemerkenswert ist, daß sie, wie es scheint, recht hart ausfielen; das Gericht glaubte nicht den geladenen Zeugen, Bürgern aus Osterburken, sondern vornehmlich den Gendarmeriebeamten, nach deren Meinung sich die Vergehen der Männer schwerer darstellten⁴²³.

Am Tag nach der Verhaftung des Pfarrers nahmen 200 Männer aus Osterburken an einer Wallfahrt nach Walldürn teil, die zu einer Demonstration gegen die

419 *Neumaier*, S. 424.

420 *Gebert*, S. 171, berichtet sogar, daß Kreisleiter Senft Pfarrer Deppisch öffentlich mit Aufhängen gedroht haben soll.

421 *Gebert*, S. 170ff.; Vgl. auch *R. Herbst*: Von der Kanzel in die Gefängniszelle. Wie sich die Osterburkener Bürger am 30. Juni 1934 gegen die Verhaftung von Pfarrer Deppisch wehrten. In: *Fränkische Nachrichten* 30. 4./1. 7. 1984, Sonderseite.

422 Vgl. GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 90 und 92.

423 Ebenda.

Kreisleitung wurde. Trotz des Verbotes eines geschlossenen Auftretens marschierten die Männer zusammen mit der Musikkapelle geschlossen zum Bahnhof. Der Bürgermeister, der auch Vorstand des Musikvereins war, wollte seiner Kapelle die Teilnahme zwar verbieten, doch setzten sich diese mit der Drohung durch, ihre Instrumente zu zerschlagen, so daß sie auch bei anderen festlichen Gelegenheiten nicht mehr hätten auftreten können. Im Zug stimmten sie Wallfahrtslieder an, die sicherlich auch im Gebäude der Kreisleitung gegenüber dem Bahnhof zu hören waren. – Als sie abends zurückkehrten, wurden sie von der Gemeinde jubelnd am Bahnhof empfangen: die Polizei und die wachhabende SA mußten, so Gebert, die Dinge tatenlos an sich vorüberziehen lassen.

Die Vorgänge in Osterburken mögen dafür mitverantwortlich gewesen sein, daß bei der Volksabstimmung am 19. August 1934 in einzelnen katholischen Gemeinden des Bezirks die Nein-Stimmen und die Zahl der leer abgegebenen Umschläge im Vergleich zu anderen Gemeinden des Bezirks hoch waren. In Osterburken selbst drückten 22,5 % der Abstimmenden auf diese Weise ihre Ablehnung aus; 10 % der Stimmberechtigten blieben der Volksabstimmung überhaupt fern. Hohe Ablehnungsquoten – also Nein-Stimmen und leere Stimmzettel – zeigten auch die Ergebnisse in den Gemeinden Ballenberg (21 %), Eubigheim (18,3 %), Gommersdorf (16,6 %), Hüngheim (16 %), Krautheim (14,5 %), Oberwittstadt (18 %) und Schlierstadt (13,5 %). Im Durchschnitt des Bezirks betrug diese Quote 9,3 %⁴²⁴. Die Ereignisse in Osterburken dürften mit den gleichzeitigen Vorgängen um den »Röhm-Putsch« zusammenhängen. Es könnte sich hier um ein Ablenkungsmanöver für die SA, die in großer Zahl in Osterburken in diesen Tagen zusammengezogen worden war, handeln. Die Zeitspanne von mehreren Wochen zwischen dem angeblichen Anlaß der Verhaftung Deppischs – seine Pfingstpredigt (Pfingsten war in diesem Jahr am 20. Mai) – und seiner tatsächlichen Verhaftung weisen auch auf einen solchen Zusammenhang hin.

Auch deuten andere Vorkommnisse im Bezirk besonders im Jahr 1935 auf eine verbreitete Unzufriedenheit der Bevölkerung hin. Ab September 1935 häuften sich die Meldungen im BB über Fälle von Schutzhaft, die wohl abschreckend wirken sollten besonders auf solche Personen, die Ansatzpunkte für Kritik an den bestehenden Verhältnissen sahen.

Als Ablenkungsmanöver von bestehenden Mißständen war wohl auch die Herausbeschwörung einer Krisenstimmung im Sommer 1935 gedacht. Betroffene und Zielscheibe wurden in diesem Zusammenhang besonders die jüdischen Bürger. Am 19. Juli 1935 wurde im BB ein Aufruf des Gauleiters veröffentlicht, der angesichts des angeblich »auffällig herausfordernde(n) Benehmens von Angehörigen der jüdischen Rasse« zur Wahrung von Disziplin aufrief. An mehreren Orten sei es nach Wagner deshalb schon zu spontanen Abwehrreaktionen von Volksgenossen gekommen. Provokationen von jüdischer Seite sollten aber grundsätzlich

424 Die Ergebnisse der Abstimmung finden sich im BB vom 20. 8. 1934. Die Ergebnisse im Reich zum Vergleich: Wahlbeteiligung 95,7 %, ungültige Stimmen 2 %, Ja-Stimmen 89,9 %, Nein-Stimmen 10,1 %.

unbeantwortet gelassen werden – nur berechtigte Notwehr würde eine Reaktion rechtfertigen. Denn solche Provokationen lägen auch im Interesse kommunistischer und anderer staatsfeindlicher Kreise, die das Ansehen des nationalsozialistischen Staates schädigen wollten. Dem solle, wie Wagner meinte, in geordneten Bahnen entgegengesteuert werden.

Daß es sich hier bewußt um eine Stellungnahme handelte, die die Bevölkerung auf die angeblichen Provokationen aufmerksam machen sollte – Provokationen, deren Urheber aber nicht jüdische oder kommunistische Kreise, sondern, wenn überhaupt, Mitglieder der NSDAP waren –, scheint klar zu sein⁴²⁵. Solche Stellungnahmen dienten als Vorbereitung für andere, gegen die erklärten Feinde der NSDAP gerichtete Maßnahmen. Das Feindbild wurde heraufbeschworen, ohne eigentlichen Anlaß. Zweck war eine weitere Radikalisierung und eine Mobilisierung vorhandener Antipathien und gleichzeitig die Schaffung eines Ventils für die angestaute Unzufriedenheit.

Auch im Amtsbezirk Adelsheim ist dies zu spüren. Auf einer Großkundgebung der NSDAP in Schlierstadt befaßte sich der Redner Roth »mit denjenigen verantwortungslosen Elementen, die glauben, durch ihre Wühlarbeit den nationalsozialistischen Staat unterminieren zu können«. Die »verantwortungslosen Elemente« waren für ihn Marxisten, Zentrumsgeist, Reaktionäre und das Judentum. Auch der Kreisleiter kündigte auf dieser Veranstaltung den »staatsfeindlichen Kreisen« einen scharfen Vernichtungskampf an⁴²⁶. Am gleichen Tag wurde im BB nochmals Wagner zitiert, der angeblich keinen Grund zur Beunruhigung sah; nur Krisenmacher meinten demnach, es gäbe in diesem Jahr eine Mißernte. Am 20. August wurden Sprechchöre der SA veröffentlicht, die sich gegen Kritiker und gegen Juden richteten⁴²⁷. Am 26. August wurde im BB für den 29. August eine unter der Parole »Deutsches Volk, horch auf!« abzuhaltende Massenkundgebung auf dem Römerkastell in Osterburken angekündigt⁴²⁸. Am gleichen Tag veröffentlichte der BB für die Gemeinde Korb unter dem Titel »Aus dem Gemeinderat« judenfeindliche Bestimmungen, die im August und September von offenbar allen Gemeinderäten als Gemeinderatsbeschlüsse verabschiedet wurden⁴²⁹. Die Bestimmungen, die auf ein Rundschreiben der Kreisleitung vom 2. September 1935 zurückgingen, wurden von den Gemeinderäten fast wörtlich in der Form, die die Kreisleitung vorschrieb, als Gemeinderatsbeschuß angenommen:

425 Vgl. hierzu *Adam*, S. 114ff.

426 BB 12. 8. 1935.

427 »Kritiker und Meckerer versohlen? Nein – der Teufel soll sie holen.« bzw. »Wohin mit den Juden? Nach Palästina!« BB 20.8.1935.

428 Ähnliche Massenkundgebungen fanden in ganz Baden statt; vgl. BB 21.8.1935: Ankündigung Wagners.

429 Keine derartigen Bestimmungen finden sich in den Gemeinderatsprotokollbüchern von Unterwittstadt, Großbeicholzheim(!), Neunstetten und Hemsbach, doch auch in Korb läßt sich darüber nichts finden. In anderen Gemeinden fehlen die Protokolle der betreffenden Zeit, oder die Seiten wurden herausgerissen. Daß in Großbeicholzheim keine derartigen Beschlüsse verabschiedet wurden, mag am Verhalten des Bürgermeisters und Ortsgruppenleiters gelegen haben, der die Entwicklung (bezüglich Strafmaßnahmen gegen Personen, die weiterhin mit Juden in Verbindung standen oder sie in Schutz nahmen) nicht bejahte. Vgl. GA Großbeicholzheim: A 333 (Judenschicksale).

- »1. Die Gemeinde...läßt jeweils am Ortseingang sowie Ortsausgang ein Schild anbringen mit folgender Beschriftung: ›Juden sind in...nicht mehr erwünscht«.
2. Grundstücke der Gemeinde dürfen in Zukunft an Juden nicht verkauft noch verpachtet werden. Desgleichen ist den Juden der Neuerwerb von Haus- und Grundbesitz innerhalb der Gemeinde zu versagen.
3. Die Gemeindeverwaltung tätigt mit Juden keinerlei Geschäfte mehr. Gemeindebeamte, Gemeindeangestellte, Gemeindearbeiter, die künftig noch beim Juden kaufen, werden mit sofortiger Wirkung ihres Dienstes bei der Gemeinde enthoben.
4. Juden wird in Zukunft der Zuzug in unsere Gemeinde untersagt.
5. Juden sind an Holzversteigerungen im Gemeindewald auszuschließen.
- Ferner:
- a. Juden erhalten keinen Bürgernutzen mehr.
- b. Juden und deren Vertretern ist das Benützen der Gemeindewege nicht mehr gestattet.
- c. Juden ist das Parken auf öffentlichen Plätzen der Gemeinde verboten.
6. Gewerbetreibende, Handwerker, Bauern usw., die nachweislich mit jüdischen Firmen in Geschäftsverbindung stehen, werden bei Vergebung gemeindlicher Aufträge nicht mehr berücksichtigt.
7. Bei Vergebung von Aufträgen durch die Gemeinde ist maßgebend, ob derjenige, der den Auftrag erhält, die N.S.V. gemessen an seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend unterstützt.
8. Es können künftig Geschäfte nur dann Berücksichtigung finden bei Vergebung öffentlicher Aufträge, wenn ihre Arbeitnehmer in der Staatsjugend sind oder in NS-Organisationen. Geschäfte, die bewußt die Zugehörigkeit ihrer Angestellten, Lehrlinge, Arbeiter verhindern, haben keinen Anspruch auf Vergebung von gemeindlichen Aufträgen. Dasselbe ist auch dann der Fall, wenn nachgewiesen wird, daß Gewerbetreibende und Handwerker bewußt die heutige Staatsform ablehnen oder einer nationalsozialistischen Organisation nicht angehören«⁴³⁰.

Nur in einigen Gemeinden – außer in Korb war dies in Osterburken, Krautheim und Eubigheim der Fall – wurden die Beschlüsse schon vor dem 2. September 1935, dem Datum des Schreibens der Kreisleitung, verabschiedet. In Eubigheim, wo schon in einer Sitzung des Gemeinderats im März des Jahres der Zuzug von Juden in die Gemeinde untersagt worden war, nahm der Beschluß noch schärfere Formen an: Leute, die den Bestimmungen zuwiderhandelten, sollten als Volksverräter eingestuft werden⁴³¹. In Buch mußte die erste Bestimmung nicht mehr verabschiedet werden, da derartige Schilder, wie sie diese Bestimmung forderte, schon im Frühjahr aufgestellt worden waren⁴³². In den meisten Fällen scheinen die

430 GA Klepsau: A 376, Rundschreiben der Kreisleitung Nr. 32/35.

431 GA Eubigheim: GRP, Sitzung vom 24. 8. 1935.

432 GA Buch: GRP, Sitzung vom 21. 9. 1935.

Bestimmungen einstimmig verabschiedet worden zu sein. Widerspruch regte sich, soweit bekannt, nur in Osterburken und Sindolsheim; in diesen Gemeinden stimmten jeweils drei Abgeordnete (von vier Gemeinderäten und zwei Beigeordneten) gegen die von der Kreisleitung angeordneten Maßnahmen, die, wie es in dem Rundschreiben hieß, strikt eingehalten werden sollten; die Verantwortung hierfür wurde den Hoheitsträgern der Partei übertragen.

Die Nürnberger Gesetze wurden bekanntlich erst am 15. September 1935 verabschiedet. Es zeigt sich damit, daß dem »legalen Akt«, wie so oft im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, ein Akt »von unten« vorausging, der zwar »von oben« – in diesem Fall darf man wohl annehmen, daß die Kreisleitung nicht der ursprüngliche Initiator dieser Maßnahmen war – angeordnet war, aber dennoch als »Forderung des Volkes« und der Parteibasis als Rechtfertigung für derartige gesetzliche Regelungen erscheinen sollte, und die Durchsetzung dieser Regelungen zu beschleunigen half⁴³³.

Die Diskriminierung der jüdischen Bürger und ihre rechtliche Zurückstufung zu Bürgern zweiter Klasse, die im nationalsozialistischen Deutschland schlimme Auswirkungen und Folgen zeigen sollten, mußte jedem Bürger das menschenverachtende Vorgehen des Regimes deutlich machen. Die Maßnahmen des Sommers 1935 und ihre Verwirklichung in den Gemeinderatsbeschlüssen in den meisten, möglicherweise in allen Gemeinden machen somit wieder deutlich, daß die untere Ebene des Staates und der Gesellschaft eine wesentliche Grundlage war, auf der Hitler und seine Anhänger aufbauen konnten. Hier erwies sich die Durchsetzungskraft des Regimes.

Die Untersuchung bricht zu einem Zeitpunkt ab, als das Bezirksamt Adelsheim nur noch kurze Zeit zu bestehen hatte. Gerüchte über eine Änderung der Verwaltungsstruktur hatte es schon vor Beginn des Dritten Reiches gegeben; schon im März 1931 hatten die Adelsheimer Bürger gegen eine Auflösung des Bezirksamtes protestiert⁴³⁴. 1936 wurde schließlich die endgültige Aufhebung des Amtsbezirks verfügt. Die Gemeinden des Amtsbezirks Adelsheim wurden dem Amtsbezirk Buchen angegliedert. Auch die Organisation der NSDAP paßte sich dieser Neuorganisation an, der Kreis Adelsheim der NSDAP hörte ebenfalls auf zu existieren; sein Kreisleiter Senft wurde im selben Jahr zum Kreisleiter in Mosbach berufen.

Zusammenfassung

Der Amtsbezirk Adelsheim kann als hauptsächlich landwirtschaftlich und in geringerem Maß kleingewerblich orientierter Bezirk charakterisiert werden, dessen Bevölkerung meistens in mittelgroßen Gemeinden lebte. Diese Gemeinden sind zum großen Teil als konfessionell homogene Gemeinden zu bezeichnen. Die Bevölkerung verdiente ihren Lebensunterhalt im Untersuchungszeitraum in erster

433 Vgl. *Adam*, S. 68.

434 Vgl. BB 3.3.1931.

Linie in der Landwirtschaft, wobei auch der hauptberuflich nicht in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerungsteil die Landwirtschaft im Nebenerwerb betrieb. Die im Bezirk ansässige Industrie war demgegenüber nahezu bedeutungslos.

Auch in diesem Bezirk macht sich Ende der zwanziger Jahre ein Absinken des Lebensstandards bemerkbar; die Wirtschaftskrise zeigt sich hauptsächlich im Geldmangel der Bevölkerung und in den hohen Zahlen der Wanderer und Bettler. In erster Linie von den Kriegervereinen getragen, läßt sich im Bezirk eine weitverbreitete Antipathie gegen das bestehende parlamentarische System der Weimarer Republik feststellen, die vor allem in der evangelischen Bevölkerung ausgemacht werden kann. Die Sehnsucht nach einem wiedererstarkten Deutschland kommt immer wieder zum Ausdruck – eine Stimmungslage, die ein Grund dafür ist, daß die NSDAP weite Kreise für sich gewinnen kann. Die evangelische Bevölkerung des Bezirks wendet sich von den Parteien der Mitte und der Rechten sowie der bäuerlichen Interessenpartei mehr und mehr ab und stimmt bei den Wahlen für die NSDAP, während das Zentrum auf der anderen Seite die katholische Bevölkerung weiter an sich binden kann.

Den ersten größeren Erfolg hat die NSDAP im Bezirk bei der Reichstagswahl des Jahres 1928 mit 9,5 % der Stimmen. Sie liegt damit im Bezirk weit über dem badischen Gesamtergebnis – ein Trend, der sich auch bei den nächsten Wahlen fortsetzen sollte. Mit der Konsolidierung ihrer Parteiorganisation und einer gerade im Vergleich zu den anderen Parteien ungeheuren Propagandaaktivität gelingt es der Partei im Jahr 1932, im Bezirk zur stärksten Partei zu werden, hinter der hauptsächlich die Mehrheit der evangelischen Wählerschaft steht. Gewisse Versäumnisse der anderen Parteien, die im Bezirk meist nur bei Wahlkämpfen in Erscheinung treten, und die sich in erster Linie auf ihre Stammwählerschaft konzentrieren, während die NSDAP auch ihr Fernstehende zu gewinnen sucht, tragen zu diesem Erfolg bei. Sie kann schließlich bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 die absolute Mehrheit erringen.

Der 30. Januar 1933 bringt im Bezirk noch keine großen Veränderungen mit sich. Erst nach der Reichstagswahl im März setzen die Versuche der NSDAP in größerem Maß ein, das Leben im Bezirk unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Flaggenstreit ist dazu der Auftakt und zugleich der Anlaß zu Versuchen, auch in den Gemeinden eine Demonstration der neuen Macht der NSDAP zu geben. Sie stößt dabei auf wenige Widerstände; die Gemeindeverwaltungen wie auch die Verwaltung des Bezirks lenken in den meisten Fällen ein.

Nach der März-Wahl 1933 ist im Bezirk eine große nationale Begeisterung festzustellen, die die NSDAP für sich auszunutzen versteht. Es setzt ein schleichen-der Prozeß ein, während dessen Verlauf die NSDAP ihren Anspruch auf die Kontrolle des gesamten Lebens durchsetzt. Die Bevölkerung wird zur Beteiligung an einer großen Zahl von Veranstaltungen aufgerufen, die das »wiedererstarke Deutschland« feiern. Die Beteiligung der Honoratioren der Dörfer, die bei diesen Feiern als Redner mitwirken und die nationale Begeisterung zum Ausdruck bringen, trägt dabei zur Anerkennung und Sanktionierung des neuen Systems bei.

Gleichzeitig setzen Terrormaßnahmen ein, die sich gegen die politischen und ideologischen Gegner richten: KPD- und SPD-Mitglieder sowie jüdische Bürger werden verstärkt Drohungen und Belästigungen ausgesetzt; ihre Widerstandskraft soll so gebrochen werden.

Die Gleichschaltung der Verwaltung setzt hauptsächlich im April des Jahres 1933 ein. Auf Bezirksebene sind hierbei kaum Veränderungen festzustellen; nur die AOK erfährt besonderes Interesse. Ihr Geschäftsführer wird abgesetzt, NSDAP-Funktionäre treten an seine Stelle. Die NSDAP konzentriert sich besonders auf die Gemeindeebene und hier v. a. auf die politischen Ämter.

Insgesamt werden bis Ende 1934 23 der 37 Bürgermeister des Bezirks abgelöst, wobei ihre Verdrängung aus dem Amt mit Hilfe »legaler« Mittel, d. h. Gesetzen und Anweisungen des Bezirksamtes (»von oben«), und durch terroristische Methoden »von unten«, durch Angriffe und Vorwürfe, gelingt. Der Einfluß der NSDAP in den Gemeinden wird auch durch die Umbildung der Gemeinderäte und Bürgerausschüsse gemäß den Ergebnissen der Reichstagswahl sichergestellt; die Mehrzahl der bisherigen, unter dem Weimarer System tätigen Gemeinderäte und Gemeindeverordneten werden aus diesen Gremien verdrängt. In den katholischen Gemeinden trägt hierzu eine erneute Umbildung der Gemeindegremien im Sommer 1933 bei, deren Mitglieder auch nach der erfolgten Gleichschaltung mehrheitlich der Zentrumspartei angehört hatten. Nur in den kleinen katholischen Gemeinden gibt es kaum Veränderungen; die NSDAP kann hier nur auf wenige Männer ihres Vertrauens zurückgreifen.

So zeigt sich für das Ende des Jahres 1933, daß der NSDAP der Austausch der Machteliten auf dem Dorf gelungen war, denn selbst in den protestantischen Gemeinden sind zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich neue Männer in den Gemeindegremien vertreten. Die Durchdringung des politischen Lebens der Gemeinden mit nationalsozialistischem Gedankengut setzt sich weiterhin fort. Mit der DGO wird im Jahr 1935 das Führerprinzip auch in den Gemeinden etabliert und der NSDAP weitgehende Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten zugesprochen. Dennoch gelingt es der Partei nicht, ihren Anspruch, nur alte Parteimitglieder mit Gemeindeämtern zu betrauen, zu verwirklichen.

Der Machtanspruch der NSDAP macht aber nicht an der Verwaltung halt, sondern konzentriert sich auch auf die Kontrolle des Einzelnen in seinem beruflichen und privaten Leben. Die Gleichschaltung der Berufsstände und der Vereine dient diesem Ziel. Damit soll auch eine Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens erreicht werden.

Im Bezirk werden trotz der relativen Bedeutungslosigkeit der Arbeiter Gründungen von nationalsozialistischen Betriebszellen vorgenommen. Das Handwerk wird bis zum Herbst 1934 in Pflichtinnungen organisiert. Die Bauern als wichtigste Berufsgruppe des Bezirks werden in Bauernschaften zusammengefaßt, die 1933 in wohl allen Gemeinden des Bezirks gegründet werden. Die Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens der Dörfer gelingt durch die Kontrolle der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Vereine führen wohl auch weiterhin ein gewisses Eigenleben, obwohl auch über die Vereinsarbeit die Einbindung der Bevölkerung in den nationalsozialistischen Staat versucht wird und die Vereine aus dem nicht-politischen Raum herausgeholt werden sollen. Nur die katholischen Vereine werden in größerem Maß behindert. In den übrigen Vereinen kommt es zumindest bis Januar 1934 kaum zu personellen Veränderungen an der Vereinsspitze. Nur die Kriegervereine, in denen der Wehrgedanke traditionell gepflegt wurde, erlangen eine größere Bedeutung; folglich kommt es hier, wenn auch in geringem Maß, zu Änderungen im Vorstand einiger Vereine. Die Kriegervereine werden schließlich 1934 in die SA-Reserve überführt. Sport- und Gesangvereine erfahren eine ideologische Einbindung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem.

Im Untersuchungszeitraum läßt sich eine gewisse Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime feststellen, die sich daran zeigt, daß die Teilnehmerzahlen an Veranstaltungen sinken. Mehr noch stoßen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Regimes im Bezirk auf eine gewisse Ablehnung, obwohl sich das Regime durchzusetzen weiß. Besonders die Bauern werden hiervon betroffen; die wirtschaftspolitischen Entscheidungen wie z. B. die Förderung der Schafzucht im Rahmen der Autarkiepolitik bedeuten Eingriffe in die gewohnte Selbständigkeit der Bauern. Als Ventil für die wohl verbreitete Unzufriedenheit werden besonders im Jahr 1935 Kampagnen gegen die jüdische Bevölkerung benutzt, deren Entrechtung auch auf Gemeindeebene deutlich wird.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BB	Bauländer Bote
Berufsbeamtengesetz	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DSB	Deutscher Sängerbund
DVP	Deutsche Volkspartei
EvVd	Evangelischer Volksdienst
Fasz.	Faszikel
fol.	folio
GA	Gemeindearchiv (einschließlich Stadtarchiv)
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
GRP	Gemeinderatsprotokolle
GVBl.	Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HJ	Hitler-Jugend
JCH	Journal of Contemporary History
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Landb.	Badischer Landbund
NS-Bauernschaft	Nationalsozialistische Bauernschaft
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP, NS	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDSV	Nationalsozialistischer Deutscher Sportverband
NS-Hago	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels und Gewerbeorganisation
RGBl.	Reichsgesetzblatt
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Z	Zentrum
ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins